Frank Bettinger

Widerstand an allen Fronten!

Plädoyer für eine selbstbestimmtere, politische und kritische Soziale Arbeit*

„Niemand von uns kann über seine Lebensumstände beliebig verfügen, aber wir sind frei, diese Begrenzungen zu erkennen, um – stets Objekt und Subjekt zugleich – die Subjektanteile zu vermehren und zu erweitern", schrieb Erhard Meueler in seinem nach wie vor lesenswerten Buch *Die Türen des Käfigs*, in dem er Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung beschrieb, die sich auch und gerade im Rahmen der Hochschulausbildung in Studiengängen der Sozialen Arbeit als „begehbar" erweisen. Zumal dann, wenn wir erkennen – so fuhr Meueler fort – dass

„wir ein Vermögen nutzen können, das nur unserer Gattung eigen ist: Wir können uns zu uns selbst verhalten. Wir können uns mit uns selbst und all unseren Lebensumständen auseinandersetzen und über notwendige Veränderungen nachsinnen. Damit dieses kritische Nachdenken zustande kommt, ist Bildung als Wissen und als kritisches Verhältnis zum Gelernten und dem zu Lernenden vonnöten." (Meueler 1998, S. 8)

Meueler lässt hier in pointierter Form das seiner Publikation zugrunde liegende Bildungsverständnis erahnen, das orientiert ist an einem kritischen Bildungsbegriff und Wissenschaftsverständnis. Es geht ihm *nicht* um ein affirmatives, hegemoniales Verständnis von Bildung, das – regelmäßig pädagogischen Bemühungen in Bildungsinstitutionen wie selbstverständlich zugrundeliegend - bemüht ist, das Individuum in eine Gesellschaft zu „integrieren", es auf diese Gesellschaft, ihre Strukturprinzipien (und mit diesen einhergehenden Ungleichheitsverhältnissen), ihre Vorstellungen von Ordnung und Normalität hin zu verpflichten und es dazu zu nötigen, Herrschaftsverhältnisse zu verinnerlichen. Ganz im Gegenteil: es geht ihm *erstens* darum deutlich zu machen, wie wichtig es ist, die Begrenzungen und Zwänge zu erkennen, die uns daran hindern (sollen), freier über unsere Lebensumstände zu verfügen; es geht ihm *zweitens* darum aufzuzeigen, *dass* es möglich ist, sich mit unseren Lebensumständen und mit den uns auferlegten (und häufig gar nicht wahrgenommenen) Begrenzungen reflexiv auseinander zu setzen; er deutet *drittens* an, dass für eine derartige reflexive Auseinandersetzung und für

*Der vorliegende Beitrag vereint von mir bereits in anderen Zusammenhängen publizierte und im Literaturverzeichnis ausgewiesene Texte zu sozialarbeitsrelevanten Themen und Fragestellungen.

ein kritisches Nachdenken (über das Gelernte, über das zu Lernende, über Evidenzen und Sachzwänge) Bildung und Wissen vonnöten sind, um – *viertens* – über Veränderungen nachzusinnen und diese auch, so ließe sich hinzufügen, zu wagen. – Ein solches Verständnis von Bildung ist als Maßstab und Kompass auch der Sozialen Arbeit in Wissenschaft, Praxis und Ausbildung aufzuerlegen, wenn es nicht darum gehen soll, im Rahmen von Ausbildung verlässliche Untertanen zu produzieren, die dann *die* gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse ignorieren und reproduzieren, die doch eigentlich zu reflektieren, zu kritisieren und zu verändern wären.
Angesichts der narkotisierenden Schleier, die – ausgehend von den hegemonialen, neoliberalen/neo-sozialen Diskursen und im Zusammenwirken mit kulturindustriellen Berieselungen – ihre Wirkung in den Köpfen der Subjekte längst erreicht zu haben scheinen, ist eine sich reflexiv und kritisch verstehende Soziale Arbeit aufgefordert, sich nicht kampflos zu ergeben, sondern die Begrenzungen und subtilen Unterdrückungsmechanismen zu erkennen, zu kritisieren und gegebenenfalls zu zerstören, die dazu beitragen (sollen), gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zu verinnerlichen. Als Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen sind wir nur dann selbstbestimmter handlungsfähig,

„wenn wir uns die Strukturen unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit im Bildungsprozess erschließen können, wenn wir also begreifen, auf welchen Strukturen, Prinzipien und Mechanismen die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse aufbaut, und auf welche Weise unsere Entwicklung und unser Handeln in diese soziale Wirklichkeit grundlegend verstrickt sind.“ (Bernhard 2006, S. 48 f.)

Bildung so verstanden ist Instrument des Widerspruchs und des Widerstands und zugleich der Schlüssel, der uns die Türen des Käfigs öffnen ließe, um freier, aber doch nie vollkommen frei zu sein. – Hier deutet sich die Relevanz der von Vertretern Kritischer Theorie und kritischer Wissenschaften produzierten Wissensbestände für die Soziale Arbeit an. Denn auch und gerade Soziale Arbeit hat sich für die gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen und die hegemonialen Wissensbestände, die menschlicher Existenz und menschlichem Leiden, aber auch sozialpädagogischen Praxen zugrunde liegen, zu interessieren und diese zum Gegenstand der Analyse, Kritik und Veränderung zu machen. Soziale Arbeit hat kontinuierlich den Geltungsanspruch der Gesellschaft in Frage zu stellen und ihre Ideologien, Diskurse und Strukturprinzipien zu überprüfen. Soziale Arbeit hat – ganz im Sinne Klafkis – stets ein kritisches, emanzipatorisches Erkenntnisinteresse mit einem konstruktiven Veränderungsinteresse zu verbinden, und zwar dahin gehend, dass sie ihre professionsbezogene Tätigkeit mit dem politischen Interesse verbindet (das von ihrem fachlichen nicht zu trennen ist), gesellschaftliche Ungerechtigkeit zu kritisieren und die Idee einer künftigen Gesellschaft als Gemeinschaft freier Menschen zu verwirklichen. (Horkheimer 1977, S. 36)

So gilt es für Soziale Arbeit als eine ihrer grundlegendsten Aufgaben nicht nur nach den gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturprinzipien zu fragen und dabei die gesellschaftlichen, diskursiven Begrenzungen sowie materiellen und kulturellen Zwänge offen zu legen, denen die Menschen unterworfen sind, sondern Soziale Arbeit hat darüber hinaus in diesem Kontext die als Sachzwänge unterstellten sozialen Phänomene, Erscheinungen, Gegenstände, Kategorien, Deutungsmuster usw. - die gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen und somit auch den Aufgaben- und Funktionszuweisungen Sozialer Arbeit zugrunde liegen - nicht als „naturgegeben" und somit unveränderlich, sondern als in Diskursen durch kollektive, interessengeleitete Akteure konstruiert und somit kontingent zu begreifen. Diese Überlegungen zu Grunde gelegt, wird im vorliegenden Beitrag für eine selbstbestimmtere, politische und kritische Soziale Arbeit plädiert und darüber hinaus Möglichkeiten und konkrete Bemühungen ihrer Realisierung aufgezeigt.

Bei der Lektüre (auch) des vorliegenden Textes ist ein „Sachverhalt" zu berücksichtigen, der uns im weiteren Verlauf noch eingehender beschäftigen wird, nämlich der, dass dieser Text bzw. die in ihn zum Ausdruck gebrachten Annahmen ebenfalls orientiert sind an paradigmatischen, theoretischen Vorannahmen, die im Kontext Kritischer Gesellschaftstheorie und Diskurstheorie/-analyse formuliert worden sind. Auch meinen Deutungen und Aussagen liegen somit spezifische Deutungsangebote und Wissensbestände und somit eine spezifische paradigmatische, theoretische oder auch disziplinäre Matrix zugrunde, die meine Wahrnehmung, Reflexion und Kritik orientieren. Vor *diesem* (!) Hintergrund wird aufzuzeigen und zu bemängeln sein, dass sozialarbeiterische und sozialpädagogische Praxis und Ausbildung sich regelmäßig Wissensbeständen unterordnen, die in Diskursen von kollektiven Akteuren anderer Disziplinen bzw. „der" (Sozial-)Politik oder (Sozial-)Bürokratie generiert werden, um dann aus diesen Wissensbeständen die, für die eigene Praxis relevanten Deutungsmuster, Aufgabenzuweisungen und Handlungsanweisungen zu erwarten bzw. zu gewinnen. Es wird aber ebenso zu zeigen sein, dass die solchermaßen selbst verschuldete Unmündigkeit der Profession keinesfalls nur festzustellen und zu beklagen ist, sondern dass es Möglichkeiten der Emanzipation von fachfremden Diskursen und Möglichkeiten einer selbstbestimmteren, reflexiven und kritischen Sozialen Arbeit gibt, die allerdings das Bemühen um Generierung eines sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Selbstverständnisses, und das heißt das Bemühen um eine paradigmatische Verortung und um eine selbstbestimmte Gegenstands- und darauf aufbauende Funktions- und Aufgabenformulierung voraussetzt, woran dann sozialarbeiterische und sozialpädagogische Praxis, Lehre, Reflexion und Kritik zu orientieren wären.

Soziale Arbeit als Ordnungsinstanz zur Bearbeitung „sozialer Probleme“

Nach wie vor besteht weder in Disziplin noch in Profession Einvernehmen darüber, was Soziale Arbeit, was ihr Gegenstand (also das, womit sie es als akademische Disziplin und Profession zu tun hat), was ihre daraus resultierenden Funktionen und Aufgaben eigentlich sind. In einer vagen Vorstellung und somit – aus disziplinärer Perspektive – unzulässigen Verkürzung wird regelmäßig und insbesondere in (kommunal-, sozial- und kriminal)politischen Diskursen wie selbstverständlich unterstellt und als Grundlage sozialpädagogischer und sozialarbeiterischer Praxis genommen, Soziale Arbeit habe es im Wesentlichen mit der Bearbeitung „Sozialer Probleme“ zu tun; die sich daraus ergebenen Funktionen und Aufgaben seien Hilfe (und Kontrolle), Prävention, (Re-)Integration, (Re-)Sozialisation, Rehabilitation, Fördern und Fordern usw. Es handelt sich hierbei allerdings eher um Aufgaben- und Funktions*zuweisungen*, als um Aufgaben- und Funktionsbestimmungen, sind sie doch nicht Ergebnis selbstbestimmter sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Reflexion, sondern Produkt deutungsmächtiger gesellschaftlicher Akteure, die eher *kein* Interesse an den Perspektiven sowie den Bedürfnissen der „Adressaten“ Sozialer Arbeit haben, als vielmehr an der Aufrechterhaltung einer an marktwirtschaftlichen, neoliberalen bzw. neo-sozialen Prinzipien (und somit an den Profit-Interessen einiger Weniger) orientierten gesellschaftlichen (Ungleichheits-)Ordnung.

Grundsätzlich lassen sich Soziale Arbeit bzw. die mit ihr in Verbindung gebrachten Funktionen, Aufgaben und Aufträge nur verstehen bzw. nachvollziehen, wenn zugleich die historisch-gesellschaftliche Entwicklung sowie grundsätzlicher die diskursiven, gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und ökonomischen Bedingungen Sozialer Arbeit re- bzw. dekonstruiert und reflektiert werden. So entwickelte sich Soziale Arbeit „als tragendes Element eines ambivalenten wohlfahrtsstaatlichen Auftrags. Sie verdankt ihre Entstehung den Ligaturen jener Rationalisierungs-, Säkularisierungs- und Bürokratisierungsprozessen, die Habermas formschön als *Kolonialisierung der Lebenswelt* beschrieben hat.“ (Dimmel 20050, S. 65)

Soziale Arbeit war in ihrem Handeln von Beginn an orientiert an ihr vorgegebene gesellschaftliche Ordnungsmodelle, an Vorstellungen von „Normalität“, „Devianz“ und „sozialen Problemen“, also an Gegenständen, die als (diskursiv konstruierter) Bezugsrahmen bis zum heutigen Tage Bestand haben. Spätestens mit der Verberuflichung Sozialer Arbeit entwickelten sich in diesem Kontext die neuen Professionellen „zu Sachwaltern für *richtig* erfolgte Erziehung, für *korrekte* Haushalts- und Lebensführung, kurz: zu Experten und Garanten für Normalität“ (Merten/Olk 1999, S. 966), in deren beruflichem Handeln sich eine Orientierung an staatlichen, normativ-rechtlichen Vorgaben, aber ebenso an vermeintlich fachlichem, häufig jedoch alltagstheoretischen Wissen und technologischen Vorstellungen von berufspraktischem Können verschränken mit der Orientierung an ge-

sellschaftlichen Normalitätsstandards, die in der Struktur der Institutionen wie ihre Aufgabendefinitionen eingelassen sind. (vgl. Dewe/Ferchhoff/Scherr/Stüwe 1995, S. 20) Hier kommt eine Asymmetrie (vgl. Gängler 2001) zum Ausdruck, die zuweilen als „doppeltes Mandat“ begrifflich gefasst wird: eine doppelte Verpflichtung sowohl gegenüber den Ansprüchen gesellschaftlicher bzw. staatlicher Vorgaben, als auch gegenüber einem eigenen – wenn auch nur geringfügig ausgeprägten - professionellen Selbstverständnis. So gilt für Soziale Arbeit, was auch für andere Professionen gilt, dass sie nämlich

„in den staatlichen Macht- und Herrschaftsapparat und sein hoheitsstaatliches Verwaltungshandeln in erheblichem Umfang einbezogen (ist). Sie vollzieht selbst Verwaltungshandlungen im Auftrag des Staates (…), muss sich an den Vorgaben der staatlichen Verwaltung abarbeiten (…) [und] ist über ihre staatlichen Auftragshandlungen auch in die globale Kontrollfunktion, die globale Selektionsfunktion, die globale Sanktionsfunktion und die globale Ausgrenzungsfunktion staatlichen Handelns eingebunden.“ (Schütze 1997, S. 243)

So ist es zu aller erst der Staat, dessen normativer, sozialrechtlicher Rahmen den Handlungsspielraum Sozialer Arbeit begrenzt, was andererseits dazu führt, dass Soziale Arbeit häufig Verwaltungshandeln ist, also Vollzug von Recht; gleichwohl Soziale Arbeit (zumindest grundsätzlich) trotz weitgehender rechtlicher Verregelung deutlich mehr als das Kodifizierte und somit deutlich mehr als Verwaltungshandeln umfasst, umfassen sollte: und zwar – wofür ausdrücklich zu plädieren ist - ein professionelles, auf einen selbst bestimmten Gegenstand sowie auf die Perspektiven und Bedürfnisse der Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit bezogenes Selbstverständnis, das den vom Staat vorgegebenen Rahmen sehr wohl zu erweitern, gar zu überschreiten vermag. (vgl. Dimmel, 2005, S. 70; Hammerschmidt 2005)

Die regelmäßig in sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Praxis unreflektierte, affirmative Orientierung an konstruierten und interessegeleiteten Vorstellungen von gesellschaftlicher „Normalität“ und Ordnung sowie in der Konsequenz an Vorgaben bezüglich „Devianz“, „Delinquenz“, „sozialen Problemen“ und „Problemgruppen“ (und ebenso konstruierten Maßstäben bzw. Indikatoren zur Identifikation dieser) sowie die Orientierung an daraus resultierenden Funktionszuweisungen und Arbeitsaufträgen (Integrieren, Resozialisieren, Kontrollieren, Disziplinieren, Fordern, Fördern u.v.m.), mag für Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen den zweifelhaften „Vorteil“ der Komplexitätsreduktion mit sich bringen, und zwar dahin gehend, dass vermeintlich eindeutig identifizierbare „soziale Probleme“, „individuelle Problemlagen“ und „Problem-/Risikogruppen“ sowie diesen zugrunde liegende „Ursachen“-Konstellationen benannt werden können und darüber hinaus auch – „Dank“ der in der Ausbildung eingeübten

Anamnese- und Diagnoseverfahren sowie sozialarbeiterischer „Methoden“ – ganz im „Sinne“ der staatlichen Auftraggeber – individualisierend (u.a. beratend, therapeutisierend, kontrollierend, sanktionierend, fördernd und fordernd) und in der Konsequenz entpolitisierend bearbeitet werden können. – Ein Aspekt, den bereits zu Beginn der 1970er Jahre Helge Peters thematisierte, als er auf mögliche Konsequenzen einer „wissenschaftlichen Fundierung“ Sozialer Arbeit hinwies. Nicht nur würden Sozialarbeiter durch die in Frage kommenden Sozialwissenschaften auf Regelmäßigkeiten aufmerksam gemacht werden, die die Notwendigkeit individualisierender Hilfe bezweifeln lassen, vielmehr würde eine wissenschaftliche Fundierung die Sozialarbeiter häufig darauf hinweisen, dass ihre Handlungsmöglichkeiten wenig effizient und ihr Aktionsradius zu klein ist, um die Probleme so zu lösen, wie es möglich wäre. (vgl. Peters 1973, S. 109) Ferner würden Interventions-Vorschläge, die sich – resultierend aus der Rezeption sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse – auf soziale Strukturen und deren Bedingtheit bezögen, auf den Widerstand der jeweils privilegierten Personengruppen einer Gesellschaft stoßen. Eine Sozialarbeit, die solche Vorschläge machte, würde die Basis verlassen, der sie ihre gegenwärtige Existenz verdanke und sie würde unter politischen Druck geraten, dem sie sich wegen ihrer Abhängigkeit von den politischen Instanzen, die sie finanzieren, nur schwer widersetzen könnte. Entsprechend vermeide es Sozialarbeit, Herrschaftsstrukturen zu bedrohen, und beuge damit einer Bedrohung ihrer selbst vor. (vgl. Peters 1973, S. 151f.) Eine Zustandsbeschreibung, von deren Gültigkeit mehr denn je auszugehen ist: Denn trotz kontinuierlicher, insbesondere seit den 1960er Jahren rekonstruierbarer Bemühungen um eine Akademisierung, Professionalisierung, Politisierung und theoretische Fundierung Sozialer Arbeit, scheint bis zum heutigen Tage die Relevanz insbesondere sozial- und erziehungswissenschaftlichen Wissens als unabdingbare Voraussetzung und Grundlage für eine selbstbestimmtere, reflexive und kritische Soziale Arbeit *nicht* nur nicht zur Kenntnis, sondern erst recht nicht zur Grundlage sozialpädagogischen Handelns sowie sozialpädagogischer Reflexion genommen zu werden.

So bestätigten bereits frühere empirische Untersuchungen die Wissenschafts- und Theorielosigkeit sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Praxis: Thole und Küster-Schapfl (1997) kamen in ihrer Studie, in deren Rahmen sie – im Bereich der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit tätige – Sozialpädagogen/Sozialarbeiterinnen und Diplompädagogen interviewten, zu dem Ergebnis, dass durch das Studium biographische Erfahrungen der Studierenden nicht entscheidend verunsichert werden und sich das Verhältnis zu den theoretischen Referenzsystemen der Disziplin in einer Ignoranz gegenüber sozialpädagogischer, sozial- bzw. erziehungswissenschaftlicher Literatur äußere.

„Ein anderes Bezugssystem, als die über fachliches Wissen leicht unterfütterten sozialen biographischen Erfahrungen als zentrale Ressourcen zur Bewältigung des beruflichen Alltags und der Entwicklung von Professionalität liegt offensichtlich entfaltet nicht vor.“ (Thole/Küster Schapfl 1997, S. 61)

Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Ackermann und Seeck (2000) in ihrer Untersuchung im Rahmen von Experteninterviews mit Absolventinnen einer Fachhochschule. Demnach ließ sich eine Fachlichkeit wie in anderen Professionen für den überwiegenden Teil der Befragten nicht aufweisen. Auch sei das Studium *nicht* die zentrale sozialisatorische Instanz beruflicher Identitätsbildung; diese werde vielmehr rudimentär *vor* dem Studium gelegt. Das Studium modifiziere lediglich alltägliche Erfahrungen, verändere diese aber nicht grundlegend. Die Wahrnehmung „sozialer Probleme“ bleibe entsprechend alltagsweltlich, d.h. an vortheoretischen Erfahrungen orientiert. Gleiches gelte für die in der Praxis der Sozialen Arbeit zur Anwendung kommenden Lösungs- und Handlungsstrategien. So stehe bei angehenden Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen ein Interesse an unmittelbar praxisrelevantem Handlungswissen, an Patentrezepten im Vordergrund. Entsprechend wirkten lediglich die eher „handwerklichen“ Wissensbestände wie Recht und Methoden orientierend. (Ackermann/Seeck 2000, S. 25)
Es lässt sich resümierend festhalten, dass zum Einen offenbar dem Studium bezüglich der Generierung einer professionellen, wissenschaftlichen Fachlichkeit bzw. eines sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Selbstverständnisses nur eine geringe Bedeutung zukommt, und dass zum Anderen (insbesondere) von den Erziehungs- und Sozialwissenschaften produzierte Wissensbestände nicht nur regelmäßig nicht (beispielsweise im Rahmen von Prozessen der Planung, Reflexion, Kritik und des Handelns) berücksichtigt werden, sondern dass deren Existenz nicht als bekannt vorausgesetzt werden kann.
Auch wenn diese Ergebnisse sicherlich nicht generalisierbar sind, stimmen sie doch im Wesentlichen überein mit eigenen zahlreichen Kontakten und jahrelangen Erfahrungen (im Kontext von Fort- und Weiterbildungen sowie regelmäßiger Besuche in Praktikumsstellen) in Institutionen sowie mit Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit (bei unterschiedlichen freien und öffentlichen Trägern, in unterschiedlichen Bundesländern). Zudem werden jene Ergebnisse regelmäßig von Studierenden in Praxisreflexions-Seminaren bestätigt, die über ihre Erfahrungen in den zu absolvierenden Praktika berichten. Demnach ist eine Bezugnahme auf sozialpädagogische bzw. sozial- und erziehungswissenschaftliche Wissensbestände zur Begründung, Reflexion und Kritik „professionellen“ Handelns in den meisten Arbeitsfeldern und Institutionen regelmäßig genauso wenig festzustellen, wie das Bemühen um Realisierung kontinuierlicher Prozesse der Konzeptentwicklung. Hingegen dominieren nicht nur alltagstheoretische Reflexionen und Begründungen die sozialpädagogischen Institutionen und Praxen; vielmehr sind diese – als Konsequenz eigener

Theorie- und Konzeptionslosigkeit – zunehmend orientiert an betriebswirtschaftlichen und Effizienz-Kriterien sowie an Relevanzsystemen und Wissensbeständen anderer, insbesondere traditioneller bzw. naturwissenschaftlich orientierter sowie Prinzipien technischer Zweckmäßigkeit folgender, und dabei gesellschaftliche Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse ausblendender Disziplinen und Professionen. Dies wiederum hat zur Folge, dass Soziale Arbeit gerade auch im Zusammenwirken mit Vertreterinnen anderen Professionen und Disziplinen – beispielsweise mit Juristen in der Jugendgerichtshilfe oder im Strafvollzug, mit Absolventen von Lehramtsstudiengängen (Lehrern) im Kontext der Schulsozialarbeit, mit Medizinerinnen und Pflegepersonal in Krankenhäusern/Psychiatrien – regelmäßig nicht nur „die zweite Geige" zu spielen genötigt wird, sondern sich der vermeintlichen Deutungshoheit anderer Professionen und Disziplinen in diesen Arbeits- und Kooperationszusammenhängen sang- und klanglos fügt und unterordnet. Ein beklagenswerter und darüber hinaus nicht hinnehmbarer Zustand!

So sehr diese Ergebnisse, Erfahrungen und Berichte über Wissenschafts-, Theorie- und Konzeptionslosigkeit sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Praxen und Institutionen erschrecken und als Alarmsignal gewertet werden müssen, so wenig sollten sie zum Anlass genommen werden, ausschließlich auf vermeintlich theorieresistente Praktikerinnen und Studierende zu schimpfen und diese alleine für dieses Dilemma verantwortlich zu machen. Vielmehr ist in Rechnung zu stellen und zum Gegenstand der Reflexion und Kritik zu machen, dass Soziale Arbeit seit jeher Teil von Gesellschaft war und ist, dass sie eingebettet ist in gesellschaftliche, bürokratische, politische, interessengeleitete Diskurse und somit nicht nur traktiert wurde und wird mit hegemonialen Weltbildern, Vorstellungen von gesellschaftlicher Ordnung und Normalität sowie in der Konsequenz mit Vorstellungen von „Abweichung" und „sozialen Problemen", sondern dass sie selbst an der (Re-)Produktion dieser mittel- und unmittelbar beteiligt war und ist, und es ihr bis zum heutigen Tage nicht gelungen ist, sich von ihnen auch nur ansatzweise zu emanzipieren. So dominieren und strukturieren einerseits gesellschaftliche, rechtliche, politische, ökonomische Vorgaben und Funktionszuweisungen die Praxis der Sozialen Arbeit, während andererseits sozialpädagogische Praktikerinnen und Praktiker (aber ebenso in den relevanten Studiengängen tätige Multiplikatoren) sich regelmäßig diesen fremdbestimmten Vorgaben und daraus resultierenden Aufgaben- und Funktionszuweisungen klaglos, ja in vorauseilendem Gehorsam unterwerfen, und dabei regelmäßig *die* Wissensbestände und Wahrheiten zur Kenntnis und somit zur Grundlage ihres Handelns nehmen, die mit den tradierten Evidenzen und vor allem den Erwartungen politischer und bürokratischer Entscheidungsträgerinnen und Geldgeber kompatibel erscheinen. Solchermaßen „funktioniert" Soziale Arbeit, orientiert an einer Ordnung des Sozialen, der sie sich in gleichem Maße unterwirft, wie sie jene als objektiv gegeben voraussetzt. Indem sie gesellschaftliche Bedingungen, Verhältnisse, Relationen, Phänomene,

Kategorien, Definitionen und Deutungsmuster als objektiv gegeben zur Grundlage ihrer Reflexion und ihres Handelns nimmt und somit die diskursive Konstruiertheit und historisch-gesellschaftliche Kontingenz gesellschaftlicher Ordnung ignoriert, nistet sie sich ein in die Beschränkungen eines objektivistischen, entpolitisierten, quasi naturwissenschaftlichen Wissenschafts- und Weltverständnisses und trägt somit ganz wesentlich dazu bei, sich als verlässliche Ordnungsinstanz zu konturieren, die den deutungsmächtigen Entscheidungsträgerinnen und Geldgebern verlässlich und für alle „Fälle" zur Verfügung steht.

Dass eine solche „traditionelle" Soziale Arbeit dermaßen funktioniert, indem sie sich hegemonialen Ordnungsvorstellungen von Gesellschaft und daraus resultierenden (politischen) Funktionszuweisungen in gleicher Weise unterwirft, wie den objektivistischen, entpolitisierten, quasi naturwissenschaftlichen Wissensbeständen sogenannter Bezugsdisziplinen, hat – neben den bereits von Helge Peters benannten – weitere Gründe. So ist es „der" Sozialen Arbeit nie gelungen, ein eigenes disziplinäres oder professionsbezogenes Selbstverständnis zu entwickeln; dies insbesondere, weil die Vertreter und Vertreterinnen der Disziplin und Profession sich bisher nicht auf einen konsensfähigen Gegenstandsbereich haben verständigen können, der dazu geeignet wäre, sozialpädagogisches bzw. sozialarbeiterisches Handeln, Reflexion und Kritik zu orientieren. So sehr diesbezüglich Bemühungen im Rahmen der sozialpädagogischen Wissens- und Theorieproduktion festzustellen sind (allerdings ohne, dass im disziplinären Diskurs Bezug aufeinander genommen werden würde), so wenig scheinen diese die sozialpädagogische Praxis, noch die Seminare in den einschlägigen Studiengängen (insbesondere an den Fachhochschulen) zu erreichen. So hat die für sozialpädagogische Praxis und Ausbildung zu konstatierende marginale Relevanz von Theorie und Gegenstandsbezug zur Folge, dass sozialpädagogische und sozialarbeiterische Praxen sich zum Einen vorwiegend orientieren an den Berufs- und biographischen Erfahrungen (und den daraus resultierenden Alltagstheorien) der Professionellen, zum Anderen an der Deutungshoheit von Politik, (Sozial-)Bürokratie und Medien sowie an den daraus resultierenden Aufgaben- und Funktionszuweisungen. Und für die sozialpädagogischen bzw. sozialarbeiterischen Studiengänge – insbesondere an den Fachhochschulen – hat der regelmäßig zu beanstandende geringe Stellenwert von sozialpädagogischer Theorie sowie der fehlende Gegenstandsbezug eine seit Jahren zunehmend unerträglicher werdende Dominanz sogenannter Bezugsdisziplinen zur Folge, deren Vertreterinnen mit *ihrem* jeweiligen disziplinären, zumeist objektivistischen, entpolitisierten, naturwissenschaftlichen Blick das Vakuum zu füllen bereit sind, das durch Theorielosigkeit und fehlenden Gegenstandsbezug entstanden ist. So dominieren in den doch eigentlich sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Studiengängen zunehmend die (regelmäßig gesellschaftliche Bedingungen, Ungleichheitsverhältnisse und Ordnungsprinzipien ausblendenden) Disziplinen wie Psychologie, Medizin und Recht, die wiederum nicht

unwesentlich – in Zusammenspiel mit dem ebenfalls naturwissenschaftlich orientierten sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Mainstream – verantwortlich sind für eine Ausrichtung der Curricula an *ihren* (!) disziplinären Relevanzsystemen/Wissensbeständen sowie an den antizipierten „Erfordernissen der Praxis“ (einer an staatlichen Ordnungsvorstellungen orientierten Praxis) bzw. „am Markt“, und konterkarieren damit die zaghaften Bemühungen um eine selbstbestimmtere, theoretisch fundierte und gegenstandsbezogene Disziplin und Profession Soziale Arbeit.

Vorwiegend relevant für die Soziale Arbeit werden so die von anderen wissenschaftlichen Disziplinen, (Sozial-)Bürokratie und Politik produzierten Relevanzsysteme bzw. Wissensbestände (über „soziale Probleme“, über „Defizite“, „Schwächen“ und „individuelles Versagen“ der AdressatInnen, über „Normalität“, „Devianz“, „Kriminalität“ und „Krankheit“ sowie über die vermeintlichen, diesen Erscheinungen zugrunde liegenden Ursachen). Es handelt sich hierbei um für die Soziale Arbeit relevante Deutungs- und Handlungsmuster, die es wiederum ermöglichen – unter Ausblendung gesellschaftlicher Bedingungen, gesellschaftlicher Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse – die „gefährdeten“, „gefährlichen“, „devianten“, „aktivierungsresistenten“ Personen und Populationen zu identifizieren, die dann als „Fälle“ der individualisierenden Bearbeitung der Sozialen Arbeit zugeführt werden (bzw. zugleich oder im Falle der „Unwirksamkeit“ sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Interventionen: der Justiz, Medizin/Psychiatrie oder Psychologie). D.h., die Wissensbestände, die regelmäßig im Rahmen der sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Ausbildung *vermittelt* werden und von den Studierenden „angeeignet“ werden müssen (nicht zuletzt, um den antizipierten Erwartungen politischer und bürokratischer Entscheidungsträgerinnen, den „Erfordernissen der Praxis“ oder auch „des Marktes“ zu genügen), repräsentieren Sinn- und Handlungsstrukturen, aus denen die für die Organisationen der Sozialen Arbeit verbindlichen Motive, Prioritäten und Erfolgskriterien für das professionelle Handeln bestimmt werden. (vgl. Dewe/Otto 1996, S. 35f.) Eine reflexive, kritische Soziale Arbeit hingegen hat zu berücksichtigen, dass (auch) die für die Soziale Arbeit relevanten Wissensbestände, Ordnungsprinzipien, Kategorien und Deutungsmuster gesellschaftliche Wirklichkeit, Phänomene, Gegenstände, Bedeutungen usw. nicht einfach widerspiegeln und somit keinesfalls als „objektiv“ oder „naturgegeben“ aufzufassen sind. Wissen hat *keine* Anbindung an eine vermeintliche übergreifende Wahrheit. Vielmehr handelt es sich (auch) bei den für die Soziale Arbeit bedeutenden Wissensbeständen, Ordnungsprinzipien, Kategorien, Deutungsmustern um in Diskursen produzierte Konstrukte, die einerseits historisch-gesellschaftlich kontingent sind, andererseits in konflikthaften und interessengeleiteten Prozessen generiert werden. Daher ist eine Auseinandersetzung mit Diskursen und der Konstruktion von Wissen, Wahrheit und Wirklichkeit unerlässlich, wenn es um Fragen der historisch-gesellschaftlichen Bedingungen

Sozialer Arbeit geht, um Fragen des Gegenstandes Sozialer Arbeit, ihrer Funktionen und Aufgaben, um Deutungs- und Handlungsmuster, um zu bearbeitende „Problemlagen“ oder „Problemgruppen“ usw., und wenn es darum geht, Möglichkeiten der Emanzipation von hegemonialen Diskursen sowie Möglichkeiten einer selbstbestimmteren sozialpädagogischen Praxis auszuloten. Eine solche Auseinandersetzung soll im Folgenden geleistet werden. So werden wir uns zunächst ausführlicher und allgemeiner mit der Bedeutung von Diskursen (für die Konstruktion von gesellschaftlicher Wirklichkeit) befassen, um dann in einem weiteren Schritt mit Blick auf (Sozial-)Staat und (Sozial-/Kriminal-)Politik die Konsequenzen für Gesellschaft und Soziale Arbeit heraus zu arbeiten.

Diskurse – Konstitutionsbedingung des Sozialen

Der Bezug auf den Begriff „Diskurs“ erfolgt dann, wenn sich theoretische Perspektiven – zumeist unter Bezugnahme auf Michel Foucault – auf die Konstruktion von Wissen und von Wirklichkeit sowie auf zugrunde liegende Strukturmuster oder Regeln der Bedeutungsproduktion und -reproduktion beziehen; wobei allerdings frühzeitig darauf hinzuweisen ist, dass von einer konsistenten Diskurs-„Theorie“ eigentlich gar nicht gesprochen werden kann. Denn Foucaults Werk zeichnet sich durch Brüche und Diskontinuitäten – quasi als „methodisches Prinzip“ – aus; seine Schriften folgen weniger der Logik einer gradlinigen Schnellfahrtstraße, als vielmehr der eines verwirrenden Labyrinths. (vgl. Kneer 1998) Teil dieses „methodischen Prinzips“ ist ferner, „dass Foucault die Einwände gegen seine Theorien stets selbst formulierte und dass er bedenkenlos über Bord warf, was sich ihm in der Rückschau als falsch darstellte“. Deshalb – so Jörg Baberowski – sei Foucault ein Autor, der immer wieder neu gelesen und interpretiert wird, weil sich seine Theorien in kein System und in keine Kontinuität einfügen lassen. Jeder Deutungsversuch sei mit der Uneindeutigkeit konfrontiert, mit der Foucault sein Werk ausgestattet hat. (vgl. Baberowski 2005) Dadurch, dass zentrale Begriffe nicht eindeutig definiert und darüber hinaus einmal gewonnene Positionen selbst in Frage gestellt wurden, trug Foucault wesentlich dazu bei, dass er von den Rezipienten unterschiedlich oder gar missverstanden wurde. So kann auch die folgende Auseinandersetzung mit dem Begriff „Diskurs“ nur als ein bescheidener Versuch (bzw. eine Interpretation) verstanden werden, anhand ausgewählter Originalliteratur sowie diverser Sekundärliteratur (also verschiedener Interpretationen der Arbeiten Foucaults) etwas Licht in das Dunkel des Labyrinths zu bringen und die kaum zu überschätzende Relevanz diskurstheoretischer Überlegungen auch für die Soziale Arbeit zu verdeutlichen. Um dieses Ziel zu erreichen werden inhaltliche Redundanzen nicht nur in Kauf genommen, sondern sind beabsichtigt.

„Diskurs“ ist einer der Begriffe, der sich in Sozialwissenschaften und Sozialer Arbeit zwar großer Beliebtheit erfreut, gleichermaßen aber zu einem „nebulösen Allerweltswort“ geworden ist:

„Viele verwenden es, aber nur wenige können näher bestimmen, was damit ausgesagt werden soll. (…) Die inflationäre Verwendung des Wortes „Diskurs“ und die nahezu gänzliche Beliebigkeit seiner inhaltlichen Ausfüllung haben kaum dazu beigetragen, ihn als analytische Kategorie zu etablieren, sondern führten vielmehr dazu, dass regelmäßig ein Aufstöhnen zu vernehmen ist, sobald vom *Diskurs* die Rede ist.“ (Landwehr 2001, S. 65/66)

Im Rahmen dieses Beitrages und Bezug nehmend auf die Schriften Foucaults können Diskurse grundsätzlich als gesellschaftliche Äußerungsformen in Sprache oder Schrift verstanden werden, die durch die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen geregelt sind. Ein Diskurs ist ein „gesprochenes oder geschriebenes Ding“ (Foucault), dessen Wirkung jedoch über die bloße Manifestation in Rede oder Schrift hinausgeht. (vgl. Treibel 2006, S. 61) Der Bezug auf den Begriff „Diskurs“ erfolgt dann, wenn sich theoretische Perspektiven auf die Konstruktion von Wissen und von Wirklichkeit sowie auf zugrunde liegende Strukturmuster oder Regeln der Bedeutungsproduktion und -reproduktion beziehen. In Diskursen werden somit Sinn-Ordnungen stabilisiert und dadurch kollektiv verbindliche Wissensordnungen in sozialen Ensembles institutionalisiert (vgl. Keller 2004, S. 7; Keller/Hirseland 2005, S. 8), wobei Sprache dabei sicherlich das primäre Medium der Wissenskonstruktion ist; allerdings sind die Praktiken, die einen Diskurs tragen, als auch diejenigen, die aus ihm folgen, nicht ausschließlich sprachlicher Natur.

Die Fokussierung auf Sprache und Kommunikation bedeutet nun aber nicht, dass es sich bei Diskursen lediglich um „körperlose Ansammlungen von Aussagen“ handelt; d.h. Äußerungen und Aussagen finden nicht „isoliert“ im kontextfreien Raum statt, sondern gerade *innerhalb* sozialer Kontexte, wobei durch diese sozialen Kontexte einerseits die Aussagen determiniert werden, andererseits tragen die Aussagen dazu bei, dass die sozialen Kontexte weiterhin existieren. (vgl. Mills 2007, S. 11) Es zeichnet sich eine strukturierende Funktion von Diskursen ab, denn Diskurse sind als *symbolische Ordnungen* zu begreifen, die den Subjekten das gemeinsame Sprechen und Handeln erlauben. Aber nicht nur das: auch das Denken bewegt sich im Zusammenhang einer Ordnung von Symbolen, mit denen wir uns Welt erschließen. Mit anderen Worten:

„Alles, was wir wahrnehmen, erfahren, spüren, auch die Art, wie wir handeln, ist über sozial konstruiertes, typisiertes, in unterschiedlichen Graden als legitim anerkanntes und objektiviertes Wissen vermittelt. Dieses Wissen ist nicht auf ein

‘angeborenes‘ kognitives Kategoriensystem rückführbar, sondern auf gesellschaftlich hergestellte symbolische Systeme. Solche symbolischen Ordnungen werden überwiegend in Diskursen gesellschaftlich produziert, legitimiert, kommuniziert und transformiert; sie haben gesellschaftlich-materiale Voraussetzungen und Folgen.“ (Keller 2001, S. 123; vgl. Landwehr 2001, S. 77)

Wissen als analytisches Konzept – so Jenny Lüders (2008) – fasst Foucaults These, wonach all das, was zu einer bestimmten Zeit gewusst, gedacht, gesagt, getan und wahrgenommen werden kann, Ergebnis die Gesellschaft durchziehender Regelsysteme ist. Wissen habe somit keine Anbindung an eine vermeintliche übergreifende Wahrheit, der man sich mehr oder weniger stark anzunähern vermag. Vielmehr meint Wissen alle Arten von Bewusstseinsinhalten bzw. von Bedeutungen, mit denen Menschen die sie umgebende Wirklichkeit deuten und gestalten. Dieses Wissen beziehen die Menschen aus den jeweiligen diskursiven Zusammenhängen, in die sie hineingeboren sind und in die verstrickt sie während ihres gesamten Daseins leben. (vgl. Jäger 2001, S. 81) In Diskursen wird Wissen über Wirklichkeit konstruiert, und damit – entgegen allen (auch in der Sozialen Arbeit verbreiteten) objektivistischen Annahmen – die Wirklichkeit selbst. Diskurse sind Ausdruck und Konstitutionsbedingung des Sozialen zugleich. Diskurse haben gesellschaftliche Voraussetzungen und Folgen. Wissen über die Wirklichkeit, Bedeutungen liegen in den Diskursen in strukturierten Formen, als typisierte und typisierbare Schemata vor und werden im Deuten und Handeln der in die Diskurse eingebundenen Akteure aktualisiert. Man könnte also sagen: die Wirklichkeit ist bedeutungsvoll, sie existiert in der Form, in der sie existiert nur insofern, als ihr von den Menschen, die alle in die Diskurse verstrickt und - darauf wird noch einzugehen sein - durch diese konstituiert sind, Bedeutung zugewiesen worden ist und weiter zugewiesen wird. (vgl. Keller 2001, S. 128 ff.; Jäger 2001, S. 94)

Der Diskurs bestimmt, was in einer Gesellschaft, an einem Ort, zu einer Zeit „sinnvoll“ gesagt werden kann. Der Diskurs, von dem Foucault spricht, ist eine Instanz, die Wissen produziert, wobei nicht nur von Interesse ist, *was* gesagt wird, das Wissen, die Bedeutungen, die generiert und reproduziert werden, sondern ebenso die Regeln, die darüber bestimmen, *was gesagt werden kann*. Foucault interessieren die „Sagbarkeitsregime“, die Möglichkeiten, die der Diskurs eröffnet, etwas zu sagen. Der Diskurs ist eine „regulierte Praxis“, von der die Subjekte nicht nur betroffen sind oder gar determiniert werden, vielmehr sind die Subjekte in die Herstellung des Diskurses selbst involviert. - Von besonderem Interesse ist die historische Relativität unserer eigenen Denk-Schemata (Wissen, Kategorien, Bedeutungen als typisierte und typisierbare Schemata): so reagieren wir

„mit lächelndem Staunen auf das, was unseren eigenen Klassifikationsschemata nicht entspricht und betrachten es als ‘undenkbar‘. Dies Prädikat enthüllt den einfachen, aber grundlegenden Tatbestand, dass sich unser Denken im Zusammenhang einer Ordnung von Symbolen bewegt, Kraft derer Welt auf eine je sprach- und kulturspezifische Weise für die Teilnehmer des betreffenden Sprach- und Kulturzusammenhangs erschlossen ist. Nennen wir - in einer vagen Annäherung - *Diskurs* eine solche symbolische Ordnung, die allen unter ihrer Geltung sozialisierten Subjekten das Miteinander-Sprechen und Miteinander-Handeln erlaubt, so werden wir vermuten, dass es immer eine Ordnung des Diskurses geben wird.“ (Frank 1988, S. 32)

Diskursen kommt somit eine gesellschaftliche Ordnungsfunktion zu, da sie Wissen ordnen und diesem Wissen Bedeutungen zuweisen, Gegenstände produzieren und in der Konsequenz das „Wahre“ vom „Falschen“ unterscheiden und somit Unterscheidungskriterien zur Verfügung stellen, die das Normale vom Abweichenden, die Vernunft vom Wahnsinn, das Gute vom Bösen, das Evidente vom Unbegreiflichen trennen. Foucault versteht Wissensstrukturen, denen immer gesellschaftliche Ordnungsfunktionen innewohnen, „als historisch mehr oder weniger kontingente und diskontinuierliche Ordnungen, die emergente soziale Produkte diskursiver (und nicht-diskursiver) Praktiken darstellen. Sie konstituieren die Möglichkeiten gesellschaftlicher Wirklichkeitswahrnehmung, die *Matrix der Erfahrungen.*“ (Keller 2005, S. 125)

Gemeint ist damit, dass der Mensch nur „auf einem Hintergrund eines bereits Begonnenen“ wahrnehmen, denken, deuten, interpretieren und handeln kann.

„In der Tat entdeckt sich der Mensch nur als mit einer bereits geschaffenen Geschichtlichkeit verbunden: er ist niemals Zeitgenosse jenes Ursprungs, der durch die Zeit der Dinge hindurch sich abzeichnet und sich verheimlicht. Wenn er (der Mensch, F.B.) sich als Lebewesen zu definieren versucht, entdeckt er seinen eigenen Anfang nur auf dem Hintergrund eines Lebens, das lange vor ihm begonnen hat. Wenn er versucht, sich als arbeitendes Wesen zu erfassen, bringt er die rudimentärsten Formen davon nur an den Tag innerhalb einer menschlichen Zeit und eines menschlichen Raumes, die bereits institutionalisiert, bereits von der Gesellschaft beherrscht sind. Wenn er seine Essenz als die eines sprechenden Subjekts zu definieren versucht, diesseits jeder effektiv konstituierten Sprache, findet er stets nur die Möglichkeit der bereits entfalteten Sprache und nicht das Gestammel, das erste Wort, von dem aus alle Sprachen und Sprache selbst möglich geworden ist. Stets auf einem Hintergrund eines bereits Begonnenen kann der Mensch das denken, was für ihn als Ursprung gilt.“ (Foucault zit. n. Baberowski 2005)

Der Mensch ist immer bereits da. Er kann nie hinter seine Sprache zurück, er befindet sich in der Sprache und den Netzen des Verstehens, in die er geworfen ist und die Grundlage individuellen und kollektiven Handelns sind, die beeinflussen, wie Individuen und soziale Gruppen die Wirklichkeit interpretieren, was sie als notwendig oder möglich betrachten und was sie als ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen sehen; somit fällt - was wir denken, sagen zu wollen - in eine ziemlich vorhersehbare und *eingeschränkte Menge von Parametern* (Mills). Wir sprechen und handeln innerhalb der Grenzen, die im Diskurs festgelegt werden. (vgl. Baberowski 2005, S. 194; Emmerich 2006, S. 75; Mills 2007, S. 75) Der Diskurs, den man ein „historisches Apriori" nennen könnte, sorgt dafür, dass nur bestimmte Dinge, auf eine bestimmte Art als bedeutungsvolle Dinge wahrgenommen werden.

„Foucault ist der Überzeugung, dass etwas in uns (der „Diskurs" oder die Sprache selbst) immer schon viel länger denkt als wir. (…) Der Diskurs ist rar, denn jede Zeit sagt und sieht nur, was sie über die mit Scheuklappen versehenen Diskurse wahrzunehmen vermag. Der für sie sichtbare Teil einer historischen Tatsache erscheint ihr vertraut, natürlich und vernünftig." (Veyne 2003, S. 32) – Der Diskurs als Bedingung unserer Wahrnehmung und unseres Denkens. Wahrnehmung, nicht verstanden als Prozess der Aneignung objektiver Wirklichkeit, sondern als Prozess des Interpretierens und der Kategorisierung von Erfahrungen, orientiert an der vom Diskurs produzierten Matrix, und dabei diese Matrix und die mit ihr verwobene Stichhaltigkeit und Normalität wiederum reproduzierend. Diskurse erscheinen als Strukturmuster gesellschaftlicher Ordnung, die als Institutionen strukturierende und durch institutionelle Praktiken strukturierte Strukturen aufgefasst werden können. (vgl. Bublitz 1999, S. 24)

So kann Wirklichkeit als durch den Diskurs geformt verstanden werden. Ein Zugang zur Wirklichkeit – die keine objektive sein kann – ist nur durch die diskursiven Strukturen möglich, die unsere Auffassung von Wirklichkeit bestimmen. Sara Mills betont zu Recht, dass Foucault keineswegs die Existenz des Realen bestreitet: „Im Gegenteil, er hält das, was wir wahrnehmen, für signifikant: Die Art und Weise, wie wir Dinge und Ereignisse interpretieren und sie innerhalb unseres Bedeutungssystems positionieren, hängt allerdings von diskursiven Strukturen ab. Diese diskursiven Strukturen bestimmen, dass Dinge und Ereignisse uns real und materiell erscheinen. (…) Foucault geht (also) davon aus, dass unsere Sicht der Dinge innerhalb der Grenzen diskursiver Zwänge geformt wird. - Es geht einfach darum, dass wir die Realität durch Diskurse und diskursive Strukturen hindurch wahrnehmen" (Mills 2007, S. 54), was nicht nur eine Verengung des Blickfeldes bewirkt, sondern zugleich viele Dinge und Phänomene davon ausschließt, für „real" oder als existent befunden zu werden.

Wahrheit und Macht

Foucault betrachtet die Objekte als historisch kontingente Erscheinungen, die ihre Existenz unterschiedlichen Wissens- und Praxisformationen verdanken, die der Diskurs bedingt und die den Diskurs bedingen. Aus dieser konstruktivistischen Perspektive ist jede universelle Wahrheit zu bezweifeln. Paul Veyne hat dies folgendermaßen versucht zum Ausdruck zu bringen:

„Wahrheit bleibt Bedingung der Möglichkeit jeglichen Diskurses, aber sie ist selbst gleichfalls ein Diskurs und hat daher auch eine Geschichte, denn zu jeder Zeit reduziert sie sich auf das, was in der Gesellschaft als wahr gilt. (…) Wahrheit geht niemals über das hinaus, was in einer Zeit als wahr gilt, denn man kann nicht zu jeder Zeit jede beliebige Wahrheit sagen, und die reine Wahrheit ist uns nicht zugänglich. … (Vielmehr) ist die Vergangenheit ein riesiger Friedhof toter Wahrheiten. Ja, der Mensch ist zu einigen kleinen Wahrheiten hinsichtlich seiner Ideen und hinsichtlich der Dinge fähig, aber insgesamt und im Grunde ist er dazu verdammt, immer wieder Irrtümern und Illusionen zu erliegen. Er vermag die Idee der Wahrheit zu erfassen, aber nicht die Wahrheit selbst.“ (Veyne 2003, S. 38)

Wahrheit ist keineswegs eine Abbildung von Realität und niemals eine den Aussagen oder Objekten innewohnende Qualität. Ferner steht die Wahrheit weder außerhalb der Macht, noch ist sie ohne Macht. Zwar ist die Wahrheit von dieser Welt, so schreibt Foucault, aber sie wird aufgrund vielfältiger Zwänge produziert und verfügt über geregelte Machtwirkungen.

„Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‘allgemeine Politik‘ der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden. (…) In Gesellschaften wie der unsrigen kann die ‚politische Ökonomie‘ der Wahrheit durch fünf historisch bedeutsame Merkmale charakterisiert werden:

- die Wahrheit ist um die Form des wissenschaftlichen Diskurses und die Institutionen, die ihn produzieren, zentriert;
- sie ist ständigen ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt (Wahrheitsbedürfnis sowohl der ökonomischen Produktion als auch der politischen Macht);

- sie unterliegt in den verschiedensten Formen enormer Verbreitung und Konsumtion (sie zirkuliert in Erziehungs- und Informationsapparaten …);
- sie wird unter der zwar nicht ausschließlichen aber doch überwiegenden Kontrolle einiger weniger großer politischer oder ökonomischer Apparate (Universität, Armee, Presse, Massenmedien) produziert und verteilt;
- schließlich ist sie Einsatz zahlreicher politischer Auseinandersetzungen und gesellschaftlicher Konfrontationen (‚ideologischer Kämpfe').“ (Foucault 1978, S. 51f.)

Diskurse definieren Wahrheit und üben somit gesellschaftliche Macht aus. Was im Diskurs geschieht, ist die Gefahr der Unordnung und des Unkontrollierten zu organisieren und zu bändigen. Der Diskurs arbeitet mit Verboten und Schranken, um die Aussagen zu kanalisieren.

„Durch die untrennbare Verbindung mit der Macht lässt sich Wahrheit auch nicht als ein Ensemble der wahren Dinge begreifen, die zu entdecken und zu akzeptieren sind. Vielmehr akzeptiert jede Gesellschaft bestimmte Diskurse als wahre Diskurse, und dadurch wird es ihr ermöglicht, wahre Aussagen von falschen zu trennen. Wahrheit ist also vielmehr die Gruppe von Regeln, die das Falsche vom Wahren trennen und das Wahre mit bestimmten Machtmitteln ausstatten.“ (Landwehr 2001, S. 85f.)

Wahrheit ist also an Machttechniken und Machtwirkungen gebunden, was dadurch zum Ausdruck kommt, dass Diskurse Aussagesysteme bzw. Praktiken sind, die festschreiben, was denkbar und sagbar ist, was aus dem Bereich des Sagbaren ausgeschlossen wird; Diskurse sind Aussagesysteme, die ferner bestimmte Gegenstandsbereiche hervorbringen sowie verbindliche Wahrheiten produzieren und somit verbindliche soziale Wirklichkeit konstituieren, an der letztlich die Subjekte ihr Denken und Handeln orientieren. Mit Blick auf die Macht sind für Foucault von besonderem Interesse die historischen „Wahrheitsspiele“, die Mechanismen der Konstitution von Diskursen, die im Namen der Wahrheit sprechen und das Wissen ihrer Zeit formieren (vgl. Keller 2005, S. 126), d.h. die Regelstrukturen von Diskursen als Strukturierungsmuster, die nicht auf die „Absichten“ sozialer Akteure zurückgeführt werden können, sondern als Effekte des Diskurses, die den Spielraum des Sagbaren regulieren, entstehen. Der Diskurs ist – darauf weist Siegfried Jäger hin - als ganzer die regulierende Instanz, die Bewusstsein formiert. „Insofern als Diskurs als *Fluss von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit* funktioniert, schafft er die Vorgaben für die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften und die Subjektbildung.“ (Jäger 2001, S. 84) Foucaults Diskurskonstruktivismus ist ein Konstruktivismus ohne Konstrukteure! Denn – so Jörg Baberowski – die

Wissensordnung und die Wissensproduktion sind immer von den diskursiven Praktiken bestimmt, die wiederum keineswegs von den Menschen kontrolliert werden. Vielmehr erschaffen die Diskurse das Subjekt (und nicht umgekehrt).

„Wo Menschen ihre Erfahrungen rationalisieren, nehmen sie sich als Subjekte wahr, sie erliegen der Illusion, dass ihre Erfahrungen nur ihnen gehören, dass sie Herren Ihrer Erfahrungen sind. Eine Aussage, die beansprucht, wahr zu sein, beruht auf dieser Illusion, man sei ein autonomes Subjekt. Aber das Subjekt spricht nicht über sich selbst, wenn es über sich selbst spricht. Es definiert die Anderen, die Anormalen, die Fremden, die Kranken und die Häftlinge, die alle Regeln, auf die die eigene Existenz gegründet ist, dadurch bestätigen, dass sie sich jenseits dieser Regeln aufhalten. In der Praxis des Unterscheidens konstituiert sich das Subjekt, und diese Praxis ist in Diskurse eingelassen, die darüber bestimmen, wie und was über eine solche Unterscheidung jeweils gesagt werden kann.“ (Baberowski 2005, S. 198)

Auch Foucault begreift das menschliche *Ich* als eingelassen in ein Netz vorgängiger Strukturen, durch die es konstituiert wird. Das Individuum mache den Diskurs nicht, eher sei das Umgekehrte der Fall. Man müsse zu einer Gesellschaftsanalyse gelangen, die die Konstitution des Subjekts im geschichtlichen Zusammenhang zu klären vermag. Die Konstituierung des Subjekts sieht er als die Transformation eines *äußeren* in ein *inneres* Disziplinarverhältnis, was so zu verstehen ist, dass die moderne Disziplinarmacht die Ausbildung einer innerpsychischen, seelischen Gewissens- und Kontrollinstanz bewirkt – und zwar in der Weise, dass die Individuen ihre eigene Kontrolle übernehmen. Das Individuum ist somit eine Wirkung der Macht, und trägt zu deren Verfestigung bei:

„Der Mensch, von dem man uns spricht und zu dessen Befreiung man einlädt, ist bereits in sich das Resultat einer Unterwerfung, die viel tiefer ist als er. Eine Seele wohnt in ihm und schafft ihm eine Existenz, die selber ein Stück Herrschaft ist, welche die Macht über den Körper ausübt. Die Seele: Effekt und Instrument einer politischen Anatomie. Die Seele: Gefängnis des Körpers.“ (a.a.O., S. 42)

Foucault unterstellt einen Zusammenhang von Macht und Wissen, der in folgender Aussage ausdrücklich formuliert wird:

„(Es) ist wohl anzunehmen, dass die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); dass Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; dass es keine Machtbeziehung gibt, ohne dass sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert.“ (Foucault 1976, S. 39)

Wenn man über Diskurse im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Wirkung und ihre Wirkung auf das menschliche *Ich* nachdenkt, sind die Faktoren Wissen, Macht und Wahrheit von Bedeutung, weil Diskurse aufgrund dieser Faktoren Wirkungen erzeugen. Der Diskurs

„ist Gegenstand des Begehrens; und der Diskurs – dies lehrt uns immer wieder die Geschichte – ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt; er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, derer man sich zu bemächtigen sucht.“ (Foucault 1977, S. 8)

Hier macht Foucault auf die Verknüpfung des Diskurses mit der Macht und damit auf die soziale Einbettung von Diskursen aufmerksam, auf die Einbettung von Aussagen in soziale Kontexte. Ein Aspekt, mit dem er sich unter dem Stichwort der *Genealogie* vor allem während der 1970er Jahre beschäftigte. Mit der Verknüpfung von Wissen und Macht lenkte Foucault den Blick auf Wissen als Form der Macht: Von diskursiv hergestelltem Wissen gehen Strukturierungseffekte des Realen aus, die ganz bestimmte Ordnungen des Wirklichen zulassen, andere hingegen ausschließen. Die Ordnung des Diskurses wirkt; wir können über sie nicht hinaus und nicht hinter sie zurück. Für einen übergeordneten Sinn gibt es keinen Platz, er wird eingenommen von der Macht. (vgl. Keller 2005, S. 126; Baberowski 2005, S. 197)

Diskurse sind ein Machtfaktor und sie tragen damit zur Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft bei. Sie üben Macht aus, da sie Wissen produzieren und transportieren, das kollektives und individuelles Bewusstsein speist. Das in den Diskursen produzierte und transportierte Wissen ist Grundlage für individuelles und kollektives Handeln und die Gestaltung von Wirklichkeit. Diesem Verständnis folgend wird Macht nicht von Einzelnen ausgeübt, sondern ist immer und überall präsent, ordnet Gesellschaft, unser Denken und Handeln und strukturiert soziale Beziehungen. Macht zeigt sich auch im Umgang der Subjekte mit sich selbst, in der Aneignung der Ordnungen der Diskurse, in der Unterwerfung unter das Netz sozialer Regeln:

„Die Macht verteilt sich über Netze, und in diesem Netz zirkulieren die Individuen nicht nur, sondern sind stets auch in der Position, diese Macht zugleich über sich ergehen zu lassen wie sie auszuüben. Sie sind niemals nur unbewegliche und zustimmende Zielscheibe dieser Macht, sie sind immer auch deren Schaltstelle. Anders gesagt: die Macht wird von den Individuen weitergegeben, sie wird nicht auf sie angewandt (…) Das Individuum ist also nicht das Gegenüber der Macht; es ist einer ihrer ersten Wirkungen. Das Individuum ist ein

Machteffekt und gleichzeitig, in genau dem Maße, wie es eine ihrer Wirkungen ist, verbindendes Element.“ (Foucault zit. n. Baberowski 2005, S. 200)

Innerhalb der Gesellschaft existiert kein machtfreier Raum. Macht ist somit allgegenwärtig, immer und überall. Macht formt sämtliche sozialen Beziehungen, sie dringt in die kleinsten gesellschaftlichen Verästelungen vor, sie dringt in die Subjekte ein, bringt sie gar hervor. Macht ist grundlegendes Entwicklungs- und Integrationsprinzip moderner Gesellschaften. Macht strukturiert nicht nur die Produktion von Wissen, sondern Macht ist im Wissen. Wissen ist Effekt, aber ebenso Form von Macht; eine Macht, die bestimmte Wirklichkeiten zulässt, andere Wirklichkeiten ausschließt. „Macht ist produktiv; und sie produziert Wirkliches. Sie produziert Gegenstandsbereiche und Wahrheitsrituale: das Individuum und seine Erkenntnis sind Ergebnisse dieser Produktion.“ (Foucault 1976, S. 250) Die Gegenstandsbereiche sind also nicht etwa „prädiskursiv“ vorhanden, sondern werden als historisch-soziale Gegenstände erst produziert - z.B. „Vernunft“, „Wahnsinn“; „Normalität“, „Kriminalität“, „Jugend“ – und damit zur Grundlage der Unterscheidung von „Normalität“ und „Abweichung“, von „Vernunft“ und „Wahnsinn“, die doch die Diskurse erst konstruieren.

„Diskurse definieren den Bereich des Wahren und üben damit gesellschaftliche Macht aus. Diese Definitionsmacht von Diskursen ist umkämpft. Diskursereignisse sind nicht Diskurse über wirkliche Ereignisse, sondern *Problematisierungsweisen* des bis dahin als unproblematisch geltenden Wahren.“ (Bublitz 1999, S. 25)

Der Bedeutungsgehalt von sozialen Phänomenen wird also in Diskursen konstruiert. Reiner Keller weist darauf hin, dass sich einzelne Interpretationsangebote, Definitionen, Kategorien, Deutungsmuster als Teile einer umfassenderen Diskursstruktur verstehen lassen, die durch institutionell-organisatorische Kontexte erzeugt und/oder stabilisiert werden. So werden in Diskursen durch (kollektive) Akteure wesentliche Elemente der symbolischen Ordnungen einer Gesellschaft produziert, ihr Verständnis der fraglos gegebenen Wirklichkeit, also beispielsweise ihre Auffassung von „Normalität“ und „Abweichung“, von Vernunft“ und „Wahnsinn“,

„wobei kollektive Akteure aus unterschiedlichen Kontexten (z.B. aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft) bei der Auseinandersetzung um öffentliche Problemdefinitionen durch die Benutzung einer gemeinsamen Grunderzählung koalieren, in der spezifische Vorstellungen von kausaler und politischer Verantwortung, Problemdringlichkeit, Problemlösung, Opfern und Schuldigen formuliert werden.“ (Keller 2001, S. 126)

Die im Diskurs tätigen Akteure agieren also sehr wohl interessenbezogen und bedienen sich hierbei Ressourcen und Strategien, um ihre Deutungen, Interpretationsangebote durchzusetzen. Es werden Geschichten entwickelt, „in der die Rollen von Gut und Böse verteilt sind und die Handlungsprobleme benannt werden“ (Keller a.a.O.). Aber trotz dieser Interessengeleitetheit gilt: Diskurse sind den kollektiven Akteuren strukturell vorgeordnet!

Diskurse produzieren nicht nur Gegenstandbereiche und „Probleme“, sie antworten auf diese selbst entworfenen Deutungs- und Handlungsprobleme, indem eine Infrastruktur, Institutionen, Gesetze, Erziehungsprogramme, sozialpädagogische Konzepte und Praxen – von Foucault als Dispositiv bezeichnet - geschaffen werden, die dazu geeignet sind, die durch den Diskurs produzierten Phänomene und „Probleme“ zu bearbeiten:

„Was ich unter diesem Titel [Dispositiv] festzumachen versuche ist erstens ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturale Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wohl wie Ungesagtes umfasst. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann.“ (Foucault zit. n. Jäger 2001, S. 90)

Die strukturbildende Kraft von Diskursen und die Herstellung sozialer Phänomene

Diskurse definieren also den Bereich des Wahren; Diskurse produzieren Gegenstandsbereiche. Der Bedeutungsgehalt sozialer Phänomene, Interpretationsangebote, Deutungsmuster und Kategorien werden – orientiert an der symbolischen Ordnung (und diese reproduzierend) – durch die Benutzung einer gemeinsamen Grunderzählung in Diskursen erzeugt, die die Entwicklung (sagbarer) Geschichten über das „Wahre“, u.a. über das „Gute“ und das „Böse“ ermöglichen. So ist nicht nur davon auszugehen, dass sich der Gegenstand Sozialer Arbeit – regelmäßig bezeichnet als "soziale Probleme" – in Diskursen konstituiert, sondern dass durch Diskurse soziale Wirklichkeit hergestellt wird, die für die sozialpädagogische Praxis wesentlich ist. Diskurse spiegeln nicht einfach gesellschaftliche Wirklichkeit wider; sie sind keine Abbildungen von Realität. Vielmehr entfalten sie ihrerseits eine strukturbildende Kraft und konstituieren damit gesellschaftliche Wirklichkeit, indem das in ihnen transportierte Wissen soziale Beziehungen und gesellschaftliche Verhältnisse definiert, sich in Institutionen materialisiert, spezifische Politikkonzepte

begründet und insofern schließlich prägend in den Alltag der Subjekte und deren Handeln, ja sogar in die Subjekte hineinwirkt. (vgl. Bettinger 2005) Dies gilt gerade auch für so eindeutig erscheinende Kategorien wie Geschlecht, für das Geschlechterverhältnis, die Geschlechterdifferenz, die eben *nicht* als etwas per se Gegebenes zu begreifen sind, sondern als ebenfalls in sozialen und kulturellen Praxen kontinuierlich Hergestelltes, mit dem soziale und kulturelle Ordnungen erst geschaffen werden.

„Geschlecht ist keine Eigenschaft der Körper oder etwas ursprünglich im Menschen Existierendes, sondern, mit Foucault gedacht, ein Ensemble von Auswirkungen, die in den Körpern, den Verhaltensweisen, den gesellschaftlichen Beziehungen durch das Dispositiv einer komplexen politischen Technologie herbeigeführt werden." (Hark 2001, S. 359)

Diese Technologien wiederum bewirken, wie wir unsere Körperlichkeit und Emotionalität wahrnehmen. Die Frage ist nicht – so Sabine Hark – ob es Geschlecht gibt: „Natürlich gibt es Geschlecht. Die Frage ist vielmehr, *wie* es existiert: (nämlich) als Effekt der Formierung und Verschränkung verschiedener Wissensbereiche". Geschlecht wird also diskursiv hergestellt, und stellt zugleich die Parameter bzw. das normative Raster, das Erfahrung ermöglicht und organisiert.
Wahrnehmung, Denken und Handeln hängen also ab von der diskursiv hergestellten symbolischen Ordnung und den diskursiven Praktiken. Die Matrix gestattet uns bestimmte Wirklichkeitsdeutungen, bezogen auf das „Alter", das „Geschlecht", „soziale Probleme", beispielsweise aber auch bezogen auf Städte, Stadtteile, Sozialräume. Gabriela Christmann beschreibt dies im Rahmen ihrer Arbeit über *Dresdner Stadtdiskurse*. Sie zeigt auf, wie Wirklichkeitsdeutungen über die Stadt im Rahmen stadtbezogener Diskurse entstehen, indem sich verschiedene Formen der materiellen und immateriellen Objektivierungen gegenseitig bedingen.

„So haben einerseits Wirklichkeitsdeutungen – die zu wirkungskräftigen Vorstellungsbildern von der Stadt werden – Einfluss auf die materielle Gestaltung der Stadt, andererseits haben materielle Erscheinungen (wie beispielsweise Bauwerke) eine Rückwirkung auf die Wirklichkeitsdeutungen." (Christmann 2005, S. 311)

Als Austragungsorte der Stadtdiskurse werden insbesondere Lokalmedien und öffentliche Veranstaltungen genannt, als Agenturen der kulturellen städtischen Wissensproduktion. Stadtbürger wiederum erwerben über sogenannte Topoi (thematische Kristallisationen) Wissenselemente von der Stadt, die wiederum die Wahrnehmungsweise der Stadtbürger prägen. Somit können Stadtdiskurse als

Orte angesehen werden, an denen Eigenschaftszuschreibungen im Hinblick auf Gemeinwesen konstruiert und vermittelt werden, und an denen Wirklichkeitsdeutungen von Gemeinwesen objektiviert werden. (vgl. Christmann 2005, S. 312)

Relevanz hat die Produktion von Wissen, Wahrheit, Wirklichkeit, Kategorien, Gegenständen und Deutungsmustern in und für alle gesellschaftlichen Bereiche, und in der Konsequenz selbstverständlich auch für alle sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Praxisfelder, wie beispielsweise der Kinder- und Jugendhilfe, in denen das sozialpädagogische Bemühen jungen Menschen gilt, und dabei wie selbstverständlich die Kategorie „Jugend" – regelmäßig in Verbindung mit verdinglichenden Attributen wie „problematisch", „abweichend", „gefährdet" und „gefährlich" zum unreflektierten „natürlichen" Gegenstand sozialpädagogischer Praxis wird. Tatsächlich aber ist davon auszugehen, dass es sich bei der Kategorie „Jugend" um eine soziokulturelle Konstruktion handelt, die unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen – nämlich im Zuge der Industrialisierung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert – entstanden ist, und darüber hinaus – entgegen eines objektivistischen Verständnisses von „Jugend" – einem historischen Wandel unterliegt. M.a.W., Jugend als eigene Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsensein ist ein Produkt und Projekt der europäischen Moderne.[1] (vgl. Münchmeier 2001) Die Beschäftigung mit „Jugend" (nicht als sozialpädagogisch zu beglückende oder zu pädagogisierende problematische Lebensphase, sondern) als soziokulturelle Konstruktion ist von daher im Kontext sozialpädagogischer Praxis (auch) in der Kinder- und Jugendhilfe dringend anzuraten, weil die Kategorie „Jugend" von Beginn an und bis zum heutigen Tage im Kontext „sozialer Probleme" verortet wird, verbunden mit entsprechenden Arbeitsaufträgen an die Soziale Arbeit. So skizziert Anhorn die Entstehungsbedingungen von Jugend als einem normativen Konstrukt in der Weise, dass die „Erfindung des Jugendlichen" (Roth) als dem *Anderen*, *Defizitären*, *Gefährdeten* und *Gefährlichen*, zugleich der *Entmachtung* und Ausgrenzung von Jugendlichen diene, da es die Voraussetzungen und Legitimationen für eine (sozial- und kriminal-) politische und sozialpädagogische Intensivierung und Ausweitung der Kontrolle und Disziplinierung von Jugendlichen schaffe. (vgl. Anhorn 2002, S. 48)
Mit den, im Zuge der Industrialisierung stetig steigenden, Qualifikationserfordernissen, dehnte sich die Lebensphase *Jugend* als eigenständige Übergangs- und Entwicklungsphase zwischen Kindheit und

[1] In der sozialwissenschaftlichen und sozialpädagogischen Diskussion wird regelmäßig darauf hingewiesen, dass diese Moderne mittlerweile ihrem Ende entgegen gehe, sich somit auch das Bild von „Jugend" verändere. Jugend in ihrer klassisch modernen Form entspreche nicht den Modernisierungsprozessen, die in den Kategorien Entstrukturierung, Individualisierung, Pluralisierung und Enttraditionalisierung beschrieben werden. (vgl. Griese 1999; Münchmeier 2001; Ferchhoff/Neubauer 1997)

Erwachsenenstatus tendenziell auf alle sozialen Klassen und Schichten aus. Der Begriff „Jugendlicher“ löste sich nach und nach aus dem sozialen Bedeutungshorizont von proletarischen, verwahrlosten und kriminellen jungen Menschen, insbesondere im Zuge der Institutionalisierung von Jugendhilfe und Jugendarbeit[2].

„Am Ende dieser Entwicklung stand nicht nur ein Konzept, das die *Jugend* im politisch-wissenschaftlich-massenmedialen Diskurs als eigenständige und einer eigenen Entwicklungslogik mit jugendspezifischen Besonderheiten gehorchenden Lebensphase etablierte, und die *Jugendlichen* – ungeachtet aller sozioökonomischen und geschlechtsspezifischen Unterschiede – zu einer deutlich eingrenzbaren, homogenen sozialen Gruppe stilisierte; darüber hinaus resultierte aus der Verschmelzung dieser beiden Entwicklungslinien bereits in der Konstitutionsphase des modernen Konzepts *Jugend* jenes widersprüchliche Konglomerat aus positiven wie negativen Bedeutungselementen, das bis auf den heutigen Tag seinen Ausdruck in einer tief greifenden Ambivalenz, in der Typisierung und den gesellschaftlichen Reaktionen auf *Jugend/Jugendliche* findet.“ (Anhorn 2002, S. 50)

Mit der Produktion des Gegenstandes „Jugend“ gehen bis zum heutigen Tage negative Konnotationen einher, die einen grundsätzlichen Zusammenhang von Jugend mit Phänomenen wie Gefährlichkeit, Gefährdung und Abweichung unterstellen, die wiederum präventives oder reaktives, regelmäßig jedoch (sozial)pädagogischen Eingreifen zu erfordern und zu legitimieren scheinen. Dieser, seit Jahrzehnten reproduzierte, negative Konnex von „Jugend als Problem“ liegt – darauf weist Hartmut Griese hin – nicht zuletzt darin begründet,

„dass der Mainstream der Jugendforschung seit ihren Anfängen bis in unsere Gegenwart hinein die Beschreibung und Erklärung ihres Gegenstandes (Jugend) primär in den Kategorien von (biologischen, entwicklungspsychologischen, sozialisatorischen) Defiziten und Störungen konzipiert hat und damit im wesentlichen Problemforschung geblieben ist.“ (Griese 1999, S. 463)

Mit der diskursiven Produktion des Gegenstandes *Jugend* wird eine kategoriale Differenz zwischen Jugendlichen und Erwachsenen konstituiert; und die Etablierung dieser Differenz, bzw. des Wissens um diese Differenz, bietet die

[2] Peukert und Münchmeier weisen darauf hin, dass die moderne Jugendhilfe im Kontext einer veränderten Wahrnehmung der Probleme der industriellen Klassengesellschaft entstand. Anstoß war die Entdeckung jener *Kontrolllücke zwischen Schulbank und Kasernentor*, in der sich zunächst die männlichen, schulentlassenen, gewerblich tätigen, städtischen „Jugendlichen“ einer anstößigen Freizügigkeit erfreuten, einer Freizügigkeit, die Konzepte einer zwangserzieherischen Korrektur abweichenden Verhaltens abweichender Jugendlicher sowie der „jugendpflegerischen Hebung“ noch nicht gefährdeter Jugendlicher provozierten. (vgl. Peukert/Münchmeier 1990, S. 6)

Legitimation, *Jugend* als soziale Gruppe zum Gegenstand ordnungs- und sozialpolitischen Bemühens sowie insbesondere sozialpädagogischer Intervention und Kontrolle zu machen. Sämtliche politischen und (sozial)pädagogischen Anstrengungen und Maßnahmen finden ihre Rechtfertigung in der Anpassung Jugendlicher an die normativen Anforderungen der Erwachsenenrolle und die Integration der Jugend in die Gesellschaft.
„Mit der sozialen Konstruktion des Konzepts *Jugend* ist ein gesellschaftlich weithin anerkanntes Deutungsschema und gleichzeitig ein Interventionsrahmen etabliert worden, die es der (Erwachsenen-)Gesellschaft in Gestalt von Wissenschaft, sozialstaatlichen Institutionen und Professionen, (Medien-)Öffentlichkeit, Schule etc. erlauben, Jugendliche als Problem- oder Risikogruppe in *normale* und *abweichende*, in *normal abweichende* und *pathologisch abweichende* einzuteilen und entsprechenden Maßnahmen der Begleitung, Hilfe, Betreuung, (Nach-)Erziehung, Kontrolle, Disziplinierung und Ausgrenzung zu unterwerfen. Der Kern dieses Konzepts liegt in der Grundprämisse begründet, wonach *Jugend* ein grundsätzliches soziales Problem, eine mit jeder Generation wiederkehrende Problemgruppe darstellt, die im schwierigen Übergang zum Erwachsenenstatus als Ganzes zumindest gefährdet ist und in Teilen auch gefährlich wird.“ (Anhorn 2002, S. 68; vgl. auch Griese 1999)

Der Jugenddiskurs ist seit jeher ein Diskurs über Moral und Abweichung. Die in Politik, Medien, Öffentlichkeit immer wieder kehrenden Debatten über gefährliche und gefährdete Jugendliche greifen auf solche historisch-kulturell und gesellschaftlich verankerten Vorstellungen von Jugend zurück. Die in den Diskursen generierten Deutungsmuster dienen als kollektive Erklärung für soziale Phänomene und werden von den Akteuren zur Herstellung von Sinn und Begründung ihrer Handlungen subjektiv aufgegriffen und reproduziert. (vgl. Althoff 2002; Bettinger 2002; Anhorn/Bettinger 2002)

Die strukturbildende Kraft von Diskursen, die Herstellung sozialer Phänomene und die Folgen für die Soziale Arbeit zeigen sich in besonderer Weise im Kontext einer seit den 1970er Jahren festzustellenden ökonomisch-sozialen Restrukturierung der Gesellschaft sowie einer mit dieser einher gehenden Neuausrichtung unterschiedlicher Politikfelder, mit der wir uns im Folgenden – unter besonderer Berücksichtigung der Sozialpolitik – eingehender beschäftigen wollen.

Sozialpolitik und Soziale Arbeit

Für „Sozialpolitik“ gilt, was in gleicher Weise für „Soziale Arbeit“ gilt: es lassen sich in den disziplinären Diskursen keine allgemein akzeptierte Definitionen aus-

machen.Wird in einem eher engen Verständnis von „Sozialpolitik“ lediglich auf die staatlichen Sozialleistungen des Systems sozialer Sicherung fokussiert und Sozialpolitik im Wesentlichen auf Staatstätigkeit reduziert, so gehen weiter reichende Definitionen davon aus, dass sich sozialpolitische Maßnahmen tendenziell auf alle Politikbereiche erstrecken oder dass Sozialpolitik sogar darüber hinaus als Interventionsform zur sozialen Absicherung sowie zur Gestaltung von Lebensbedingungen und Partizipationschancen zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu verstehen ist. (vgl. Bleses/Seeleib-Kaiser 2001, S. 1763f.)

Stellt Sozialpolitik in ihrer historischen Entwicklung eine – immer auch steuernde, kontrollierende und disziplinierende – gesellschaftliche Reaktion auf die fundamentale Verunsicherung der menschlichen Existenz in Folge von Industrialisierung und Durchkapitalisierung der europäischen Gesellschaften dar (vgl. Lessenich 2008, S. 55f.), so war und ist Soziale Arbeit seit jeher ihr konstitutiver Bestandteil. Allerdings gilt auch in diesem Zusammenhang, dass das Verhältnis beider zueinander, d.h. das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit keinesfalls als geklärt gelten kann. Neben eher seltenen Einschätzungen, wonach eine einseitige Abhängigkeit Sozialer Arbeit von Sozialpolitik nicht unterstellt werden könne, vielmehr davon ausgegangen werden müsse, dass Sozialpolitik in gewisser Hinsicht von Sozialer Arbeit abhängt und profitiert (Olk 2008, S. 290), dominieren Einschätzungen, die Soziale Arbeit nicht nur als der Teil von Sozialpolitik sehen (Seelmeyer 2008, S. 299), sondern unterstellen, dass Soziale Arbeit in hohem Maße staats- und politikabhängig (Schaarschuch 2003) oder Instrument der Sozialpolitik (Dahme/Wohlfahrt 2005) ist. Kritisiert wird in diesem Kontext vollkommen zu Recht, dass Soziale Arbeit regelmäßig diese sozialpolitische Vereinnahmung, bzw. grundsätzlicher ihr Verhältnis zum (Sozial-)Politik-Bereich nicht nur nicht thematisiert und reflektiert, sondern erst gar nicht zur Kenntnis nimmt; eine Einstellung, die der Einsicht im Wege steht, „Soziale Arbeit als staatlich reguliert und reglementiert zu erkennen.“ (Dahme/Trube/Wohlfahrt 2008, S. 270)
Die (sozial)politische Regulierung und herrschaftliche Formung sozialer Beziehungen ist aber das, worum es im modernen Sozialstaat geht (vgl. Lessenich 2008) und woran Soziale Arbeit maßgeblich beteiligt ist. Ein Sachverhalt, mit dem es sich auseinander zu setzen gilt, und zwar insbesondere mit Blick auf einen seit den 1970er Jahren zu konstatierenden Wandel des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, der – gerahmt von der Implementierung aktivierender und kriminalisierender Programmatiken – einhergeht mit der Etablierung einer neuen politischen Ordnung des Sozialen. So lassen sich mit der „Krise des Sozialstaats“[3] und

[3] Dass der Sozialstaat sich in einer Krise befindet wird zwar zu Recht konstatiert. Allerdings handelt es sich dabei nicht um die Krise *des* Sozialstaates. Vielmehr war „Auslöser schwerwiegender Probleme des Sozialstaates die Krise der Erwerbsarbeit, verbunden mit einer Tendenz zur Ausschließung ganzer Gesellschaftsschichten vom Arbeitsmarkt. Vor allem bei struktureller, also nicht nur temporärer, sondern längerdauernder Massenarbeitslosigkeit schwindet die Finanzierungsbasis eines Sozial(versicherungs)staates (...).“ (Butterwegge, 2001, S. 53)

der mit dieser legitimierten neoliberalen Wende seit Mitte der 1970er Jahre grundlegende Veränderungen in den sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit und die Sozialpolitik konstatieren, in deren Folge einerseits Sozialpolitik und Soziale Arbeit dem Primat der Ökonomie untergeordnet werden, andererseits zunehmende soziale Spaltungen und sich vergrößernde soziale Ungleichheiten, soziale Risiken, Armut und Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden. Für die Soziale Arbeit muss dies eine Auseinandersetzung mit diesen strukturellen Veränderungen sowie mit den theoretischen und praktischen Implikationen zur Folge haben.

Vom sozialstaatlich-integrativen zum marktliberal-sicherheitsstaatlichen Gesellschaftstypus

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der „Wohlfahrtsstaat" in den westlichen Industriegesellschaften zum Garanten sozialer Rechte auf öffentliche bzw. öffentlich vermittelte Einkommens- und Dienstleistungen. (vgl. Lessenich 2008, S. 15) Voraussetzung war eine historisch spezifische Gesellschaftsformation der kapitalistischen Entwicklung, die bis in die 1970er Jahre hinein der dominierende Typus politisch-ökonomischer Regulierung und Herrschaft sein sollte. Von der Intention her war dieser fordistisch-keynesianische Regulationsmodus auf die Herstellung einer relativen Einheitlichkeit der ökonomisch-sozialen Lebensbedingungen gerichtet sowie auf die Befriedung ökonomisch-sozialer Konflikte durch den Ausbau sozialstaatlicher Sicherungs- und Unterstützungssysteme gegenüber den Risiken einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft, wobei das

„zentrale integrierende Moment dieser fordistisch-keynesianischen Gesellschaftsformation ein sozialpartnerschaftlicher, 'korporativ' institutionalisierter Klassenkompromiss" (Hirsch) bildete, der von einer Trias aus Staat, Unternehmen und Gewerkschaften als den maßgeblichen gesellschaftlichen und politischen Kräften und Akteuren getragen und ausgehandelt wurde. Ziel der konsensuell hergestellten Ausbalancierung von politischer und wirtschaftlicher Macht war es, den Klassenkonflikt und die mit der kapitalistischen Entwicklungsdynamik einhergehenden Krisentendenzen und Widersprüche (sozial-)politisch einzuhegen und still zu stellen und damit eine relative Stabilität der Klassenverhältnisse und der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu gewährleisten." (Anhorn 2008, S. 14)

So kam es einerseits im Rahmen des Ausbaus des Sozialstaats zu einer Erweiterung und Ausdifferenzierung der bürokratisch-administrativen Apparate der sozialen Sicherung und in diesem Zusammenhang auch zu einer sukzessiven Expansion der Arbeitsfelder und einer Professionalisierung Sozialer Arbeit; andererseits gingen mit den sozialstaatlichen Intentionen zur Egalisierung und Standardisierung der Lebensverhältnisse ein sicherheitsstaatlicher Kontroll- und Repressions-

apparat einher, mit dem Normalisierungs- und Anpassungsleistungen erbracht wurden, die auf die Durchsetzung der verbindlichen Vorgaben einer „sozialstaatlichen“ Normalbiographie, d.h. insbesondere eines Normal(lohn)arbeitsverhaltens zielten. (vgl. Anhorn/Bettinger 2002, S. 227)

Ab Mitte der 1970er Jahre geriet jedoch die wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise mehr und mehr in Konflikt mit den Profitinteressen des Kapitals, wobei die sich anschließende neoliberale Transformation nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche als ein politisch bewusst herbeigeführter Prozess gedeutet werden muss, in dessen Verlauf das bisherige Sozialstaatsmodell – zunehmend als „versorgend“ diskreditiert – in Frage gestellt und letztlich bekämpft wurde; denn der Staat sowie insbesondere die sozialstaatlichen Sicherungs- und Versorgungsstrukturen stellt/en aus neoliberaler Sicht in der globalisierten Standortkonkurrenz der Einzelstaaten und Regionen einen kostspieligen Wettbewerbsnachteil dar. Konsequenterweise ziel(t)en neoliberale Strategien der Krisenbewältigung zum Einen auf eine umfassende Verbesserung und Erweiterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, zum Anderen wurden und werden staatliche Interventionen ökonomischen Imperativen untergeordnet und wird Sozialpolitik zunehmend Teil der Wirtschaftspolitik, insofern sich ihre Funktionalität nach ihrem Beitrag zur gesamtstaatlichen, regionalen oder lokalen Standortsicherung und Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit bemisst. (vgl. Anhorn/Bettinger 2002, S. 232) Im Kontext der Transformation hin zu einem marktliberal-sicherheitsstaatlichen Gesellschaftstypus wurde das gesamte sozialreformerische-wohlfahrtsstaatliche Vokabular der Chancengleichheit, der Integration und Partizipation, der Bürgerrechte, der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität von einem marktwirtschaftlich/neoliberalen Vokabular aus Konkurrenz und Leistung, Effizienz und Effektivität, Selbstdisziplin und Selbstverantwortlichkeit überlagert und zu einem Teil auch völlig verdrängt. Wobei es allerdings zu kurz greifen würde, die Aufkündigung des fordistisch-keynesianischen Gesellschaftsvertrages ausschließlich oder auch nur in erster Linie der systemisch-anonymen Entfaltung einer unaufhaltsamen kapitalistischen Verwertungslogik zuzuschreiben. Vielmehr war die seit Mitte der 1970er Jahre einsetzende und in den 1980er und 1990er Jahren massiv beschleunigte Dynamik der ökonomischen und sozialen Restrukturierung ein letztlich politscher und damit ein von spezifischen Interessenkonstellationen und Machtverhältnissen bestimmter und vorangetriebener Prozess. (vgl. Anhorn/Bettinger 2002 b, S. 228f.)
Das neoliberale Paradigma der Globalisierung dient/e dabei als Vehikel zur Etablierung eines Mythos, der die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit des „Standortes Deutschland“ unterstellt, die Diskreditierung des Sozialstaates als eigentliche Ursache der sozialen Probleme und Krisenphänomene ermöglicht und als Konsequenz die Privatisierung der Sozialpolitik zur Bewältigung der strukturellen Probleme einfordert. Ein Mythos, dessen Etablierung kontinuierliche Kritik freilich

nicht zu verhindern vermochte. So wies Butterwegge (2002) bereits frühzeitig darauf hin, dass Lohnkürzungen und Leistungskürzungen im Sozialbereich keine Konsequenz der sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz seien, sondern vielmehr Bestandteil einer Strategie zur Änderung der gesellschaftlichen Macht-, Einkommens- und Besitzverhältnisse. Es gehe darum, die Umverteilung von unten nach oben so zu begründen, dass sie sich als Sachzwang der politischen Legitimationspflicht entziehe. Die gegenwärtigen Anpassungsprobleme des Sozialstaates resultieren aus einer Politik der Umverteilung von unten nach oben, die auf das neoliberale Konzept der „Standortsicherung" setze. (vgl. Butterwegge 2002, S. 70f.)

Entsprechend der neoliberalen Logik ging und geht es aber um die Realisierung eines neoliberalen Marktfundamentalismus – mit einer umfassenden Deregulierung der Märkte, dem Abbau des Sozialstaates, der Schwächung gewerkschaftlicher Macht, der Beschneidung von individuellen Rechtsansprüchen, der Privatisierung der ökonomischen und sozialen Risiken, kurzum in einem Staat, der sich aus der Sphäre der Ökonomie insbesondere als reglementierender und intervenierender Staat zunehmend zurückzieht und im Rahmen einer entfesselten zwischenstaatlichen Standortkonkurrenz seine primäre Funktion auf die Gewährleistung optimaler Verwertungsbedingungen für ein in globalem Maßstab operierendes Kapital reduziert. Alle gesellschaftlichen Bereiche haben sich somit nach den Gesetzen des Marktes zu richten,

„seine Dynamik die ganze Gesellschaft in eine Aufbruchstimmung zu versetzen. Dass der Markt gefühllos wie eine Maschine funktioniert und keine Moral kennt, stört die Neoliberalen nicht, hätte aber für Millionen Menschen, die seinen Zwängen schutzlos ausgeliefert sind, verheerende Konsequenzen. Mit dem Marktprinzip wird der Krankheitserreger selbst als (wohl kaum wirksame) Medizin gegen Arbeitslosigkeit und Armut verordnet." (Butterwegge 2001, S. 84)

Ließen sich schon mit dem fordistisch-keynesianischen Gesellschaftsmodell keine nennenswerte Umverteilung von Einkommen und Reichtum, geschweige denn eine Veränderung der grundlegenden Strukturen sozialer Ungleichheit herbeiführen, werden mit der Aufkündigung des fordistisch-keynesianischen Gesellschaftsmodells ein relativ hoher Sockel an (Dauer-)Arbeitslosigkeit, gravierende soziale Ungleichheiten und ökonomische Disparitäten zu einem strukturell notwendigen Bestandteil der ökonomisch-sozialen Restrukturierung erklärt. So etablierte sich ein neuer Typus von Gesellschaft, der sich bis heute durch ein neues Maß und eine neue Qualität an Ungleichheitsverhältnissen und Ausschließungsprozessen auszeichnet; ein Typus von Gesellschaft, in dem einerseits unsichere, prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse, zunehmende Armut und (Dauer-)Arbeitslosigkeit, gravierende und zunehmende soziale Ungleichheiten und öko-

nomische Disparitäten zu einem strukturell notwendigen Bestandteil der ökonomisch-sozialen Restrukturierung erklärt, und dabei weniger unter Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit, sondern vielmehr als einer möglichen Bedrohung der sozialen Ordnung und inneren Sicherheit thematisiert werden. (vgl. Anhorn/Bettinger 2002, S. 232)

Vom „versorgenden" zum „aktivierenden" Sozialstaat

Im Kontext dieser ökonomisch-sozialen Restrukturierung und der mit dieser einhergehenden Neuausrichtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik (aber wie wir noch sehen werden: auch Kriminalpolitik) hat sich unter dem Label „Aktivierender (Sozial-)Staat" ein neuartiger, bei oberflächlicher Betrachtung unverfänglicher Komplex (sozial-)staatlicher Handlungsorientierung herausgebildet, der sich nahtlos in eine Politik des Sozialstaatsabbaus einfügt. Termini wie *Flexibilität*, *Aktivität*, *Prävention* und *Investition* werden - als trojanische Pferde - im Rahmen dieses sozial- und gesellschaftspolitischen Konzeptes zu normativen Bezugspunkten gesellschaftlicher und sozialpädagogischer Praxis. An die Stelle der bisherigen Gewährleistung umfassender sozialer Rechte und des Bemühens um Abmilderung sozialer Ungleichheiten tritt nun ein neuer Typ von sozialpolitischen Strategien und Konzepten zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums durch (Re-)Aktivierung der produktiven Potenziale unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. (vgl. Olk 2009, S. 23) Allerdings würde die Bedeutung dieser Entwicklungen mit der ausschließlichen *Beschreibung* dieser neuen Konzepte bzw. Strategien vollkommen unzureichend erfasst. Daher wird im weiteren Verlauf der vorliegenden Überlegungen im wesentlichen den Analysen Lessenichs gefolgt, der im Zusammenhang der ökonomisch-sozialen Restrukturierung und der damit einhergehenden Konstituierung eines Aktivierenden (Sozial-)Staates von einer neuen politischen Rationalität bzw. von einem – in Anlehnung an Michel Foucault – neuen Regierungsmodus spricht, dessen Ziel eben *nicht* einfach nur die Implementierung neuer sozialpolitischer Programme ist, sondern diese sozialpolitischen Programme vielmehr als Mittel zur sozialpolitischen Konstruktion doppelt verantwortungsbewusster, „ökonomischer" und „moralischer" Subjekte nutzt: verantwortungsbewusst sich selbst, wie auch der Gesellschaft gegenüber. (vgl. Lessenich 2003, S. 86; Lessenich 2008, S. 82) „Regierung" meint in diesem Zusammenhang einerseits die „Anleitung von Verhaltensweisen" und umfasst sowohl die Fremdführung als „Regierung der anderen" sowie die Selbstführung als „Regierung des Selbst". Andererseits meint „Regierung" eine (diskursive) Form der gedanklichen und kommunikativen Strukturierung von Realität als Bedingung der Anwendung von Führungstechniken.

„‘Führung durch Selbstführung‘ heißt demzufolge die neue politische Rationalität im Aktivierenden Sozialstaat: ‘Anleitung zur Selbststeuerung‘, ‘Führung durch Selbstführung‘ bzw. – in vollendeter Form – ‘Regierung durch Selbstführung‘ heißt nichts anderes, als dass die Subjekte frei sind, so zu handeln, wie es der liberalen Rationalität entspricht. (…) Entsprechend hilft der liberale Sozialstaat zur Selbsthilfe, aktiviert der neoliberale Sozialstaat zur Eigenaktivität.“ (Lessenich 2008, S. 83)

Dass diese neue politische Rationalität ganz überwiegend mit der Arbeitsmarktpolitik oder auch einer angeblich „neuen Unterschicht“[4] assoziiert wird, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es sich hierbei um eine Programmatik handelt, die nicht auf einige wenige, sondern auf alle Subjekte und auf das Soziale zielt. Den Menschen soll die Chance einer eigenständigen, produktiven sozialen Existenz eröffnet werden. „Sie sollen, der Programmatik einer neuen Politik des Sozialen entsprechend, nicht sich selbst überlassen, sondern sozialpolitisch in die Lage versetzt werden, sich und ihr (Human-)Kapital in gesellschaftlich produktiver Weise einzusetzen“ (Lessenich 2008, S. 98), um ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität (wieder) herzustellen. Dabei provoziert gerade die sozialpolitische Aktivierung erwerbsfähiger Arbeitsloser als *eine* Facette im Kontext der Institutionalisierung einer „neuen gesellschaftlichen Erwartungshaltung“ ausgerechnet in einer Phase der „Beschäftigungskrise, wo Millionen Arbeitsplätze und eben nicht: Arbeitswillige fehlen“ (Butterwegge) die Frage, was und wem es nützt, einzelne Arbeitslose zu aktivieren und zu drangsalieren, wenn doch zugleich die entwickelte Gesellschaft durch ihren hohen Produktivitätsfortschritt kaum noch der Tätigkeit der Deklassierten mehr bedarf? (Dahme/Trube/Wohlfahrt). Und: ist es nicht so, dass die neue politische Programmatik

[4] Seit einigen Jahren wird zunehmend in politischen und medialen Diskursen auf eine „neue Unterschicht“ sowie auf eine „Kultur der Armut“ Bezug genommen. Unterstellt wird in diesem Kontext zum Einen, dass die Zugehörigkeit zu diesen Kategorien aus identifizierbaren Verhaltensweisen und Handlungsorientierungen armutsbetroffener Personen und Gruppen resultiert, konkret: aus einem identifizierbaren verantwortungslosen Lebensstil sowie mangelndem Willen und Fähigkeit zu einer selbst-disziplinierten und eigenverantwortlichen Lebensführung; zum Anderen wird in diesem Kontext diskursiv ein vermeintlich kausaler Zusammenhang hergestellt zwischen den für die Armut „ursächlichen“ Praxen individueller Lebensführung und diesen zugrunde liegenden Wertvorstellungen sowie einem Hang zu Devianz und Delinquenz. Das diskursiv erzeugte kulturalistische Wissen über „die Armen“ bzw. die „neue Unterschicht“ ist nicht nur ein Beispiel für die Relevanz von Diskursen bezüglich der Produktion von Wissen, Wahrheit und Wirklichkeit. Es zeigt auch, wie mit der Konstruktion von Kategorien, Gegenständen und vermeintlichen Kausalzusammenhängen Individuen und Gruppen moralisch diffamiert, stigmatisiert und kriminalisiert werden, und es zeigt, wie gesellschaftlich-strukturelle Widersprüche, Ungleichheitsverhältnisse und Ausschließungsprozesse de-thematisert und entpolitisiert werden. (vgl. Bettinger/Stehr 2009; Chasse/ Klein/Landhäußer/Zander u.a. 2011; Heite/Klein/Landhäußer/Ziegler 2007) So werden im Kontext von Strategien der „Kulturalisierung“ gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche – die für eine kapitalistisch-patriarchale Gesellschaftsformation konstitutiv und damit nicht ohne weiteres aufhebbar sind – zu individuell und kollektiv zurechenbaren Kompetenzmängeln und Verhaltensdefiziten, die mit der Mobilisierung eines entsprechenden politisch-bürgerschaftlichen Abhilfe-Willens „sozialtechnisch“ zu bearbeiten sind. (vgl. Anhorn/Stehr 2012, S. 65)

letztendlich nichts anderes bedeutet, als dass der Staat die Gestaltung struktureller Verhältnisse aufgibt, zugunsten der Verhaltensbeeinflussung einzelner? (Böllert); und: ist es nicht so, dass sich der Staat dabei des (perfiden) Mottos „Fördern und Fordern“ bedient, um Erwerbslosigkeit und Armut zu Problemen der Individuen, ihrer Charakterschwäche und fehlenden Leistungsbereitschaft umzudeuten? (Butterwegge).

So wird deutlich – ohne dass die Fragen an dieser Stelle umfassend beantwortet werden müssten – dass mit der Transformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaates und der mit dieser einhergehenden Etablierung eines neuen Regierungsmodus weit mehr intendiert sein dürfte, als „nur“ der Umbau des Sozialstaates bzw. „nur“ die Implementierung neuer sozialpolitischer Strategien und Konzepte. Vielmehr handelt es sich „um einen tiefgreifenden Wandel in den sozialstaatlichen Praktiken gesellschaftlicher Relationierung, eine politische Rekonfiguration sozialer Akteursbeziehungen.“ (Lessenich 2008, S. 39) Es geht dabei um nicht weniger, als um eine neue diskursiv hergestellte Wissensordnung, um eine politische Ordnung des Sozialen, um ein alle Subjekte betreffendes sozialpolitisches Subjektivierungsprogramm, in dem die Subjektivität der Individuen konsequent sozialisiert wird, und das auf die Transformation der Bürgerinnen und Bürger, ihrer (unser aller!) Verhaltensweisen und Denkweisen zielt (vgl. Lessenich 2008, S. 122ff.), und in das Soziale Arbeit zutiefst involviert ist.

Allerdings würde es zu kurz greifen ausschließlich von einer sozialpolitischen Indienstnahme Sozialer Arbeit oder von einer Instrumentalisierung Sozialer Arbeit durch Sozialpolitik auszugehen. Theorie- und Konzeptionslosigkeit, ein kaum identifizierbarer Gegenstandsbezug, regelmäßig zu konstatierende Politisierungsresistenz und in der Konsequenz die Empfänglichkeit für Aufgaben- und Funktionszuweisungen durch andere Disziplinen und Professionen oder durch (Sozial-)Politik – das sind weitere wesentliche Bedingungen, die zu einer Indienstnahme und strategische Neujustierung Sozialer Arbeit führen, an der Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen als aktivierte und aktivierende Akteure maßgeblich beteiligt sind. So degeneriert Soziale Arbeit zur aktivierungspädagogischen Akteurin im Prozess der Deregulierung und Flexibilisierung (Kessl/Otto 2008), zum aktivierungspädagogischen Transformationsriemen neo-sozialer Anforderungen (Kessl 2005, S. 32), zur Reglementierungs- und Regierungstechnik, die ihre Adressaten zur Selbstverantwortung und Selbststeuerung verpflichtet (Dahme/Trube/Wohlfahrt 2008, S. 273) und wird somit Objekt und Subjekt einer neuen politischen Ordnung des Sozialen, in der es im wesentlichen um wirtschaftliches Wachstum in einer globalisierten Ökonomie und nicht um die Bedürfnisse der Menschen geht.

Und wehe denjenigen, die durch die aktivierenden, präventiven, investiven Programme nicht erreicht werden, die nicht kooperieren, die nicht „gemeinwohlkompatibel“ handeln und sich der neuen Wissensordnung verweigern. Im Kontext des neuen Regierungsprogramms

„muss jeder Akt unterlassener Hilfeleistung der Individuen gegenüber sich selbst als nicht nur irrationales, sondern zudem noch unmoralisches Verhalten erscheinen, gilt jedes Anzeichen fehlender oder mangelnder Aktivitätsbereitschaft nicht bloß als unwirtschaftlich, sondern als asozial – als Ausweis individueller Unfähigkeit oder persönlichen Unwillens, von den gesellschaftlich gebotenen Handlungsspielräumen ökonomisch sinnvollen und sozial verantwortungsbewussten Gebrauch zu machen.“ (Lessenich 2008, S. 83)

Gegen diese Unwilligen und/oder Unfähigen, gegen diejenigen, die sich resistent zeigen gegenüber den sozialpolitischen und sozialpädagogischen Aktivierungs- und Programmierungsinitiativen, gegen die Uneinsichtigen und Unbeugsamen, die durch ihr Verhalten der Gesellschaft Risiken auferlegen und so zu einer Gefahr des Sozialen werden, wird sich eben diese Gesellschaft zu wehren wissen.

Zur Relevanz von Prozessen sozialer Ausschließung

Mit der Entwicklung dieses neuen Typus von Gesellschaft, dieser neuen politischen Ordnung des Sozialen ging/geht ein neues Maß und eine neue Qualität an Ungleichheitsverhältnissen und Ausschließungsprozessen sowie neue Formen einer hochgradig selektiven Integration einher. Eine Entwicklung, die sehr wohl im Zusammenhang mit den skizzierten fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen zu begreifen ist, und die nicht nur bis zum heutigen Tage zu konstatieren sind, sondern deren Ausweitung noch zu befürchten steht. Dies ist zu bedenken vor dem Hintergrund der Zuspitzung der weltweiten Krise des Kapitalismus (im hegemonialen Diskurs als „Wirtschaftskrise“ und „Finanzkrise“ beinahe verniedlichend codiert), die eine quantitative Zunahme der „Überflüssigen“-Population und eine Potenzierung menschlichen Leids prognostizieren lassen. (vgl. Bettinger 2009)
In diesem neuen Typus von Gesellschaft gewinnen Ausgrenzungs- und Ausschließungsprozesse an Bedeutung: Was bedeutet *soziale Ausschließung* und in welchem Zusammenhang stehen diese Prozesse zu solchen der *Kriminalisierung*? Im Anschluss an Steinert gehe ich davon aus, dass Prozessen sozialer Ausschließung eine Schlüsselrolle bei der Analyse der veränderten Grenzziehungen und Bestimmungen von sozialer Zugehörigkeit oder Ausgrenzung in der neoliberalen Gesellschaft zukommt. Es handelt sich – so Steinert – um einen Begriff, den es bis in die 1980er Jahre in der Soziologie und in der Kriminologie nur als Randerscheinung gab, der aber mittlerweile auf gesellschaftlichen Erfahrungen beruht, die den Neoliberalismus als eine Produktionsweise prägen, die sich u.a. auszeichnet durch eine *Politik der Gesellschaftsspaltung* sowie durch einen *autoritären Populismus*: So nimmt die Produktionsweise des Neoliberalismus einerseits Massenarbeitslosigkeit, Armut

und eskalierende Gesellschaftsspaltung hin und ist nicht mehr bereit, diesen Phänomenen mit den traditionellen Mitteln der Regulation von Ungleichheit gegenzusteuern. Andererseits erzeugen Politik und Regierungen Ängste und Feind-Konstellationen, zu deren Abwehr sich alle Rechtschaffenen hinter der Regierung zusammenschließen sollen. (vgl. Steinert 2008, S. 20) Im Kontext der Ausschließungslogik geht es um die Teilhabe bzw. das Vorenthalten der Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen.

„Das eine Extrem ist die 'Eliminierung' einer Kategorie von Personen, im härtesten Fall durch physische Vernichtung der Träger des Zugehörigkeitsmerkmals, im weniger harten durch (äußere oder innere) Verbannung (Als ‚innere Verbannung' können die – zeitlich begrenzte oder lebenslange – Einschließung in Anstalten und auch weniger offensichtlich physische Formen der Ghettoisierung verstanden werden). Die Abstufung gegenüber diesen Formen der ‚Total-Abschaffung' der betreffenden Personen besteht im Ausschluss von der Teilhabe an mehr oder weniger zentralen Bereichen und Ressourcen der Gesellschaft: Verfügung über die Möglichkeit von (Lohn-)Arbeit, über Eigentum, über Geld, über freie Mobilität, über Wissen und Ausbildung, Autonomie der Lebensgestaltung, Privatheit, Intimität, Anerkennung als gleich und gleich berechtigt u.a.m." (Steinert 2000, S. 20f.)

Es wird deutlich, dass soziale Ausschließung als ein gradueller Prozess zu verstehen ist, an dessen Anfang vermeintlich „milde Formen" wie Ungleichheit, Diskriminierung oder moralische Degradierung stehen können; sehr wohl aber auch als Vor-Form der Totalabschaffung einer Person bzw. einer Kategorie von Personen. (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1997, S. 244) So finden sich die Leidtragenden von Ausschließungsprozessen mittlerweile in großen Teilen der Bevölkerung wieder. Kronauer hat in diesem Zusammenhang nicht nur darauf hingewiesen, dass sich die traditionelle „soziale Frage" verschoben hat und sich auf neue und zugespitzte Weise als Problem der Ausschließung von der Teilhabe an den gesellschaftlich realisierten Möglichkeiten des Lebensstandards, der politischen Einflussnahme und der sozialen Anerkennung, letztlich als eine neue gesellschaftliche Spaltung darstellt (vgl. Kronauer 2002, S. 11), sondern eine *Erosion* des Sozialen als *Prozess* konstatiert, der Ausschließung nicht nur als Resultat begreifen lässt, sondern gerade dazu auffordert, den *Prozesscharakter* und somit die Abstufungen sozialer Gefährdungen in den Blick zu nehmen. Ein dynamisch-prozessuales Verständnis sozialer Ausschließung, auf dem auch Anhorn insistiert, der soziale Ausschließung insbesondere als

- ein *graduelles* Konzept begreift, das unterschiedliche Grade der Ausschließung erfasst, die auf einem Kontinuum angesiedelt sind, das von den unscheinbarsten und subtilsten Formen der Diskriminierung im Alltag

über die Beschneidung und Vorenthaltung von Rechten und Ansprüchen, die zwangsweise Asylierung in totalen Institutionen bis hin zur physischen Vernichtung reichen kann, sowie als

- ein *relationales* Konzept, da Menschen bzw. Gruppen von Menschen immer im Verhältnis zu anderen Gruppen, Institutionen und der Gesellschaft als Ganzes ausgeschlossen sind.

Ein solches dynamisch-prozessuales Verständnis von sozialer Ausschließung, so Anhorn,

„fordert geradezu dazu auf, die Interaktionsprozesse zwischen den Betroffenen und den Repräsentanten und Verwaltern materieller und immaterieller Ressourcen und institutioneller Normalitätserwartungen, ferner die Institutionen, deren Organisationsstrukturen, Verfahrensregeln und Praktiken, die soziale Ausschließung erzeugen sowie die gesellschaftlichen Strukturen, die die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Partizipationschancen systematisch (re-)produzieren, in den Fokus der Analyse zu rücken.“ (Anhorn 2008, S. 37)

Richtet sich hingegen die Aufmerksamkeit nicht auf den Prozesscharakter von Ausschließung, geraten die gesellschaftlichen Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse ebenso aus dem Blick, wie die Agenturen und Institutionen der sozialen Ausschließung; und es geht damit die Gefahr einher, strukturelle Phänomene und Probleme zu entpolitisieren und zu individualisieren, d.h. das Problem der Integration auf die Ausgeschlossenen zu verlagern, die es (unter bestimmten Voraussetzungen) wieder in die Gesellschaft zu integrieren gilt, nachdem ihre „Integrationsfähigkeit“ wieder hergestellt wurde. Ein anderer Ansatz wäre, nach den gesellschaftlichen Verhältnissen zu fragen, in die integriert werden soll. Dies bedeutet, die Ursachen, Abstufungen und Formen der Ausgrenzung bis in den Kern der Gesellschaft zurückzuverfolgen. (vgl. Kronauer 2002, S. 47)

Denn „gerade die Aufmerksamkeit für die Dynamik, mit der immer größere Teile der Bevölkerung den Erschütterungen und Umwälzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse ausgesetzt sind, die sie die unscharfen Grenzen zwischen der Teilhabe am ‚normalen’ sozialen Leben und der Ausschließung davon erfahren lassen, gerade diese Perspektive schärft erst den Blick für die Dramatik der gegenwärtigen Ausgrenzungsprozesse.“ (Herkommer 1999, S. 19f.)

Als eine besondere Strategie sozialer Ausschließung kommt Kriminalisierungsprozessen eine nicht unerhebliche Bedeutung zu. Die dem traditionellen Kriminalitätsdiskurs inhärenten Zuschreibungen von Gefährlichkeit, Bedrohung, Unordnung und Unsicherheit und ihre selektive Anwendung auf spezifische Gruppen der Gesellschaft dienen dabei als ein zentrales Medium, mit dem die insgesamt

prekär gewordenen Grenzen der Zugehörigkeit gefestigt und abgesichert werden. (vgl. Anhorn/Bettinger 2002, S. 234) *Kriminalisierung* ist dabei als ein komplexer Prozess zu begreifen, in dem nicht nur die Kategorie Kriminalität konstruiert und als Deutungsschablone auf soziale Konflikte und problematische Situationen angelegt wird, sondern der darüber hinaus und zunehmend in einem Zusammenhang zu sehen ist mit der diskursiven Generierung kriminologisch-kriminalpolitischer Kategorien („Ausländerkriminalität", „Jugendgewalt", „Jugendkriminalität"), die sich durchaus als funktional im Hinblick auf die intendierte Zementierung hermetischer Grenzmarkierungen und damit der Ausschließung spezifischer, als besonders gefährlich oder problematisch bezeichneter Gruppen der Gesellschaft erweisen. (vgl. Stehr 2008, S. 319f.)

Bei diesen Grenzmarkierungen spielt ein regelmäßig konstruierter „Zusammenhang" eine unrühmliche Rolle: der zwischen „Kriminalität" und Unterprivilegierung bzw. insbesondere Armut. Einerseits erscheinen Armut und Arbeitslosigkeit in der (nach wie vor hegemonialen) neoliberalen Weltsicht und somit auch im politischen und öffentlichen Diskurs nicht als gesellschaftliches oder strukturbedingtes Problem, sondern als selbstverschuldetes Schicksal, das im Grunde eine gerechte Strafe für Leistungsverweigerung oder die Unfähigkeit darstellt, sich bzw. seine Arbeitskraft auf dem Markt mit ausreichendem Erlös zu verkaufen. (vgl. Butterwegge 2001, S. 78) Andererseits erweist sich „Kriminalität" als eine auf soziale Ausschließung gerichtete Kategorie, mit der sich die Diskreditierung und Ausgrenzung von Unterprivilegierten, Arbeitslosen und Armen vorbehaltlos legitimieren lässt. (vgl. Anhorn/Bettinger 2002, S. 241)

„Während Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Unterprivilegierung Formen der sozialen Ausschließung darstellen, die sich aufgrund der anonymen und amoralischen Sachlogik des Marktgeschehens quasi naturwüchsig herstellen und die davon Betroffenen als zwar bedauerliche, letztlich aber selbstverantwortliche 'Opfer' ihres 'persönlichen` Mangels an marktgängigen' Merkmalen und Fähigkeiten erscheinen lassen, erweitern sich in der Kombination mit der Kategorie 'Kriminalität' die Spielräume einer *moralisierenden* und *personalisiernden* Skandalisierung von sozialen Zuständen und Verhaltensweisen." (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1998, S. 86)

Solche „Zeremonien moralischer Degradierung" sind Voraussetzung dafür, bestimmten Populationen Zugehörigkeit und Partizipation zu verweigern oder zu entziehen. (vgl. Cremer-Schäfer 2002, S. 145) Bei solchen moralischen Degradierungen, Diskriminierungen und Stigmatisierungen handelt es sich um Prozesse sozialer Ausschließung! Die Verknüpfung von „Kriminalität" mit Unterprivilegierung, die Benennung „kriminogener Faktoren", die diskursive Konstruktion „gefährlicher" Gruppen und Feind-Bilder dienen dabei nicht nur der

Legitimation von Ausschließung, sondern ebenso der Transformation von (eher abstrakter) Angst und Unsicherheit vor den dramatischen Folgen (der Krise) des Kapitalismus in eine (eher konkrete) Angst vor vermeintlich eindeutig identifizier- und benennbaren Personen und Gruppen, die es in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zu kontrollieren, zu disziplinieren, zu bekämpfen oder auch sozialpädagogisch zu beglücken gilt. So werden zwar zwei Fliegen nicht mit einer Klappe geschlagen (dafür wiegt die Krise des Kapitalismus zu schwer), aber immerhin bietet sich den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung die (diskursiv selbst geschaffene) Option, bezogen auf gesellschaftliche, kommunale Unsicherheitslagen zu reagieren („Wir" müssen…; „Wir" sind aufgefordert…) und somit Handlungsbereitschaft und -fähigkeit zu signalisieren (die in anderen Politikbereichen eher selten festzustellen ist). Zugleich bietet sich die Gelegenheit, die ausschließenden Zumutungen und für viele Menschen unerträglichen Konsequenzen neoliberaler Ideologie und Produktionsweise zu verschleiern, indem auf das Scheitern „defizitärer" (mangelhaft integrierter, qualifizierter, motivierter, gebildeter, flexibler, mobiler) Subjekte und Gruppen hingewiesen wird, die nicht nur nicht gewillt zu sein scheinen, sich den gesellschaftlichen Anforderungen zu stellen, sondern zudem das Gemeinwesen durch einen Hang zur Abweichung belasten. So kann den ohnehin Ausgeschlossenen eine „Lebensführungsschuld" zugeschrieben werden. In der Figur des Armen – so Helga Cremer-Schäfer unter Bezugnahme auf Zygmunt Bauman – vermischen sich seit langer Zeit die Verteidigung von Ordnung und Norm und die Ausschließung von „unpassenden Menschen":

„Die Armen sind Menschen, die nicht ernährt, behaust und gekleidet sind, wie es der Standard ihrer Zeit und ihres Ortes als richtig und ordentlich definiert; aber vor allem sind sie Menschen, die nicht mit der Norm mithalten können, fähig zu sein, solchen Standards zu entsprechen (...) Die Armen sind Verkörperung und Prototyp des ‚Unpassenden' und des ‚Abnormalen' (...) Die Norm agiert indirekt, indem sie den Ausschluss eher wie eine Selbstmarginalisierung aussehen lässt." (Bauman zit n. Cremer-Schäfer 2002, S. 136)

Soziale Ausschließung, Kriminalisierung und „die" Kriminologie

Die Auseinandersetzung mit „Kriminalität" ist eine höchst voraussetzungsvolle und – so möchte ich hoffnungsvoll hinzufügen – folgenreiche. „Kriminalität" zu thematisieren, bedeutet zugleich eine Beschäftigung mit Staat und Gesellschaft, mit Interessen, Macht und Herrschaft, mit Strafrecht und seinen Institutionen, mit Norm und Normgenese, mit Selektions- und Degradierungsprozessen. Sich mit „Kriminalität" zu beschäftigen, bedeutet aber auch – und dies vielleicht zuallererst – eine Auseinandersetzung mit wissenschaftstheoretischen und erkenntnistheoretischen Fragestellungen, also eine Auseinandersetzung mit der Generierung von

Wissen, Wahrheit, Kategorien, Gegenständen und gesellschaftlicher Wirklichkeit. Eine solche Auseinandersetzung soll und kann hier nur ansatzweise und Bezug nehmend auf die m. E. relevantesten Aspekte geleistet werden, verbunden mit einem insbesondere an das sozialpädagogische Publikum gerichteten Plädoyer, sich endlich von einem objektivistischen Verständnis von Welt und Realität zu verabschieden, ein Verständnis, das nach wie vor als selbstverständlichste Grundlage für sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Reflexion, Interpretation und (Re)aktion unterstellt werden muss.

So sehr Kriminalisierungs- und/als Ausschließungsprozesse in einem Zusammenhang mit den skizzierten gesellschaftlichen Umbrüchen gesehen und analysiert werden müssen, so sehr muss auch die Involviertheit der wissenschaftlichen Disziplinen – insbesondere der traditionellen Kriminologie mit ihren epistemologischen Präferenzen – in Rechnung gestellt werden. In diesem Zusammenhang – Fritz Sack wird dankenswerterweise nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen – ist der nach wie vor zentralste Punkt für eine sich kritisch verstehende Kriminologie, dass gesellschaftliche Wirklichkeit keine voraussetzungslos gegebene ist, die es mit den empirischen und theoretischen Instrumenten der Wissenschaft ohne weiteres zu erkennen und zu entdecken gibt, sondern eine durch Gesellschaft, Handeln, Interpretation, Interaktion, Ideen, Wissenschaft und Diskurse hergestellte und produzierte, die sich einem schlichten Abbildmodell von Wirklichkeit sperrt. D.h., gesellschaftliche Wirklichkeit ist eine durch und durch konstruierte Wirklichkeit, wobei allerdings zu konzedieren ist, dass

„es eine Hierarchie von Wirklichkeitskonzepten und Wirklichkeitszugriffen (gibt), wo einige Wirklichkeitskonstruktionen eine größere Chance als andere haben, als gesellschaftlich verbindliche und folgenreiche ‚Wirklichkeit' sich durchzusetzen und akzeptiert zu werden. Deshalb ist die ‚Wahrheit' dieser Wirklichkeit eine Vorstellung, von der man nur sagen kann (…), dass sie umkämpft ist." (Sack 1996, S. 10; Sack 1988, S. 21)

Zu solchen gesellschaftlichen Wahrheiten und Wirklichkeiten gehören nicht nur solche über „Kriminalität" oder „Kriminalitätsentwicklungen", sondern auch so

„kurzschlüssige und ‚sprichwörtliche' Übersetzungen von Strukturmerkmalen in ‚kriminogene Motivationsstrukturen' und damit sozial diskriminierende Eigenschaften von Personen wie sie in der Kriminologie geleistet werden. Aber das ist die Funktion der Kriminologie: Es sollen die Motive zur Sprache gebracht werden, die arme Leute ‚haben', die bei ihnen durchbrechen und sie überwältigen, Strafgesetze zu brechen." (Cremer-Schäfer 2002, S. 140)

Wenn davon auszugehen ist, dass gesellschaftliche Wirklichkeit nicht objektiv vorhanden und beschreibbar ist, dass ferner „Kriminalität“ ein Konstrukt und kein beobachtbares Verhalten darstellt, deren Ursachen erforscht werden können, und darüber hinaus keine Eigenschaft bildet, die einem individuellen Verhalten inhärent ist, und in der Konsequenz auch die Bemühungen um die Identifizierung eines kausalen Zusammenhangs zwischen „Kriminalität“ und Unterprivilegierung ad absurdum führen, dann rückt „Kriminalität“ nicht als deviantes Verhalten in den Fokus des (wissenschaftlichen) Interesses, sondern als Produkt von machtbesetzten Konstruktions- und Zuschreibungsprozessen.
Und noch ein weiterer Aspekt wird deutlich: dass das im kriminologischen Diskurs produzierte Wissen den Anwendungsregeln der mit „Kriminalität“ befassten Institutionen zugrunde liegt, somit der kriminologische Diskurs als Teil grenzziehender Machtverhältnisse betrachtet werden muss. (vgl. Althoff 2002, S. 67; vgl. Cremer-Schäfer 2002, S. 137)

Allerdings würde es zu kurz greifen, ausschließlich auf die Bedeutung des kriminologischen Diskurses für die Produktion des Wissens über „Kriminalität“ zu fokussieren. Vielmehr gilt es in Rechnung zu stellen, dass die traditionelle, positivistische Kriminologie an den Vorgaben des Strafrechts und der Strafgesetzgebung orientiert ist und sich somit in die Logik staatlichen und kriminalpolitischen Handelns eingenistet hat. Das Strafrecht aber – auch das eine Trivialität – ist

„unhintergehbar geschichtsgebunden und gesellschaftsabhängig. Dies bedeutet aber für alle theoretischen und praktischen Zwecke: das Strafrecht ist in allen seinen institutionellen Verästelungen und auf seinen sämtlichen Ebenen ein durch und durch politisches System von Regeln, dem es an genau jenen Eigenschaften mangelt, die für eine objektive und positivistische Wissenschaft als Bedingung ihrer Möglichkeit unverzichtbar sind.“ (Sack 1994, S. 207f; s.a. Sack 1990, S. 20; Sack 1972, S. 12)
Für die Kriminologie, wie für alle kritischen Wissenschaften, muss dies bedeuten „davon auszugehen, dass die Dinge, die sie untersucht, nicht so sind, wie sie zuallererst erscheinen“ (Sack), und darüber hinaus Abstand zu nehmen von den staatlichen Vorgaben des Strafrechts als zu bearbeitendem Gegenstand. Die Kriminologie muss stattdessen – wie es Fritz Sack formuliert hat – die gewaltigste Ordnungsmacht moderner Gesellschaften, nämlich den Staat, in den Mittelpunkt der empirischen und theoretischen Bemühungen zur Analyse von Kriminalität und ihrer Kontrolle stellen und sich hierbei auch nicht von der Fassade der Rechtsstaatlichkeit täuschen lassen, hinter der sich doch nur ein Geflecht von Sozialdisziplinierung, von Disziplinierungs- und Normalisierungstechniken verberge: „Ich hege die Hoffnung auf eine schließlich gelingende Herausführung der Kriminologie aus ihrer selbstverschuldeten Bevormundung durch bzw. Unmündigkeit ge-

genüber dem Strafrecht und der Kriminalpolitik.“ (Sack 1996, S. 26f; s.a. Sack 1990, S. 33)

Soziale Ausschließung, Kriminalisierung und „die“ Soziale Arbeit

Eine Herausführung aus selbst verschuldeter Bevormundung, wie sie Fritz Sack für die Kriminologie erhofft, scheint für die Soziale Arbeit in ähnlich weiter Ferne zu liegen. Soziale Arbeit zeichnet regelmäßig ein „Zustand“ aus, der dem der traditionellen Kriminologie durchaus ähnelt und am Status von Wissenschaftlichkeit zweifeln lässt. Nach wie vor orientiert sich Soziale Arbeit an ihr vorgegebenen Aufgaben und Aufträgen, die sich an einem Gegenstand orientieren, an dessen Formulierung Soziale Arbeit selber nicht beteiligt ist, diesen vielmehr bereitwillig, ja unterwürfig und in stets voraus eilendem Gehorsam präventiv und reaktiv bearbeitet und somit immer wieder reproduziert. Gemeint sind „Soziale Probleme“, wie Devianz und Delinquenz, die in den Blick genommen, individuell zugeschrieben und individualisierend bearbeitet werden, natürlich nicht, ohne sich mit den „Ursachen“-Forschungen und Erklärungsansätzen beschäftigt zu haben, die traditionelle Kriminologie, Medien und Politik frei Haus liefern. In diesem Zusammenhang haben wir darauf hingewiesen, dass auch Soziale Arbeit in Prozesse sozialer Ausschließung involviert ist, indem sie sich die Kategorien und Erklärungen – beispielsweise bezogen auf „Kriminalität“ oder den unterstellten kausalen Zusammenhang von „Kriminalität“ und Unterprivilegierung – zu eigen macht, die andere Disziplinen ihr zur Verfügung stellen und mit denen sie Subjekte und soziale Phänomene *be*-deutet, kategorisiert und bearbeitet und an denen sie ihre Interventionen orientiert. Darüber hinaus besteht – wie im Kontext des Diskurses um eine „neue Unterschicht“ und eine „Kultur der Armut“ – die Gefahr, dass strukturelle Bedingungen bzw. soziale Ungleichheitsverhältnisse in individuelle Defizite und Schwächen übersetzt werden: aus Armut, Arbeitslosigkeit und Unterprivilegierung werden Arme, Arbeitslose und Unterprivilegierte, die an den gesellschaftlichen Verhältnissen gescheitert sind. Mit diesen (individualisierenden) Defizitzuschreibungen erzeugt die Soziale Arbeit ihr eigenes „Vokabular der sozialen Degradierung“ und der sozialen Ausschließung. Zudem werden mit der gutwilligen Dramatisierung von Armut, Arbeitslosigkeit, Unterprivilegierung als *Ursachen* für Kriminalität die Potenziale für soziale Ausschließung erweitert. (vgl. Anhorn/Bettinger 2002, S. 249)

Der dominierende Diskurs der Sozialen Arbeit stellt – entsprechend der zur Verfügung stehenden Logik kriminologischer und kriminalpolitischer Diskurse – „soziale Probleme“ wie Kriminalität und Gewalt in einen Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit und Unterprivilegierung und bedient sich dabei ätiologischer Erklärungsmuster. Eine dem vorherrschenden Verständnis Sozialer Arbeit ohnehin schon inhärente Tendenz zur Individualisierung gesellschaftlicher

Konflikte wird in der Kombination mit der Kategorie „Kriminalität“ noch weiter potenziert. „Kriminalität“ erweist sich speziell in der Verknüpfung mit der Kategorie „Armut“ als ein Mechanismus, mit dem sich die ohnehin stets mitschwingende Rhetorik der Diskreditierung, Degradierung und Ausgrenzung von Unterprivilegierten, Arbeitslosen und Armen vorbehaltlos artikulieren, systematisch verstärken und in nahezu unanfechtbarer Weise legitimieren lässt. (Anhorn/Bettinger 2002, S. 241) Eine Soziale Arbeit, die angesichts der skizzierten gesellschaftlichen Umbrüche, des grundlegend veränderten strukturellen und diskursiv-ideologischen gesellschaftlichen Kontextes ihrer Arbeit an ihrem traditionell sozialstaatlich-integrativen Selbstverständnis festhält und dabei gleichzeitig – orientiert an einem fremdbestimmten Gegenstand – ihre Funktion in der Bearbeitung von „Kriminalität“ oder „Devianz“ sieht, läuft Gefahr, Teil des Ordnungs-Systems zu werden, das den neuen gesellschaftlichen Grenzziehungen und somit Ausschließungen zugrunde liegt.
Nicht zuletzt aus diesem Grund haben wir uns an verschiedenen Stellen gegen eine Bearbeitung von „Kriminalität“ durch die Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik ausgesprochen; eine Bearbeitung, die einerseits der bürokratischen und politischen Funktionalisierung und Instrumentalisierung geschuldet ist, mit der Sozialer Arbeit regelmäßig konfrontiert wird, andererseits ihrer Orientierung an Vorgaben von Gesellschaft, Ordnung und Normalität, der sie sich in voraus eilendem Gehorsam unterordnet. - Allerdings soll nicht der Eindruck entstehen, als sei Soziale Arbeit lediglich „Opfer“ fremder Mächte oder Disziplinen. Was Fritz Sack für die traditionelle Kriminologie festgestellt hat, nämlich eine „selbstverschuldete Bevormundung bzw. Unmündigkeit“, gilt in gleichem Maße auch für eine Soziale Arbeit, die nach wie vor dominiert wird von fachfremden Diskursen, die der Sozialen Arbeit – nicht ausschließlich bezogen auf „Kriminalität“ – das Wissen zur Verfügung stellen, das wiederum Grundlage sozialpädagogischer Reflexion und Deutung sowie sozialpädagogischen Handelns wird. Solchermaßen „funktioniert“ Soziale Arbeit also, orientiert an einer Ordnung des Sozialen, der sie sich in gleichem Maße unterwirft, wie sie jene als objektiv gegeben voraussetzt. Eine solche, von uns als „traditionelle“[5] bezeichnete

[5] Es ist darauf aufmerksam zu machen, dass eine dichotome Unterscheidung in „traditionelle“ Soziale Arbeit einerseits und „kritische“ Soziale Arbeit andererseits an sich nicht zulässig ist. Zwischen dem einen Extrem einer affirmativen, objektivistischen, theorieresistenten, alltagstheoretischen und an staatlichen Ordnungsvorgaben orientierten „traditionellen“ Sozialen Arbeit, und dem anderen Extrem einer reflexiven, subjektorientierten, politischen, theoretisch fundierten, gegenstandsbezogenen, (herrschafts-)kritischen Sozialen Arbeit gibt es sicherlich diverse graduelle Abstufungen von Sozialer Arbeit, die sich – je nach zugeschriebenen Merkmalen – auf einem breiten Spektrum eher näher an einem angenommenen Ideal „kritischer“ Sozialer Arbeit bzw. im Gegenteil eher in der Nähe einer „traditionellen“ Sozialen Arbeit verorten lassen. Hierzu ist zweierlei einschränkend anzumerken: erstens kann eine solche Verortung nur gelingen anhand von Kriterien, die tatsächlich aber nicht objektiv gegeben sein können, sondern als diskursiv konstruiert und somit kontingent verstanden und konsequenterweise kontinuierlich kritisiert und gegebenenfalls verändert werden müssen. Daraus folgt – zweitens – dass „die“ Soziale Arbeit grundsätzlich nicht ohne weiteres unterschieden werden kann in *entweder* „die“ traditionelle Soziale Arbeit *oder* „die“ kritische Soziale Arbeit. Vielmehr sind diese diskursiv konstruierten Kategorien als analytische Konstrukte zu

Soziale Arbeit funktioniert im Kontext neoliberaler, ordnungspolitischer Rahmungen, weil sie sich – ähnlich der traditionellen Kriminologie – in den Beschränkungen eines objektivistischen Wissenschaftsverständnisses eingenistet hat und fremdbestimmt und theorielos offizielle Definitionen „sozialer Probleme" zu bearbeiten sucht, sich dabei fremde Kategorien („Kriminalität") und ätiologische Erklärungsansätze zu eigen macht und darüber in Prozesse sozialer Ausschließung involviert ist.

Es zeigt sich, dass sowohl die neuen sozialpolitischen Programme, als auch die Kriminalisierung unterprivilegierter Populationen als Teil der ökonomisch-sozialen Restrukturierung der Gesellschaft und der mit dieser einhergehenden Neuausrichtung von Wirtschafts-, Sozial- aber auch Kriminalpolitik gelesen werden müssen. Lessenich weist in diesem Zusammenhang auf einen erkenntnistheoretischen Sachverhalt hin, der m. E. nicht nur im Rahmen sozialkonstruktivistischer Analysen von Sozialpolitik, sondern als Bedingung sozialpädagogischer Praxis von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen unbedingt in Rechnung zu stellen ist, nämlich „dass die Machteffekte des Ideellen schon viel früher im Zyklus gesellschaftlicher Politikproduktion einsetzen: in Form und Gestalt nämlich einer Politik des Wissens, einer Regierungskunst des Denk- und des Sagbaren." (Landwehr) „Sozialpolitik" ist immer auch ein sozialer Prozess der wissensvermittelten Herstellung sozialer Realitäten, der diskursiven Konstruktion gesellschaftlich akzeptierter „Wahrheiten". (Lessenich 2008, S. 54) So werden die Wissensbestände sämtlicher Politikfelder, also auch der Wirtschafts-, Sozial- und Kriminalpolitik diskursiv hergestellt und finden so nicht nur als „Evidenzen" Eingang in das gesellschaftliche Selbstverständnis, sondern werden von den gesellschaftlichen Akteuren – indem sie sich in diese Wissensordnungen einfügen und ihre Deutungen und ihr Handeln daran orientieren – reproduziert.
Aber gerade dieses strukturelle Moment der Beteiligung der Subjekte an der (Re-)Produktion sozialer Ordnungen eröffnet eben auch Möglichkeitsräume gesellschaftlicher Veränderung: „Wenn sie (die neosoziale Ordnung) noch aufzuhalten ist, dann folgerichtig nur durch die kulturelle Widerständigkeit der gesellschaftlichen Subjekte, nur durch diese (also uns) selbst." (Lessenich 2008, S. 117) Aufgefordert sind somit auch und insbesondere Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen, Diskurse als herrschaftslegitimierende Techniken der Wirklichkeitsproduktion und somit von gesellschaftlichen Ordnungen in der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen und zu analysieren und in die Arenen einzutreten, in denen um die Durchsetzung von Wirklichkeit gekämpft wird, denn

---

verstehen, die sehr wohl dazu geeignet sind – ihre Kontingenz immer in Rechnung stellend – als Deutungsschablone bzw. Bewertungskriterien an sozialarbeiterische/sozialpädagogische Praxis angelegt zu werden und darüber hinaus als normative Bezugspunkte sozialpädagogische und sozialarbeiterische Reflexion, Kritik und Handeln zu orientieren.

„die erste Front ist die Ebene der Worte und Diskurse. Hier muss man die semantischen Tendenzen bremsen, die den Raum für Debatten schrumpfen lassen, zum Beispiel indem der Begriff Unsicherheit auf physische oder kriminelle Unsicherheit begrenzt und über soziale und wirtschaftliche Unsicherheit nicht gesprochen wird.“ (Wacquant 2008, S. 223)

Nur so ist es möglich, Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie die Strategien und Prozesse, die diese Verhältnisse kontinuierlich reproduzieren, zu thematisieren und zu skandalisieren. Und nur so wird es Sozialer Arbeit gelingen, als politische Akteurin an der (politischen) Gestaltung des Sozialen mitzuwirken sowie Einmischung in Politik und Mitwirkung an der Gestaltung des Sozialen den Bürgern und Bürgerinnen zu ermöglichen. (vgl. Bettinger 2008)

Diskurse als Gegenstand von Wissenschaft sowie als Orte und Mittel des Kampfes

Die Auseinandersetzung mit intersubjektiv geteilten Wissensordnungen bzw. diskursiven Praxen, die solche Ordnungen herstellen, die Verabschiedung objektivistischer Vorstellungen von Realität dürften regelmäßig zu einigen Irritationen und Verunsicherungen führen, oder gar zu dem Gefühl, den Boden unter den Füßen zu verlieren, wenn sich zeigt, dass (soziale) Phänomene nicht objektiv vorhanden, sondern Effekte von Diskursen und somit kontingent sind; dass ferner in Diskursen produzierte Wahrheiten, Kategorien, Gegenstände, Deutungsmuster als Matrix unsere Wahrnehmung, unser Denken und unser Handeln orientieren und uns in der Folge Dinge in einer bestimmten Art und Weise (z. B. als „Normalität“, als „soziales Problem“, als „Kriminalität“, als „Krankheit“, als „Fall“ usw.) sehen und bewerten lässt; uns also letztlich dazu bringt, nur das Denkbare zu denken und das Sagbare zu sagen.

Hier bereits sollte die Notwendigkeit deutlich geworden sein, sich als Sozialarbeiterin oder Sozialpädagoge kontinuierlich mit der diskursiven Produktion und Objektivation von Wissen, Deutungen, Kategorien zu beschäftigen, da die in Diskursen produzierten Wissensbestände und Deutungsmuster den Wahrnehmungen, Kategorisierungen, Bewertungen und Entscheidungen von Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen zugrunde liegen. Diese in Diskursen produzierten Wissensbestände und Deutungsmuster orientieren sozialpädagogische Deutungs- und Entscheidungsprozesse, wobei „Deutung“ hier – in Anlehnung an Keller – verstanden wird als *Verknüpfung eines allgemeinen, typisierten Deutungsmusters mit einem konkreten referentiellen Anlass.* (vgl. Keller 2001, S. 132) Deutungsmuster sind diskursiv hergestellte Wissensbestände, die quasi als Deutungsfolie über soziale Phänomene gelegt werden, um diese bewerten, einordnen und gegebenenfalls bearbeiten zu können; sie stellen einen „handlungsrelevanten Argumentekorpus be-

reit, der intern höchst konsistent strukturiert ist. Deutungsmuster haben ihre eigenen Kriterien für die Gültigkeit von Aussagen und Situationsdefinitionen sowie ihre eigenen Maßstäbe für das, was als „vernünftiges“ Handeln in einer bestimmten Handlungssituation (…) gelten kann.“ (Dewe/Otto 1996, S. 40)

„Diskurse, Ideologien, in der Berufskultur verankerte Deutungsmuster, Konzepte und Theorien Sozialer Arbeit usw. stellen so betrachtet Orientierungen für die Ordnungsarbeit bereit, die SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen im Umgang mit biographischen Krisen, desaströsen Familienverhältnissen oder desorganisierten Gemeinwesen zu leisten versuchen.“ (Scherr 2006, S. 146) Den Ausführungen von Scherr bzw. Dewe und Otto folgend ist davon auszugehen, dass es sich bei den für die Soziale Arbeit relevanten Deutungs- und Handlungsmustern um spezifische, (insbesondere) von Sozialbürokratien und Politik produzierte handelt, die verbindliche Deutungen „sozialer Probleme“ sowie daraus resultierende Aufgaben und Ziele für sozialpädagogisches Handeln formulieren. So produzieren Diskurse nicht nur Gegenstandbereiche und „soziale Probleme“, sie antworten auf diese selbst entworfenen Deutungs- und Handlungsprobleme, indem eine Infrastruktur, Institutionen, Disziplinen, Professionen, Gesetze, Erziehungs- und Bildungsprogramme, sozialpolitische Konzepte und sozialpädagogische Praxen (von Foucault als Dispositiv bezeichnet) geschaffen werden, die dazu geeignet sind, die durch den Diskurs produzierten Phänomene und „Probleme“ zu bearbeiten. (vgl. Bettinger 2007, S. 82)
Das diskursiv generierte und institutionalisierte Deutungs- und Handlungswissen ist wesentliche strukturelle Bedingung professioneller Praxis, stattet es doch Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen mit (sozial-)politisch und institutionell gewünschten Handlungs- und Problemlösungsmustern aus und „bewirkt eine Präformierung des für das Aktionsfeld der Sozialarbeiter spezifischen professionellen Handlungswissens.“ (Dewe/Otto 1996, S. 48) Diese, im Kontext von (Sozial-)Politik und Bürokratie diskursiv generierte Matrix ist dann wesentliche Bedingung dafür, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen gesellschaftliche Phänomene, Individuen, Gruppen und Gemeinwesen so wahrnehmen, be-deuten und ordnen bzw. kategorisieren (nämlich als „soziale Probleme“, „Deviante“, „Gefährliche“, „Gefährdete“, „soziale Brennpunkte“), wie es die in den Diskursen generierten Kriterien vorgeben. Anders formuliert: die für die Praxis Sozialer Arbeit relevant werdenden Wissensbestände werden in den sozialpädagogischen Praxen fallbezogen kontextualisiert, wobei es sich um von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen zu vollziehende Umwandlungs- bzw. Anpassungsleistungen zwischen Wissen und Können handelt, die situativ und fallbezogen zu erbringen sind. (vgl. Dewe/Otto 2010, S. 110f.)

In diesem Zusammenhang ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass spezifische, in Diskursen produzierte, Wissensbestände (auch der Disziplinen und Professio-

nen) keine harmonische, ein für allemal geltende Ordnung bilden, sondern untereinander in Konkurrenz stehen können; über ihre jeweilige Geltung entscheiden ideologische, politische, ökonomische aber auch wissenschaftliche Interessen konkreter Personen(-Gruppen), die um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Auffassung von Welt, Wirklichkeit, Wissenschaft, sozialer Probleme konkurrieren und kämpfen. D.h., auch wenn Diskurse grundsätzlich den Subjekten strukturell vorgeschaltet sind, so sind es doch die Subjekte (kollektive Akteure), die in den Diskursen Wissensbestände, Wirklichkeiten, Wahrheiten nicht nur produzieren oder aktualisieren, sondern auch irritieren und überschreiten können. *Dass* es diesbezüglich Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten auch für Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen gibt, in diese Arenen einzutreten, in denen um die Durchsetzung von Wirklichkeit gekämpft wird, zeigen Überlegungen des Duisburger Sprach- und Sozialwissenschaftlers Siegfried Jäger zu den Strukturen von Diskursen sowie zahlreiche Vorschläge von Autorinnen zum Umgang mit Diskursen.
So stellt Jäger (1993; 2001) Diskurse in ihrer Gesamtheit bildlich als ein riesiges und komplexes ‚Gewimmel' dar, unterscheidet dabei aber zwischen *Spezialdiskursen* (der Wissenschaften) und dem *Interdiskurs*, wobei alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse als Bestandteile des Interdiskurses aufgefasst werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass Diskurse nicht isoliert verlaufen, sondern beispielsweise ständig Elemente wissenschaftlicher Diskurse in den Interdiskurs, also die nicht-wissenschaftlichen Diskurse einfließen und umgekehrt. Darüber hinaus bezeichnet Jäger thematisch einheitliche Diskursverläufe als *Diskursstränge* (z.B. zu den Themen Kindeswohlgefährdung, Jugendkriminalität oder -gewalt), *Diskursfragmente* als Texte oder Textteile, die bestimmte Themen (z.B. Kindeswohlgefährdung, Jugendkriminalität oder -gewalt) behandeln und sich zu Diskurssträngen verbinden sowie *diskursive Ereignisse* als solche Ereignisse, die politisch und medial besonders herausgestellt werden und als solche Ereignisse die Richtung und die Qualität eines Diskursstranges (z.B. zu den Themen Kindeswohlgefährdung, Jugendkriminalität oder -gewalt) beeinflussen. Ob also ein Ereignis zu einem diskursiven Ereignis wird oder nicht, hängt von jeweiligen politischen Dominanzen und Konjunkturen ab. (vgl. Jäger 2001, S. 98)
Die Diskurssträngе in ihrer komplexen Verschränktheit wiederum bilden in einer gegebenen Gesellschaft den *gesamtgesellschaftlichen Diskurs*, wobei zu beachten ist,

„dass ‚gegebene Gesellschaften' nie (restlos) homogen sind (…). In der BRD hat aber offenbar nach der 89er Wende eine starke ideologische Homogenisierung des gesellschaftlichen Gesamtdiskurses stattgefunden, die auch nicht so leicht aufzubrechen sein wird. Ferner ist zu beachten, dass der Gesamtdiskurs einer Gesellschaft Teil-Diskurs eines (selbstverständlich überaus heterogenen) globalen Diskurses ist, der sich – mit aller Vorsicht gesagt – ebenfalls seit 1989 homogenisiert (…) hat." (Jäger 2001, S. 100)

Diskursstränge wiederum (als *thematisch einheitliche* Diskusverläufe) operieren auf verschiedenen *diskursiven Ebenen* (Wissenschaften, Politik, Medien, Alltag, Verwaltung, Sozialpädagogik als Profession). Jäger weist darauf hin, dass diese Diskursebenen sich aufeinander beziehen, einander nutzen aber auch aufeinander einwirken. So könnten etwa auf der Medien-Ebene Diskursfragmente der Wissenschaftsebene zu den Themen Kindeswohlgefährdung, Jugendkriminalität oder Jugendgewalt aufgenommen werden, oder es könnten Diskursfragmente aus der Politik- bzw. Alltagsebene zum Thema (Umgang mit) Kindeswohlgefährdung, Jugendkriminalität oder Jugendgewalt von der Sozialpädagogik-Ebene aufgenommen werden.

„So ist auch zu beobachten, dass etwa die Medien den Alltagsdiskurs aufnehmen, bündeln, zuspitzen etc. oder auch (…) sensationsheischend und oft populistisch aufdonnern. Auf diese Weise regulieren die Medien im Übrigen das Alltagsdenken und nehmen erheblichen Einfluss auf die jeweils machbare und gemachte Politik.“ (Jäger 2001, S. 99)

In diesem Kontext ist die Kategorie der *Diskursposition* – mit der ein spezifischer ideologischer Standort einer Person oder eines Mediums gemeint ist – relevant. Jäger weist darauf hin, dass es innerhalb vorherrschender Diskurse sehr wohl unterschiedliche Positionen geben kann, die aber beispielsweise darin übereinstimmen können, dass sie das obwaltende Wirtschaftssystem nicht in Frage stellen. „Davon abweichende Diskurspositionen lassen sich oft mehr oder minder in sich geschlossenen *Gegendiskursen* zuordnen. Das schließt nicht aus, dass sich gegendiskursive und grundsätzlich oppositionelle Diskurselemente subversiv in den hegemonialen Diskurs einbringen lassen.“ (Jäger 2001, S. 99)
Eine Aussage, die sehr wohl als Aufforderung an Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen dahin gehend umzuformulieren wäre, sich den dominierenden neoliberalen bzw. neo-sozialen, politischen, medialen (aber auch „bezugs“-disziplinären) Diskursen und somit dominierenden Wahrheiten und Wirklichkeiten nicht widerstandslos zu beugen, denn – so Petra Gehring (2007) – gerade die Auseinandersetzung mit Foucaults diskurs- und machttheoretischen Arbeiten vermittelt einen scharfen Sinn für das umkämpfte Gewordensein dessen, was wir als für uns *so* und nicht anders normal und eigentlich auch notwendig halten. Sie fordern uns aber auch dazu auf, die Formen und Bereiche der Erkenntnis, die vom Komplex Macht/Wissen und den diesen durchdringenden und konstituierenden Prozessen und Kämpfen bestimmt werden, nicht einfach über uns ergehen zu lassen, sondern sie zum Gegenstand der Analyse, und diese wiederum zum Ausgangspunkt einer „Verfremdung des Vertrauten“, einer Kritik der Gegenstandsbereiche und Evidenzen zu machen, verbunden mit der Option, das Reich des Wissens und der Selbstverständlichkeit zu sabotieren (Foucault).

Das „umkämpfte Gewordensein“ als Ausgangspunkt und Anlass für ein analytisches und politisches Interesse reflexiver und kritischer Sozialer Arbeit an Diskursen, in und mit denen gekämpft wird um Deutungsmacht (bezogen auf Weltbilder, gesellschaftliche Ordnung, Problemdeutungen usw.); um die politische, institutionelle und handlungspraktische Durchsetzung dieser Deutungsmacht; um politische Macht (auch im kommunalen Raum) und staatliches Handeln; um die Interpretation von Bedürfnissen sowie um die Konstruktion von Bedarfen. Für die Soziale Arbeit muss grundsätzlich von Interesse sein, warum und welches Wissen für sie als Profession relevant ist, mit welchen Konsequenzen für sie selbst und für ihre Adressatinnen. Es gilt entsprechend – als wesentliches Merkmal für eine reflexive und kritische Soziale Arbeit – gesellschaftliche, wissenschaftliche, politische Diskurse zu hinterfragen und gegebenenfalls zu problematisieren.

„Dies geschieht, indem man sie analysiert, ihre Widersprüche und ihr Verschweigen aufzeigt, indem man die Mittel deutlich werden lässt, durch die die Akzeptanz nur zeitweilig gültiger Wahrheiten herbeigeführt werden soll – von Wahrheiten also, die als über allen Zweifel erhaben dargestellt werden“ (Jäger 2001, S. 83)

und aus denen regelmäßig die Handlungsaufträge an die Soziale Arbeit, aber auch die Verhaltenserwartungen an die (potentiellen) Adressaten Sozialer Arbeit resultieren.
Dies bedeutet für sozialpädagogische Praktiker und Praktikerinnen, die Entstehung des durch Diskurse transportierten Wissens, das Zustandekommen auch nur zeitweilig gültiger Wahrheiten, das Grundlage sozialpädagogischen, kollektiven und individuellen Bewusstseins ist, und das darüber hinaus Grundlage für Zuschreibungsprozesse, voreilige Typisierungen, Bedarfskonstruktionen und für sozialarbeiterisches Handeln ist, dieses Wissen und diese „Wahrheiten“ sowie deren Entstehung zu re- bzw. dekonstruieren, infrage zu stellen, zu problematisieren und gegebenenfalls alternatives Wissen und Deutungen in den Diskurs einzubringen. Eine realistische Möglichkeit liegt in der kontinuierlichen, diskursanalytischen Auseinandersetzung mit vertrauenswürdigem, als sicher unterstelltem Wissen und Deutungsmustern, die dazu geeignet sind, Individuen oder Gruppen als gefährlich, gefährdet, defizitär, hilfebedürftig, aktivierungsresistent oder Sozialräume als „soziale Brennpunkte“ zu deklarieren und in der Folge „adäquate“ ordnungspolitische, sozialpolitische, kriminalpolitische und sozialpädagogische Präventions- und Interventionsmaßnahmen einzufordern.

An Anregungen zum Umgang mit Diskursen sowie mit in Diskursen produziertem Wissen und Wahrheiten mangelt es ebenso wenig, wie an – in ihrer Relevanz für ein Verständnis von Diskursen sowie den jeweiligen Standpunkten derjenigen, die sich Diskursen als zu betrachtendem Phänomen anzunähern beabsichtigen – kaum zu überschätzenden Hinweisen, dass nämlich für Diskurse in gleicher Weise gilt,

was auch für alle anderen sozialen Phänomene gilt, die in Diskursen erst produziert werden: sie sind konstruierte Gegenstände! Diskurse werden unter analytischen Gesichtspunkten aus dem gesellschaftlichen Wissensvorrat „herausgeschnitten“ und als Zusammenhang von Wissensproduktionen, Objektivationsbestrebungen und deren gesellschaftlichen bzw. institutionellen Wirkungen zum Forschungsgegenstand. Diskurse sind als Gegenstand einer Diskursanalyse ein analytisches Konstrukt; sie werden erst durch den beobachtenden Zugriff der Sozialwissenschaftler zum Diskurs. (vgl. Keller 2001) Das bedeutet, dass auch das Subjekt, das beabsichtigt, einen Diskurs zu analysieren, immer im Rahmen einer vom Diskurs produzierten Matrix analysiert, sich somit auf ein bereits vorhandenes, ihm zur Verfügung stehendes Relevanzsystem bezieht. (Bettinger 2007, S. 86) So argumentieren Bublitz und Bührmann (1999), dass Diskursanalyse *dann* als ein Element gesellschaftlicher Veränderung betrachtet werden könne, wenn die die Diskurse Analysierenden ihre diskursanalytische Tätigkeit selbst als Diskursproduktion reflektierten. Die de-ontologisierende Aufgabe von Diskursanalyse bestehe darin, sichtbar zu machen, wie Wahrheiten jeweils historisch „erfunden“ und wie sie innerhalb gesellschaftlicher, ökonomischer und kultureller Hegemonie wirksam werden. Sie beziehen sich dabei auf Foucaults diskursanalytische Arbeiten, denen einerseits das Bemühen um eine Dekonstruktion der Universalität von Wissen und Erkenntnis und somit den machtvollen Ordnungsstrukturen von Gesellschaften galt, andererseits den (disziplinären) Wahrheiten als (Zwangs-)Effekte:

„Ich habe mir vorgenommen (…), den Menschen zu zeigen, dass sie weit freier sind, als sie meinen; dass sie Dinge als wahr und evident akzeptieren, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte hervorgebracht worden sind und dass man diese so genannte Evidenz kritisieren und zerstören kann. (…) Ich möchte zeigen, dass viele Dinge, die Teil unserer Landschaft sind und für universell gehalten werden, das Ergebnis ganz bestimmter geschichtlicher Veränderungen sind. Alle meine Untersuchungen richten sich gegen den Gedanken universeller Notwendigkeiten im menschlichen Dasein. Sie helfen entdecken, wie willkürlich Institutionen sind, welche Freiheit wir immer noch haben und wie viel Wandel immer noch möglich ist.“ (Foucault zit. n. Bublitz/Bührmann 1999, S. 14)

Siegfried Jäger, der ebenfalls zu Bedenken gibt, dass der Wissenschaftler mit seiner Analyse und Kritik nie außerhalb der Diskurse steht, sich somit ebenfalls nicht auf eine universelle Wahrheit berufen kann, sieht die Aufgabe einer an Foucault orientierten Kritischen Diskursanalyse in der Beantwortung der Fragen, was (jeweils gültiges) Wissen überhaupt ist, wie jeweils gültiges Wissen zustande kommt, wie es weitergegeben wird, welche Funktion es für die Konstituierung von Subjekten und die Gestaltung von Gesellschaft hat und welche Auswirkungen dieses Wissen für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung hat. (vgl. Jäger 2001,

S. 81). Diskursanalyse (erweitert zur Dispositivanalyse) ziele darauf ab, das (jeweils gültige) Wissen der Diskurse bzw. der Dispositive zu ermitteln, den jeweiligen Zusammenhang von Wissen/Macht zu erkunden und einer Kritik zu unterziehen:

„Die (herrschenden) Diskurse können kritisiert und problematisiert werden; dies geschieht, indem man sie analysiert, ihre Widersprüche und ihr Verschweigen bzw. die Grenzen der durch sie abgesteckten Sag- und Machbarkeitsfelder aufzeigt, die Mittel deutlich werden lässt, durch die die Akzeptanz nur zeitweilig gültiger Wahrheiten herbeigeführt werden soll – von angeblichen Wahrheiten also, die als rational, vernünftig oder gar als über allen Zweifel erhaben dargestellt werden.“ (a.a.O., S. 83)

Hannelore Bublitz – die ebenfalls davon ausgeht, dass Diskursanalyse (als Beobachtung zweiter Ordnung) sich ihre Gegenstände selbst schafft – versteht Diskursanalyse nicht nur als eine sozialwissenschaftliche Methode, sondern als elementaren Bestandteil einer Gesellschaftstheorie, in deren Zentrum die historisch-systematische Analyse von Wissens- und Rationalitätsstrukturen steht.

„Wenn Diskursanalyse als umfassende Gesellschaftsanalyse verstanden wird – als eine Analyse der Beziehungen ‘zwischen Institutionen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen, Verhaltensformen, Normsystemen, Techniken, Klassifikationstypen und Charakterisierungsweisen‘ (Foucault) (…), dann ergibt sich daraus, dass Diskursanalyse als Teil einer Diskurs-‚Theorie‘ verstanden werden muss, in deren Zentrum der Diskursbegriff als strukturbildendes Prinzip von Kultur und Gesellschaft steht und der zugleich die Konstitution von ‚Theorie‘ als historische (Re-)Konstruktion von Diskursen und Diskursformationen wesentlich bestimmt.“ (Bublitz 1999, S. 27)

Werner Lehne bezeichnet Diskursanalysen als Choreographien von Choreographien. Das Kriterium gelungener Choreographien (ihr epistemischer Profit) sei ihr Welt erweiternder Charakter. Sich mit einem Diskurs zu beschäftigen bedeute, all jene Aktivitäten sprachlicher und nichtsprachlicher Art herauszuarbeiten, die einen Gegenstand in der vorfindbaren Form haben entstehen lassen, und auf einer tiefer liegenden Ebene nach den Bedingungen zu suchen, die dazu beigetragen haben, dass genau dieser Diskurs hervorgebracht wurde. (vgl. Lehne 1993, S. 12) Im Zusammenhang seiner erkenntnistheoretischen Überlegungen stellt sich (für Lehne) die Frage, welche Konsequenzen eine konstruktivistische Perspektive für das Selbstverständnis der eigenen Analyse hat. Dass es darum gehen soll, stattgefundene Konstruktionsprozesse und die ihnen zugrunde liegenden Mechanismen und Strukturen – die Konstruktionsmaschinerie – zu analysieren, scheine erst einmal unproblematisch. Werde aber in Betracht gezogen, dass eine solche Analy-

se ebenfalls (nur) eine Konstruktion darstellt, dann ergebe sich das Problem des Gültigkeitskriteriums einer solchen Analyse. Dieses Gültigkeitskriterium könne nur über die Benennung eines Zweckes, für den die wissenschaftliche Konstruktion nützlich zu sein hat, konzipiert werden. In Anlehnung an Überlegungen Knorr-Cetinas schlägt Lehne das Kriterium der „Erweiterung von Welt" vor: „Als Ziel wissenschaftlicher Konstruktion wird die Erweiterung der Möglichkeit der aktiven und gleichberechtigten Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an den Prozessen der Konstruktion und Gestaltung ihrer Wirklichkeit genannt." (a.a.O., S. 12f.)

Mit Blick auf den Diskurs über Flexibilisierung weist Norman Fairclough auf die Notwendigkeit der Ermöglichung eines *kritischen Diskursbewusstseins* hin. Der Diskurs über Flexibilisierung, den er in Anlehnung an Bourdieu einen *starken Diskurs* nennt, stelle eine mächtige symbolische Waffe dar, und werde von der Stärke derjenigen ökonomischen und sozialen Kräfte (den Banken, den multinationalen Konzernen, Politikern etc.) getragen, die der Flexibilisierung – dem neuen Kapitalismus – zu noch mehr Wirklichkeit verhelfen wollen. (vgl. Fairclough 2001, S. 336) Die Menschen müssten über die Wahrheiten, die Evidenzen, die dieser Diskurs hervorbringt, Bescheid wissen, beispielsweise darüber, welche Einsichten er uns darüber eröffnet, wie Volkswirtschaften funktionieren oder funktionieren könnten, und welche anderen Einsichten er uns verschließt; um wessen Denken es sich handelt und welche Vorteile sich für die Träger des Diskurses daraus ergeben; welche anderen Diskurse es sonst noch gibt und weshalb gerade dieser Diskurs so dominant geworden ist. (a.a.O., S. 338) Solche Informationen über den Diskurs, über die den Diskurs tragenden Akteure und Interessen müssen aus Theorie und Forschung kommen und über Bildung – m.E. auch über Soziale Arbeit – vermittelt werden. Auf der Grundlage eines so gewonnenen Verständnisses von Diskursen bzw. der Wirkung von Diskursen innerhalb sozialer Praktiken, könnten Menschen anfangen, bestehende Diskurse oder Dominanz- und Ausschließungsverhältnisse zwischen Diskursen zu hinterfragen, über sie hinaus zu blicken, und so das Wissen voranzutreiben. Werde stattdessen Sprache einfach als transparentes Medium der Widerspiegelung des Gegebenen angesehen, werde das Leben der Menschen durch Repräsentationen geformt, hingegen die Weiterentwicklung des Wissens (und der Gesellschaft, F.B.) behindert. Um sich von der komplexen Welt nicht nur mitreißen zu lassen, benötigen die Menschen hingegen Ressourcen; und zu diesen Ressourcen gehört ein kritisches Bewusstsein von Sprache und Diskurs. Gerade in Anbetracht der Vorherrschaft eines einzigen politisch-ökonomischen (aktuell: neoliberalen) Diskurses bzw. der Verengung des politischen Diskurses, wiege das Fehlen wirkungsvoller Räume und Praktiken, in und mit denen Menschen als Staatsbürger über Themen von allgemeinem sozialen und politischen Belang diskutieren könnten, schwer.
So plädiert Fairclough für die Wiederherstellung von Öffentlichkeit; sie stehe im Zentrum der Verteidigung und Förderung von Demokratie. Es handele sich um

eine Aufgabe, die in den sozialen Bewegungen, die außerhalb des offiziellen politischen Systems aktiv sind, bereits angegangen werde. Sie sei aber genauso ein Auftrag von Bildungseinrichtungen einschließlich der Schulen und Hochschulen (und Sozialer Arbeit, F.B.). Bildungseinrichtungen sollten so gestaltet werden, dass sie zu Räumen werden, die so offen wie möglich für den Austausch von Argumenten sind. Hier ist ein kritisches Diskursbewusstsein von zentraler Bedeutung, u.a. um neue Wissensbestände zu erschließen und neue Möglichkeiten für soziale Beziehungen und Identitäten zu erkunden, und um dem Eindringen der Interessen und Rationalitätsformen ökonomischer, administrativer und anderer Systeme in das Alltagsleben zu widerstehen, wie z.B. dem kolonialisierenden Eindringen textvermittelter Repräsentationen und der Bedrohung der Demokratie durch den globalen Kapitalismus.

Bedingungen selbstbestimmterer, kritischer Sozialer Arbeit

Beschäftigung mit Diskursen bedeutet die Beschäftigung mit der Konstruktion von Wissen und von Wirklichkeit sowie diesen zugrunde liegenden Strukturmustern oder Regeln der Bedeutungsproduktion und -reproduktion. In den Blick geraten so gesellschaftlich produzierte, legitimierte und kommunizierte symbolische Ordnungen sowie deren historisch-gesellschaftliche Relativität bzw. Kontingenz. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit gerade auch für Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen, Diskurse zum Gegenstand der Analyse, Reflexion und Kritik zu machen, um aufzuzeigen, wie Wahrheiten, Deutungsmuster, Gegenstände jeweils historisch „erfunden“ und wie sie innerhalb gesellschaftlicher, ökonomischer und kultureller Hegemonie wirksam werden. Eine solche Reflexion und Kritik der Gegenstandsbereiche, der Evidenzen, Wahrheiten und Deutungsmuster ist als Ausgangspunkt einer „Verfremdung des Vertrauten“ zu verstehen, verbunden mit der Option, das Reich des Wissens und der Selbstverständlichkeit zu sabotieren. (Gehring 2007) Die gesellschaftlichen, politischen, institutionellen, disziplinären Diskurse sind von Sozialpädagoginnen und Sozialarbeitern zu problematisieren und zu kritisieren. Dies geschieht, indem sie analysiert werden, indem ihre Widersprüche und ihr Verschweigen bzw. die Grenzen der durch sie abgesteckten Sag- und Machbarkeitsfelder aufzeigt werden; indem die Mittel deutlich gemacht werden, durch die die Akzeptanz (auch nur zeitweilig) gültiger Wahrheiten herbeigeführt werden soll.

Der grundlegende fachliche Anspruch von Sozialpädagoginnen und Sozialarbeitern sollte folglich sein, in die Arenen einzutreten, in denen um die Durchsetzung von Wissen und Wirklichkeit gekämpft wird. Denn – mit Foucault gesprochen – die diskursiv produzierten Evidenzen können kritisiert und zerstört werden. Voraussetzung ist allerdings ein „kritisches Diskursbewusstsein“, ein kritisches Bewusstsein von Sprache und Diskurs (Fairclough 2001), das nicht nur

grundlegend für reflexive, kritische Soziale Arbeit ist, sondern in gleicher Weise den Adressatinnen Sozialer Arbeit beispielsweise im Rahmen von Bildungsprozessen zu ermöglichen ist.
So erweisen sich eine sozialwissenschaftlich-pädagogische Analysefähigkeit sowie die Bereitschaft zu kritischer Selbstreflexion als wesentliche Merkmale einer reflexiven, kritischen Sozialen Arbeit; einer Sozialen Arbeit, die sich *nicht* unreflektiert hegemonialen Diskursen sowie aus diesen resultierenden Deutungs- und Handlungsmustern/-erwartungen unterordnet. In den Fokus gerät dann vielmehr und wie selbstverständlich das „diskursive Gewimmel", die gesellschaftlichen, disziplinären, institutionellen, ökonomischen, in Diskursen produzierten Wissensbestände, ihre Machtwirkungen, ihre Wirkweise als handlungsleitende Deutungsmuster, ebenso die in die Diskurse involvierten kollektiven Akteure samt der diese leitenden (ideologischen, ökonomischen, ordnungs-, kriminal- oder sozialpolitischen) Interessen. Relevant ist also eine Rekonstruktion der Bedingungen und Folgen, unter denen Soziale Arbeit stattfindet, nämlich den im Handlungsfeld angelegten strukturellen Handlungszwängen, Wissensbeständen, routinisierten Handlungspraxen der Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen. (vgl. Dewe/Otto 1996, S. 14)

Dass in Diskursen generierte Wissensbestände, Deutungs- und Handlungsmuster sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Planung, Reflexion und Handeln zugrunde liegen, steht außer Frage. Allerdings: Aus einer Perspektive (die hier vertreten wird), die die paradigmatischen, theoretischen Vorannahmen als Matrix zugrundelegt, die im Kontext Kritischer Gesellschaftstheorie und Diskurstheorie formuliert wurden, ist eine Bezugnahme ausschließlich auf Alltagswissen bzw. auf Wissensbestände, die in politischen oder sozialbürokratischen Diskursen generiert werden ebenso abzulehnen, wie die Bezugnahme auf (wissenschaftlich) generierte Wissensbestände (der Sozialen Arbeit und sogenannter Bezugsdisziplinen), die orientiert sind an einem traditionellen und somit objektivistischen, naturwissenschaftlichen, entpolitisierten Wissenschaftsverständnis und folglich an technischer Zweckmäßigkeit, und dabei gesellschaftliche Bedingungen, gesellschaftliche Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie Ausschließungsprozesse ausblenden.
Es ist daran zu erinnern, dass Diskurse nicht isoliert verlaufen, sondern sowohl Elemente wissenschaftlicher Diskurse (kontinuierlich) in den Interdiskurs, also die nicht-wissenschaftlichen Diskurse einfließen und umgekehrt. Das Gleiche gilt für die unterschiedlichen wissenschaftlichen Diskurse: auch hier ist in Rechnung zu stellen, dass Elemente einzelner disziplinärer Diskurse in andere disziplinäre Diskurse (beispielsweise in den sozialpädagogischen) einfließen, diese möglicherweise bereichern und ergänzen, oder aber – mit *ihrem* jeweiligen Wissenschafts- und Weltverständnis, mit *ihren* paradigmatischen Grundannahmen, mit *ihrem* spezifischen disziplinären Blick – dominieren oder sogar kolonialisieren.

Mit Blick auf Studiengänge und Praxen Sozialer Arbeit scheint eher von einer Dominanz der diskursiv produzierten Wissensbestände anderer, zumeist naturwissenschaftlich orientierter Disziplinen (Recht, Medizin, Psychologie)[6] oder anderer gesellschaftlicher Bereiche (Politik, Ökonomie, Bürokratie) auszugehen zu sein; eine Dominanz, die resultiert aus einem mangelnden Bezug Sozialer Arbeit auf einen „paradigmatischen Kern", ferner aus einem mangelnden Bezug auf sozialpädagogische sowie sozial- und erziehungswissenschaftliche Wissensbestände und insbesondere Theorie (sofern wir Soziale Arbeit als eine sozial- und erziehungswissenschaftlich orientierte Disziplin und Profession konturieren wollen) sowie aus einem mangelnden Bezug auf einen selbstbestimmten Gegenstandsbereich, der doch unabdingbar ist für eine selbstbestimmtere Formulierung der Funktionen und Aufgaben Sozialer Arbeit.

Was hier deutlich wird und sich als wesentliche Hypothek für die Disziplin und Profession Soziale Arbeit erweist, ist das Fehlen eines, auf einem paradigmatischen Kern sowie auf einem theoretisch konstituierten Gegenstand basierenden und kommunizierbaren sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Selbstverständnisses; ein Selbstverständnis, das – ebenso wie die, dieses Selbstverständnis begründenden paradigmatischen, theoretischen und gegenstandsbezogenen Grundannahmen – als diskursiv konstruiert und somit kontingent und veränderbar verstanden und kontinuierlicher Reflexion, Kritik und gegebenenfalls Veränderung zu unterziehen wäre.

Unter Bezugnahme auf ein solches Selbstverständnis, d.h. auf einen selbstbestimmten paradigmatischen Kern sowie auf einen selbstbestimmten theoretisch konstituierten Gegenstandsbereich wären dann die Bedingungen für eine selbstbestimmtere Formulierung der Funktionen, Aufgaben und Ziele Sozialer Arbeit ebenso gegeben, wie für eine selbstbestimmte Benennung und Bezugnahme auf, sozialarbeiterische und sozialpädagogische Reflexion, Kritik und Handeln orientierende Wissensbestände, die sehr wohl auch aus anderen Disziplinen als der Sozialen Arbeit, der Erziehungswissenschaft/Pädagogik oder den Sozialwissenschaften kommen könnten (dies gilt es zu klären). M.a.W.: Es geht also keineswegs grundsätzlich um eine Verabschiedung von „Bezugsdisziplinen" aus sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Studiengängen[7]. Allerdings haben sich – so-

[6] Vgl. zur Dominanz von Bezugswissenschaften insbesondere an Fachhochschulen Bettinger 2011 und 2012.

[7] Es geht keineswegs um eine Isolierung oder hermetische Abgrenzung Sozialer Arbeit gegenüber anderen Disziplinen. Ganz im Gegenteil scheint die gemeinsame interdisziplinäre Generierung und Bearbeitung von Fragestellungen in Anbetracht gesellschaftlicher Komplexität sowie der gemeinsame Kampf für eine gerechtere und herrschaftsfreie Gesellschaft zwingend. Aber selbst wenn wir davon ausgehen, dass es sich bei der Formulierung von disziplinären Gegenstandsbereichen, Fragestellungen und Aufgabendefinitionen um kontingente Konstrukte handelt, die in jeweiligen disziplinären Kommunikationszusammenhängen entstehen, muss doch – trotz notwendiger Interdisziplinarität – die Frage erlaubt sein, warum „etablierte" Disziplinen und Professionen wie selbstverständlich einen diesbezüglichen Autonomieanspruch für sich reklamieren, diesen jedoch der Sozialen Arbeit nicht nur absprechen, sondern sich darüber hinaus in den sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Kommunikationszusammenhang sowie den Fachbereichen und Studiengängen einnisten, und zwar ohne erkennbares interdisziplinäres Bemühen, geschweige denn ohne sich

fern es sich nicht um gemeinsame interdisziplinäre Projekte bzw. um gemeinsam generierte und interdisziplinär zu beantwortende Fragestellungen handelt – deren VertreterInnen zu orientieren an den paradigmatischen, wissenschaftstheoretischen und gegenstandsbezogenen Grundannahmen, also am Selbstverständnis Sozialer Arbeit (und nicht umgekehrt).
Eine an Kritischer Gesellschaftstheorie und Diskurstheorie orientierte, sich in ihrer Reflexion, Kritik und ihrem Handeln einen selbstbestimmten Gegenstand „Prozesse und Auswirkungen sozialer Ausschließung" zugrundelegende Soziale Arbeit, wird möglicherweise zur Reflexion und Bewältigung der, sich aus ihrem Gegenstand ergebenen Probleme und Aufgaben (den Vorwurf des Eklektizismus seit jeher billigend in Kauf nehmend) in den Wissensbeständen, die von – ebenfalls an Kritischer Gesellschaftstheorie orientierter, und sehr wohl als „Verbündete" im Kampf um eine gerechtere, herrschaftsfreie Gesellschaft anzunehmende – Kritischer Psychologie, Kritischer Kriminologie, Kritischer Pädagogik und Erziehungswissenschaft, Kritischer Medizin usw. produziert und „zur Verfügung gestellt" wurden/werden, relevantes Wissen, Deutungs- und Handlungsmuster finden. Wird hingegen eine kritische Soziale Arbeit, die in ihrer Reflexion und Kritik in Lehre und Praxis Bezug nimmt auf kritische Gesellschaftstheorie und Diskurstheorie sowie auf einen selbstbestimmten Gegenstand (Prozesse und Auswirkungen sozialer Ausschließung) konfrontiert mit der (sich aus gesellschaftlichen oder auch institutionellen Macht- und Herrschaftsverhältnissen ergebenen) Deutungshoheit traditioneller Sozialer Arbeit oder anderer, einem traditionellem Wissenschafts- und Wirklichkeitsverständnis verpflichteten Disziplinen wie Medizin, Recht oder Psychologie, dann bedeutet das für sich kritisch verstehende Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen in der Praxis sicherlich eine intellektuelle und kämpferische Herausforderung; für Lehrende und Studierende Sozialer Arbeit hingegen eine Farce, die Widerspruch und Widerstand geradezu herausfordert. Eine Farce in diesem Zusammenhang ließe sich beispielsweise folgendermaßen skizzieren:

(sofern tatsächlich vorhanden) an den sozialarbeiterischen/ sozialpädagogischen Gegenstandsbeschreibungen bzw. Funktions- und Aufgabenformulieren zu orientieren. Eine mögliche Antwort liefert Maier (2009): „Die Reklamation einer eigenen „Fachdisziplin Soziale Arbeit", die exklusive Zuständigkeit von Absolventen der Studiengänge Sozialarbeit/Sozialpädagogik für diese „Fachdisziplin" [Anführungszeichen im Original] würde jedoch bedeuten, dass neunzig Prozent der knapp neunhundert Professorenstellen in den Fachhochschulstudiengängen Soziale Arbeit aus der Zuordnung zu den Problemen der Sozialen Arbeit entlassen und zurückverwiesen würden auf ihre Herkunftsdisziplin." (2009, S. 20). Nun kann allerdings eine Argumentation nicht wirklich überzeugen, in der die Sorge um Arbeitsplätze für Bezugswissenschaftler in Studiengängen Sozialer Arbeit die größte zu sein scheint. Vielmehr scheint sie bezeichnend für die mangelnde Bereitschaft vieler BezugswissenschaftlerInnen an deutschen Fachhochschulen zu sein, sich mit den berechtigten Anliegen und der Kritik von Vertreter/innen der Sozialen Arbeit an der Dominanz der sogenannten Bezugsdisziplinen zu befassen, - ähnlich bezeichnend, wie die unfreiwillig humoristische Einlage einer Kollegin aus einer der Bezugswissenschaften, die sich selbst aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Fachbereich Soziale Arbeit (trotz fehlender Qualifikation) hochschulöffentlich als „gewachsene Sozialarbeiterin" positionierte.

In sozialpädagogischen Seminaren wird an einem Studiengang für Soziale Arbeit, in Anlehnung an den selbstbestimmten Gegenstand „Prozesse und Auswirkungen Sozialer Ausschließung“ (das gesamte Curriculum basiert und die Seminare sollten auf dieser Gegenstandsformulierung basieren) über die Relevanz von Kriminalisierungsprozessen (als Ausschließungsprozesse) sinniert. In diesem Zusammenhang geraten das Strafrecht als Herrschaftsinstrument in den Blick, ebenso wie Definitionsprozesse, Prozesse der Normgenese, der Normanwendung, der Zuschreibung, der Selektion, ferner Prozesse der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit und von Kriminalität, und es geraten die in Kriminalisierungs-, Selektions- und Stigmatisierungsprozesse involvierten Institutionen und Professionen in den Blick. Diese Themen und Perspektiven motivieren des weiteren (in Anlehnung an Gegenstand und selbstbestimmte Funktions- und Aufgabenformulierung) zu Überlegungen, wie Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen mit Ausschließungs- und Kriminalisierungsprozessen grundsätzlich, aber auch situativ umgehen, und wie sie hingegen Partizipation (Teilhabe und Teilnahme) ermöglichen könnten. Hier können wir also vom Bemühen ausgehen, unter Bezugnahme auf explizit formulierte wissenschaftstheoretische und theoretische Grundannahmen, den sozialpädagogischen Blick und sozialpädagogisches Handeln auf gesellschaftliche Bedingungen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse *und* auf das Individuum (seine/ihre Perspektiven, Deutungen, Bedürfnisse) zu lenken. Zur Farce wird Ausbildung dann, wenn im selben Studiengang – zumeist, aber nicht ausschließlich mit naturwissenschaftlich geschulten „Bezugswissenschaftlern“ – Seminare stattfinden, die sich *nicht* am formulierten Gegenstand orientieren und in der Konsequenz sich auch *nicht* mit Kriminalisierungsprozessen beschäftigen, sondern – gesellschaftliche Bedingungen wie selbstverständlich ausblendend – mit „Kriminalität“ als objektivem Sachverhalt und mit dem „Kriminellen“ als identifizierbarem und sozialpädagogisch bearbeitbarem Objekt. Dass in Seminaren, die sich mit Kriminalisierungs- und Ausschließungsprozessen beschäftigen, ebenfalls andere paradigmatische und theoretische Perspektiven vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden, ist selbstverständlich. Allerdings werden die legitimen Bemühungen um eine selbstbestimmte, solchermaßen gegenstandsbezogene, kritische Soziale Arbeit desavouiert, wenn diese durch Wissensbestände sowie Deutungs- und Handlungsmuster „traditioneller“ Disziplinen in der beschriebenen Weise unterminiert werden.

Der Konturierung eines sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Selbstverständnisses gilt seit geraumer Zeit auch unser Bemühen. (Anhorn/Bettinger 2005; Anhorn/Bettinger/ Stehr 2008; Bettinger 2008) Die paradigmatischen, theoretischen Vorannahmen zugrundelegend, die im Kontext Kritischer Gesellschaftstheorie und Diskurstheorie formuliert wurden, ist für eine kritische Soziale Arbeit zu plädieren, die – in Kontrast zu einer „traditionellen“ Sozialen Arbeit, die an einem objektivistischen, naturwissenschaftlichen, entpolitisierten Wissenschaftsver-

ständnis orientiert ist, und dabei gesellschaftliche Bedingungen, gesellschaftliche Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie Ausschließungsprozesse ausblendet – sich „in Theorie, Praxis und analytischer Kompetenz ihrer gesellschaftstheoretischen und ihrer gesellschaftspolitischen Kontexte wie ihrer professionellen Perspektiven bewusst ist, um substantielle gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu ihrem Thema zu machen“ (Sünker 2000, S. 217), und zwar nicht zuletzt in Anbetracht eines seit Jahren zu konstatierenden tief greifenden Strukturwandels, neoliberaler Zumutungen, systematischer Reproduktion von Ungleichheit, sich verschärfender Ausschließungs- bzw. Ausgrenzungsverhältnisse und Subjektivierungspraxen in Bildungsinstitutionen, die sich als solche der Untertanenproduktion bezeichnen lassen. (vgl. Bettinger 2008)

Gefordert und realisierbar ist eine selbstbestimmtere, politische, reflexive, kritische Soziale Arbeit, die bemüht und in der Lage ist, die Funktions- und Aufgabenzuschreibungen durch Staat, Recht, Politik und Kapital zu reflektieren und sich von diesen zu emanzipieren, und die zudem und kontinuierlich die Bedürfnisse und die Perspektiven der Adressatinnen und Adressaten zur Begründung sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Praxis in Rechnung stellt. Wir haben diesbezüglich einige Bausteine einer Theorie und Praxis kritischer Sozialer Arbeit benannt, die einer reflexiven, selbstbestimmteren Praxis Sozialer Arbeit den Weg ebnen könnten, die hier nochmals in aller Kürze referiert werden sollen:

In Anlehnung an unsere Überlegungen zeichnet sich eine kritische Soziale Arbeit dadurch aus, dass sie – die paradigmatischen, theoretischen Vorannahmen Kritischer Gesellschaftstheorie und Diskurstheorie zugrundelegend – ihren Gegenstand (also das, womit sie es in Reflexion, Kritik und Handeln zu tun hat) eigenständig benennt und sich auf diesen im Kontext der Ausgestaltung der sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Praxis auch tatsächlich bezieht.

Als Gegenstand Sozialer Arbeit betrachten wir *Prozesse und Auswirkungen sozialer Ausschließung*, wobei Soziale Ausschließung als gesellschaftskritisches Konzept zu verstehen ist,– das genutzt werden kann, um soziale Ungleichheiten, Macht- und Herrschaftsverhältnisse in ihren ideologischen Überformungen aufzudecken, in ihren Prozessen und Dynamiken sichtbar zu machen. (vgl. Anhorn/Stehr 2012, S. 57) Bereits dargelegt wurde, dass es im Kontext der Ausschließungslogik um die Teilhabe bzw. das Vorenthalten der Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen geht, wobei soziale Ausschließung sowohl als ein *graduelles* Konzept zu verstehen ist, das unterschiedliche Grade der Ausschließung erfasst, die auf einem Kontinuum angesiedelt sind, das von den unscheinbarsten und subtilsten Formen der Diskriminierung, Diskreditierung und moralischen Degradierung im Alltag, über die Beschneidung und Vorenthaltung von Rechten und Ansprüchen, die zwangsweise Asylierung in totalen Institutionen bis hin zur physischen Vernichtung reichen kann, sowie als ein *relationales* Konzept, da Menschen bzw. Gruppen von Menschen immer im Verhältnis zu anderen Gruppen, Institutionen und der Gesellschaft als Ganzes ausgeschlossen werden.

(vgl. Anhorn 2008, S. 37) Ein solches dynamisch-prozessuales Verständnis von sozialer Ausschließung

„fordert geradezu dazu auf, die Interaktionsprozesse zwischen den Betroffenen und den Repräsentanten und Verwaltern materieller und immaterieller Ressourcen und institutioneller Normalitätserwartungen, ferner die Institutionen, deren Organisationsstrukturen, Verfahrensregeln und Praktiken, die soziale Ausschließung erzeugen sowie die gesellschaftlichen Strukturen, die die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Partizipationschancen systematisch (re-)produzieren, in den Fokus der Analyse zu rücken." (Anhorn a.a.O.)

Richtet sich hingegen die Aufmerksamkeit *nicht* auf den Prozesscharakter von Ausschließung, geraten die gesellschaftlichen Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse ebenso aus dem Blick wie die Agenturen und Institutionen der sozialen Ausschließung. Und: es geht damit die Gefahr einher, strukturelle Phänomene und Probleme zu entpolitisieren und zu individualisieren, d.h. das Problem der Integration auf die Ausgeschlossenen selbst zu verlagern, die es (unter bestimmten Voraussetzungen) wieder in die Gesellschaft zu integrieren gilt, nachdem ihre „Integrationsfähigkeit" wieder hergestellt wurde.
Ein anderer Ansatz wäre, nach den gesellschaftlichen Verhältnissen zu fragen, in die integriert werden soll. Dies bedeutet, die Ursachen, Abstufungen und Formen der Ausgrenzung bis in den Kern der Gesellschaft zurückzuverfolgen. (vgl. Kronauer 2002, S. 47)
Bezug nehmend auf diesen Gegenstand „Prozesse und Auswirkungen sozialer Ausschließung" können als *Funktionen* Sozialer Arbeit u.a. benannt werden: die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit sowie die Ermöglichung sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Partizipation. Zur Realisierung von Teilhabe, Chancengleichheit und Partizipation hat eine sich kritisch verstehende Soziale Arbeit neben der Gewährung von Hilfe und Unterstützung

- Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie die Strategien und Prozesse, die diese Verhältnisse kontinuierlich reproduzieren, zu thematisieren und zu skandalisieren. Denn in Rechnung zu stellen ist, dass die hegemoniale gesellschaftliche Ordnung keine naturgegebene ist, sondern im Zusammenhang von Konflikten, Widersprüchen und Kämpfen konstituiert wird, und in der Folge von historisch spezifischen, interessegeleiteten Formen der (Klassen- und Geschlechter-)Spaltungen, der Ungleichheits- und Ausschließungsverhältnisse, der sozial abgestuften Zugänge zu Macht- und Herrschaftsressourcen bestimmt ist, (Anhorn/Stehr 2012, S. 59)
- sich selbst als politische Akteurin zu begreifen und an der (politischen) Gestaltung des Sozialen mitzuwirken sowie Einmischung in Politik und Mitwir-

kung an der Gestaltung des Sozialen den Bürgern und Bürgerinnen zu ermöglichen;

- Bildungs- und Sozialisationsprozesse zu offerieren, die sich einerseits orientieren an den Prinzipien der Aufklärung und Emanzipation sowie der Ermöglichung von Lebensbewältigungskompetenzen, andererseits an den Bedürfnissen, Wünschen, Interessen sowie Willen der Nutzer und Nutzerinnen sozialpädagogischer bzw. sozialarbeiterischer Angebote;
- Diskurse als herrschaftslegitimierende Techniken der Wirklichkeitsproduktion und somit von gesellschaftlichen Ordnungen in der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen und zu analysieren und in die Arenen einzutreten (und den Bürgerinnen und Bürgern den Eintritt in diese Arenen zu ermöglichen), in denen um die Durchsetzung von Wirklichkeit gekämpft wird.

Diese Aspekte bezüglich einer theoretisch fundierten, gegenstandsbezogenen, selbstbestimmteren, reflexiven und kritischen Sozialen Arbeit sind selbstverständlich kontinuierlich zu reflektieren, zu überprüfen, zu kritisieren und gegebenenfalls zu verändern. Es handelt sich hierbei um Bausteine einer Theorie und Praxis kritischer Sozialer Arbeit, die einerseits Eingang gefunden haben in die Lehre. So basiert das Curriculum des Studiengangs Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt auf diesen und benennt explizit als Gegenstand Sozialer Arbeit „Prozesse und Auswirkungen Sozialer Arbeit“ sowie als Aufgaben und Funktionen „die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit sowie die Ermöglichung sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Partizipation“.
Andererseits orientieren diese theoretischen Überlegungen im wesentlichen die Praxen und Aktivitäten des Bremer Instituts Sozialer Arbeit + Entwicklung sowie insbesondere des Bremer Arbeitskreises kritische Soziale Arbeit (AKS)[8], in dem sich zunehmend mehr Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Arbeitsfeldern, von öffentlichen und freien Träger, aus Hochschulen und Initiativen engagieren.

Subjekt- und Lebensweltorientierung als konzeptioneller Rahmen

Wie könnte eine Soziale Arbeit beschaffen sein, die es mit den neoliberalen und neosozialen Zumutungen, der Ausweitung der Zonen der Gefährdung und des Ausschlusses, der dramatischen Zunahme sozialer Ungleichheit, der Erosion des Sozialen aber auch der diskursiven Konstruktion (hegemonialer) sozialer Wirklichkeiten aufnimmt? Und grundsätzlicher: Was sind die Voraussetzungen für

[8] Im Jahre 2006 konstituierte sich ein bundesweiter Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit (AKS), nicht zuletzt in der Absicht und dem Bemühen um eine theoretisch fundierte, gegenstandsbezogene, politische und kritische Soziale Arbeit. Dessen Intentionen und Aktivitäten werden am Ende dieses Beitrages kurz vorgestellt.

eine autonomere, eine selbstbestimmtere Praxis Sozialer Arbeit, jenseits von Funktionszuschreibungen durch Öffentlichkeit, Bürokratie, Politik und Ökonomie? Und: Wie lassen sich die vorgestellten theoretischen Überlegungen für die sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Praxis konkretisieren?

Es handelt sich hierbei um Fragen, die *grundsätzlich* für sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Praxen, konkreter: für alle sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Arbeitsfelder, ebenso für sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Institutionen, „Dienstleistungen", Projekte, „Settings", Teams immer wieder aufs Neue zu beantworten sind. D.h., dass Überlegungen bezogen auf Gegenstand, Funktionen und Aufgaben Sozialer Arbeit Relevanz für alle sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Arbeitsfelder sowie für die Ausgestaltung sozialpädagogischer Praxen haben sollten. Diese theoretischen Grundannahmen bezüglich Gegenstand, Funktionen und Aufgaben haben sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Praxis – Handeln, Reflexion, Planung, Kritik – zu orientieren; und zwar unter Berücksichtigung der Perspektiven, Wünsche und Interessen sowie der Willen der Nutzer und Nutzerinnen sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Angebote.
Exemplarisch sollen unsere Überlegungen bezüglich einer gegenstandsbezogenen und selbstbestimmteren Sozialen Arbeit im folgenden für das sozialpädagogische Handlungsfeld „Kinder- und Jugendarbeit" konkretisiert und eine mögliche Ausgestaltung kritischer *sozialpädagogischer* Praxis skizziert werden, nicht zuletzt um deutlich zu machen, dass andere (als kontrollierende, ausschließende, disziplinierende) Strategien im Umgang mit jungen Menschen, insbesondere mit ausgegrenzten bzw. von Ausgrenzung oder Ausschließung bedrohten jungen Menschen möglich und nötig sind. Es geht dabei nur zum Einen um die Konturierung sozialpädagogischer Praxis als Antwort auf die „Erosion des Sozialen"; viel grundsätzlicher gelten die Überlegungen einer autonomeren Praxis lebenswelt- und subjektorientierter Kinder- und Jugendarbeit, einer Kinder- und Jugendarbeit, die sozial und erziehungswissenschaftlich ausgewiesen ist, die den aufgeführten (und kontinuierlich zu kritisierenden) Kriterien kritischer Sozialer Arbeit gerecht wird, die über den eigenen institutionellen Tellerrand zu schauen vermag und entsprechend ihre Praxis nicht reduziert auf pädagogische Interaktionen (etwa nach dem Motto: „Jugendarbeit ist Beziehungsarbeit" oder „Jugendarbeit dient der Integration der nachwachsenden Generation in die Gesellschaft"), sondern ihr Wissen und ihre Kompetenzen einzubringen vermag in die Ermöglichung von Bildungsprozessen, in die Gestaltung der Gemeinwesen sowie in Prozesse der Konstruktion von Wirklichkeit. Es geht also um eine Kinder- und Jugendarbeit, die sich an den Perspektiven, den Bedürfnissen, Wünschen, Interessen, aber auch am Willen der Subjekte orientiert; es geht um eine Kinder- und Jugendarbeit, die die Lebenswelten der Subjekte in all ihren Dimensionen berücksichtigt und zur Grund-

lage ihres Handelns macht, und es geht nicht zuletzt um eine Kinder- und Jugendarbeit, die sich prinzipiell als politisch begreift.

Als konzeptioneller Rahmen kritisch-reflexiver sozialpädagogischer Praxis im Handlungsfeld Kinder- und Jugendarbeit wird – in Bezug auf die Arbeiten von Hans Thiersch (vgl. Thiersch 1997 a + b; Thiersch 2002; Thiersch/Grunwald 2004) – das Konzept der Lebensweltorientierung zugrunde gelegt.[9] Nach Thiersch ist für eine Auseinandersetzung mit bzw. eine Rekonstruktion von Lebenswelt deren Verständnis als Schnittstelle von Objektivem und Subjektivem konstitutiv, also von gesellschaftlichen Strukturen und individuell erfahrener Wirklichkeit. Lebenswelt ist also geprägt durch die gesellschaftlichen Strukturen, die bestimmen, wie subjektiv gelebt wird.
Im folgenden soll die Relevanz dieser (subjektiven und objektiven) Dimensionen von Lebenswelt für die sozialpädagogische Praxis verdeutlicht und diese dann um eine dritte (diskursive) Dimension ergänzt werden, wobei die analytische Differenzierung in subjektive, objektive und diskursive Dimensionen nicht zuletzt dazu dient, die Anknüpfungspunkte und -möglichkeiten sozialpädagogischer Praxis differenziert aufzuzeigen; vor allem aber wird mit dem Hinzufügen der diskursiven Dimension dem regelmäßig zu konstatierenden Phänomen (besser: Ärgernis) Rechnung getragen, dass in der Praxis traditioneller Sozialer Arbeit zumeist Objektivationen wie Bedarfe, Normalität, Abweichung, soziale Probleme usw. nicht als diskursiv hergestellt begriffen, sondern als objektiv vorhanden vorausgesetzt und dem sozialpädagogischen Handeln zugrunde gelegt werden; mit den entsprechenden Konsequenzen für die (Lebenswelten der) Adressatinnen. Allerdings ist die Differenzierung dieser Dimensionen tatsächlich nur als eine analytische zu begreifen, d.h. die drei Dimensionen müssen grundsätzlich als wechselseitig aufeinander bezogen verstanden werden. Dies gilt auch für die, regelmäßig zusammengedachte objektive und die diskursive Ebene, die eine komplexe und widersprüchliche, sich aber auch wechselseitig konstituierende und reproduzierende Einheit bilden. Entsprechend der unterschiedlichen Dimensionen müssen – um ein Verstehen von Lebenswelten und adäquate Handlungsstrategien zu ermöglichen – idealerweise auch die Analysen von Lebenswelten mehrdimensional angelegt sein. Hier sind die Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen als Lebenswelt-,

[9] Das Konzept der Lebensweltorientierung kann als „Scharnier“ zwischen (wissenschafts-)theoretischer Verortung und konkretem sozialpädagogischen Handeln gedacht werden. Zudem ist darauf aufmerksam zu machen, dass es für sozialarbeiterische/sozialpädagogische PraktikerInnen nicht darum gehen kann, die vorhergehenden bzw. folgenden theoretisch-konzeptionellen Überlegungen in der jeweils konkreten Praxis „anzuwenden“, sondern diese vielmehr als Folie für die Planung, Realisierung, Reflexion, Kritik und Veränderung sozialpädagogischer Praxis zu verstehen, und zugleich dazu bereit zu sein, die zugrundeliegenden theoretisch-konzeptionellen Maximen sowie diesen wiederum vorausgehenden Kriterien einer Kritik und gegebenenfalls Veränderung zu unterziehen. M.a.W. sind die theoretisch-konzeptionellen Grundannahmen immer wieder aufs neue bezogen auf jeweilige Praxen, Institutionen, Einrichtungen, Projekte, „Settings“, Gruppen und Personen auszubuchstabieren.

Sozialraum- und Diskursanalytiker gefordert, und nicht zuletzt hieraus ergibt sich die Notwendigkeit pädagogischer *und* sozialwissenschaftlicher Kompetenz.

Aber wofür steht der Begriff „Lebensweltorientierung"? Er steht zunächst für eine verstehende und interpretierende Sozialpädagogik, die die Bedeutungs-, Erfahrungs- und Handlungsräume der Subjekte in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Einbindungen berücksichtigt und dem sozialpädagogischen Handeln zugrundelegt. Mit der Fokussierung auf die Lebenswelten der Adressaten rücken diese als sinnhaft handelnde Akteure mit *ihren* subjektiven Deutungsmustern und Handlungsorientierungen, mit ihren Bedürfnissen, Wünschen, Interessen, ihren Willen, mit dem von ihnen erfahrenen Leiden in den Blick.
Auf die, mit der hermeneutischen Hinwendung der Sozialen Arbeit zu den Lebenswelten einhergehenden Gefahren wird regelmäßig und zu Recht hingewiesen. So haben Kunstreich und Lindenberg (2002) die verstehende Vorgehensweise (traditioneller) sozialpädagogischer Praxis dahingehend kritisch beschrieben, dass diese für die Adressaten („die Etikettierten") nützlich sein möchte und daher stets nach dem sozialen Sinn fragt, den die Adressaten in ihren „Handlungen der Schwäche" verbergen, um dann letztlich doch durch resozialisierende, rehabilitierende, unterstützende, an den „Defiziten" der Adressaten orientierte Maßnahmen die Auffälligen und Abweichenden zu normalisieren. Meine Überlegungen bezüglich der hermeneutischen Annäherung an fremde Lebenswelten richten sich hingegen nicht auf die Rekonstruktion subjektiver Weltsichten „abweichender", „delinquenter", „gefährlicher" sozialpädagogischer „Klientel", um die „Ursachen" und Motivationen, die einem beanstandeten Verhalten regelmäßig unterstellt werden, zu verstehen, sondern auf ein grundsätzliches Bemühen der Rekonstruktion subjektiver Weltsichten, um zu verstehen, welchen Sinn (auch) Kinder und Jugendliche mit ihrem Handeln oder Unterlassen verbinden, wie sie die Welt erleben und wo sie Behinderungen einer selbstbestimmten und ausreichend versorgten Existenz erkennen.
Roland Anhorn und Johannes Stehr haben in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hingewiesen, neben der Reflexion und Kritik gesellschaftlicher und institutioneller Ausschließungsprozesse ebenfalls die Handlungsstrategien in den Blick zu nehmen, mittels derer Menschen Ausschließungserfahrungen, Diskreditierungen und institutionelle Behinderungen individuell erleben, bearbeiten und bewältigen. Subjektorientierung bedeutet hiernach, die Eigenaktivitäten und Eigensinnigkeiten der Subjekte als Bearbeitungsformen von gesellschaftlichen oder institutionellen Ausschließungserfahrungen und damit als Teil der Konflikte um gesellschaftliche Positionierungen zu fassen. Ferner fordert ein solcher Perspektivenwechsel Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen dazu auf, Handlungsstrategien der Subjekte nicht als sozialpädagogisch oder therapeutisch zu bearbeitendes „problematisches" Verhalten bzw. als „Devianz" zu be-deuten, sondern als aktive Auseinandersetzungen mit institutionellen Normalitätsanforderungen, ge-

sellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen oder auch mit Ausschließungsprozessen. Entsprechend gilt es, die Subjekte in ihrem Status als Konfliktpartei in den Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Positionierungen wahrzunehmen und sie als „Konfliktsubjekte“ anzuerkennen, die mit ihren Mitteln ihre Interessen und Bedürfnisse formulieren. (Anhorn/Stehr 2012, S. 68f.) *Eine* zentrale Aufgabe in diesem Zusammenhang für eine sich kritisch verstehende Disziplin und Profession Soziale Arbeit ist

„die Bereitstellung von Erkenntnissen und Analyseinstrumenten, derer sich die Gesellschaftsmitglieder zu ihrer eigenen und auch zur gegenseitigen Aufklärung bedienen können. Ziel dieses Aufklärungsprozesses ist somit eine Urteils- und Positionierungsfähigkeit. Letzteres meint auch immer (…) ‘eine Oppositionierungsfähigkeit‘ der Gesellschaftsmitglieder, die Fähigkeit zu einem ‚Gegen-(Ver)Halten‘.“ (Kessl/Maurer 2012, S. 43)

Es handelt sich um eine Perspektive, die zugleich die normativen Wertungen, die Evidenzen sozialer Wirklichkeit, die regelmäßig Grundlage für (sozialpädagogische) Typisierungen, für verdinglichende Zuschreibungen, für „kategoriales Schnell-Sortieren“ von Personen und Handlungen sind, nicht als ontologisch begreift, sondern als soziale Konstrukte, deren gesellschaftliche Relevanz zu kritisieren und deren Generierung zu rekonstruieren sind.
Die Lebenswelt ist der Inbegriff der Wirklichkeit, die individuell erlebt und erfahren wird (vgl. Thiersch 1997a, Thiersch/Grunwald 2004), verweist aber auch auf die gesellschaftliche (nicht zuletzt diskursive) Einbindung des Individuums und damit im Bereich der Sozialen Arbeit auf die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Dimensionen: 1. der subjektiven Dimension 2. der objektiven Dimension sowie 3. der diskursiven Dimension.

Die subjektive Dimension der Lebenswelt

Die subjektive Dimension bezeichnet die subjektive Welt, in der ein Mensch lebt, als eine von jedem Menschen selbst geschaffene, angeeignete, gedeutete und bedeutete subjektive Welt, die der Mensch als Teil seines Alltags erlebt und als fraglos gegeben, als selbstverständlich annimmt. Dazu zählen eigene Einstellungen, Bedürfnisse, Meinungen, Deutungen, Bewertungen (z.B. bezogen darauf, was schön oder hässlich, normal oder abweichend, erstrebenswert oder zu vermeiden ist), dazu zählen aber auch Handlungsmuster und individuelle Bewältigungsstrategien. Diese je subjektiv erlebte und erfahrene Lebenswelt sowie dieser zugrundeliegenden diskursiv produzierten Deutungs- und Sinnstrukturen, die das Individuum für scheinbar natürlich und selbstverständlich erachtet, ist für Andere, also auch für Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen nur schwer einsehbar. Im Bemühen um eine verstehende, rekonstruktive Annäherung an das Subjekt, ist

grundsätzlich in Rechnung zu stellen, dass Diskurse den Subjekten strukturell vorgeordnet sind; ferner die Verwobenheit von Diskurs, Biographie, Subjektivität, Wahrnehmung, Erleben und Artikulation. So ist davon auszugehen, dass Diskurse sowohl die erlebte als auch die erzählte Lebensgeschichte beeinflussen, und es ist davon auszugehen, dass gesellschaftliche und institutionelle Regeln bzw. die Regeln unterschiedlicher Diskurse vorgeben, *was, wie, wann* und in welchen Kontexten thematisiert werden darf und was nicht. (vgl. Spieß 2009; Tuider 2007; Bukow/Spindler 2012) Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang daran, dass Diskurse Macht ausüben, da sie Wissen produzieren und transportieren, das kollektives und individuelles Bewusstsein speist; dass das in Diskursen produzierte und transportierte Wissen Grundlage für individuelles und kollektives Handeln, für Wahrnehmung (und somit für Interpretation), für Be-Deutungen, für Entscheidungen usw. ist. Diskurse sind somit *die* regulierende (aber nicht determinierende) Instanz, die Vorgaben für die Strukturierung und Gestaltung von gesellschaftlicher Ordnung, von gesellschaftlichen (Ungleichheits-)Verhältnissen, von sozialen Beziehungen sowie für die Subjektbildung schafft. Somit fällt – was wir denken, sagen zu wollen – in eine ziemlich vorhersehbare und *eingeschränkte Menge von Parametern* (Mills). Wir sprechen und handeln innerhalb der Grenzen, die im Diskurs festgelegt werden. (vgl. Baberowski 2005, S. 194; Emmerich 2006, S. 75; Mills 2007, S. 75) Diskurse konstituieren die Möglichkeiten der Wirklichkeitswahrnehmung, die *Matrix der Erfahrungen* (Keller). Die individuellen und kollektiven Akteure sind dabei nicht als autonom handelnde Subjekte vorstellbar, denn ihre Aktivitäten entfalten sich innerhalb vorgegebener politischer, ökonomischer und rechtlicher Strukturen sowie der durch Diskurse und Ideologien aufgespannten Kontexte. (vgl. Scherr 2006, S. 145)

So lässt sich erahnen, dass der Prozess des „Verstehens“ ein sehr komplexer und voraussetzungsvoller ist, der nicht nur Reflexionsvermögen erfordert (bezogen auf die Verwobenheit von Diskurs, Biographie, Subjektivität, Wahrnehmung, Erleben und Artikulation), sondern ebenso die Einsicht, dass die rekonstruktive Hinwendung zum Anderen (die rekonstruktive Hinwendung des Sozialpädagogen zum „Adressaten“) die Neuerfindung des Anderen immer mit einschließt (vgl. Bukow/Spindler 2012, S. 276), und zwar regelmäßig unter Bezugnahme auf diskursiv generiertes und institutionalisiertes Deutungs- und Handlungswissen, das Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen mit (sozial-)politisch und institutionell gewünschten Handlungs- und Problemlösungsmustern ausstattet und dabei eine Präformierung des für das Aktionsfeld der Sozialarbeiter spezifischen professionellen Handlungswissens bewirkt. (vgl. Dewe/Otto 1996, S. 48) Diese diskursiv generierte Matrix ist dann wesentliche Bedingung dafür, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen gesellschaftliche Phänomene, Individuen, Gruppen, Gemeinwesen so wahrnehmen, bedeuten und ordnen bzw. kategorisieren, wie es die in den Diskursen generierten Kriterien vorgeben. So kann man sich unschwer vor-

stellen, dass im Kontext der rekonstruktiven Hinwendung zum Subjekt die Interaktionen zwischen Sozialarbeiterin und Adressat „nicht mehr auf gleicher Augenhöhe nach Maßgabe eines hermeneutischen Bündnisses, sondern asymmetrisch verlaufen.“ (Bukow/Spindler 2012, S. 277)

Die Orientierung an der Lebenswelt nimmt also ihren Ausgangspunkt beim Individuum. Die Lebenswelt lässt sich zunächst als eine individuelle verstehen, die aber nicht isoliert analysiert wird, sondern in ihren diskursiven, sozialen, gesellschaftlichen, (sub)kulturellen, räumlichen -Verflechtungen. Das Bestreben sozialpädagogischer Praktiker muss konsequenterweise sein, die Eigenlogik fremder Lebenswelten zu verstehen, um *davon* ausgehend sozialpädagogisches Handeln an der Lebenswelt zu orientieren. *Verstehen* als wesentliches Merkmal einer am Subjekt ausgerichteten Sozialen Arbeit, ist für sozialpädagogisches Handeln in der Kinder- und Jugendarbeit eine unabdingbare Voraussetzung. Entsprechend haben sich die in der Kinder- und Jugendarbeit Tätigen forschend den Adressaten sozialpädagogischen Handelns zu nähern, um so zu einem tiefergehenden Verstehen subjektiver Sinnwelten zu gelangen. Um Sinn und Deutungsmuster rekonstruieren und soziales Handeln verstehen zu können, ist ein Bezug auf das interpretative Paradigma und diesem entsprechende qualitative, ethnographische Forschungsmethoden sinnvoll. Die Anwendung solcher Forschungsmethoden im Rahmen sozialpädagogischer Praxis, lebensweltorientierter Konzeptentwicklung oder im Rahmen von Jugendhilfeplanung ermöglicht eine Erfassung sozialer Phänomene aus der Perspektive interagierender und handelnder Subjekte. Gefragt wird danach, wie die Subjekte, wie das Kind und der Jugendliche ihre Welt sehen, was er oder sie dort erleben, erfahren oder erleiden. Hier setzt die qualitative Forschung an und aus dieser subjektiven Dimension ergibt sich ihre Notwendigkeit. (vgl. Friebertshäuser 2000; Lindner 2000; Jakob/von Wensierski 1997; Schütze 1994)
Pädagogen und Pädagoginnen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, verfügen grundsätzlich über eine gute Ausgangsbasis für eine rekonstruierende, verstehende Annäherung an die Lebenswelten junger Menschen, denn sie erhalten durch ihre Kontakte zu den Kindern und Jugendlichen zahlreiche Informationen aus deren Lebenswelten; Informationen, die allerdings ebenso regelmäßig nur beiläufig oder selektiv wahrgenommen, nicht aber systematisch aufbereitet und reflektiert werden, was zumeist daran liegt, dass sich die Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen selbst als Experten des Sozialraumes und der Lebenswelten begreifen, und auf differenzierte Informationen, die möglicherweise den eigenen Annahmen widersprechen, glauben verzichten zu können. Aber genau hier ist der Ansatzpunkt für die Anwendung qualitativer, ethnographischer Feldforschung. Mit Thomas Wilson gesprochen:

„Da die Handlung des Handelnden aus seinen Wahrnehmungen, seinen Deutungen und seinen Urteilsbildungen heraus entsteht, muss die sich aufbauende Hand-

lungssituation durch die Augen des Handelnden gesehen werden, – müssen die Objekte dieser Situation wahrgenommen werden, wie der Handelnde sie wahrnimmt, – müssen die Bedeutungen dieser Objekte so vermittelt werden, wie sie sich für den Handelnden darstellen, – müssen die Leitlinien des Handelns nachvollzogen werden, wie sie der Handelnde entwickelt." (vgl. Wilson 1973)

Die im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen müssen also zur Grundlage ihres Handelns machen, dass sie *nicht* voraussetzen können, dass ihre – professionsbezogene, häufig aber auch nur alltagstheoretische – Auslegung von Phänomenen, von sozialem Handeln, von Interaktionen mit derjenigen identisch ist, die dem Handeln und Interagieren der Kinder und Jugendlichen zugrunde liegt, denen das sozialpädagogische Bemühen gilt. Hitzler weist in diesem Zusammenhang zu Recht auf eine wesentliche Konsequenz der Anwendung ethnographischer, interpretierender Verfahren hin, dass durch sie nämlich das, auch in der Sozialen Arbeit alltagsübliche kategoriale „Schnell-Sortieren" von (vermeintlich klaren) Sachverhalten problematisiert wird, dass durch ethnographische, interpretierende Verfahren sozusagen reflexive „Schwellen" in Deutungsprozesse eingebaut werden, wodurch eben der Eigen-Sinn des jeweils in Frage stehenden Phänomens zum Vorschein gebracht wird. (vgl. Hitzler 2000, S. 27) Diesbezüglich ist aber auch – und darauf wird noch einzugehen sein – der im sozialpädagogischen Diskurs generierte sozialpädagogische Sinn, die sozialpädagogische Matrix, das diskursiv generierte und institutionalisierte Deutungs- und Handlungswissen zu hinterfragen. Gefragt sind also Methoden, die die subjektive Perspektive der Adressaten als notwendige Voraussetzung für jedes sozialpädagogische Handeln (oder auch Nicht-Handeln) in Rechnung stellen. Es geht letztlich um die Eingrenzung dessen, was Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen überhaupt erkennen können: Denn zum einen ist – unsere bisherigen Überlegungen zugrunde legend – nicht die *eine* Wirklichkeit rekonstruierbar, und zum anderen ist das Verstehen fremder Lebenswelten – wenn überhaupt – immer nur annäherungsweise möglich. Folglich stellt sich auch das Problem der Objektivität im Kontext interpretativen Vorgehens anders als in den Naturwissenschaften, und auch anders als in der, dem normativen Paradigma verpflichteten, traditionellen Sozialen Arbeit, in der Objektivität äquivalent mit *abbildender Beschreibung* ist. Allerdings – und darauf weisen Hans Lenk und Matthias Maring hin – bedeutet das nicht, dass nur Interpretationen existieren. Im Gegenteil, pragmatisch-praktisch sind wir in einer Welt der Handlungen und des Interpretierens auf Realunterstellungen angewiesen. Handeln ist grundsätzlich weltgebunden und interpretatorisch zugleich. (vgl. Lenk/Maring 1997)

Lebensweltorientierte Sozialpädagogik – so Hans Thiersch – insistiert darauf, dass die Menschen in ihrem eigenen Lebenssinn, in ihren eigenen Lebensmöglichkeiten ernst genommen werden, vor allem auch im Anspruch auf Selbstgestaltung

ihrer Lebensverhältnisse. Lebensweltorientierte Sozialpädagogik fordert ein pädagogisches Handeln, das orientiert ist an der Eigensinnigkeit der Adressaten und ihrer Eigensinnigkeit der Problemsicht. (vgl. Thiersch 1993) Der kritische Impuls einer lebensweltorientierten Sozialen Arbeit liege gerade darin, die Unterschiede zwischen den professionellen Deutungen und denen der Adressaten deutlich zu machen und zum Respekt vor den Anderen, den Fremden zu nötigen.

„Das Insistieren auf der Eigensinnigkeit lebensweltlicher Erfahrung der Adressaten ist Versuch und Instrument der Gegenwehr zu den normalisierenden, disziplinierenden, stigmatisierenden und pathologisierenden Erwartungen, die die gesellschaftliche Funktion der Sozialpädagogik seit je zu dominieren drohen." (Thiersch 1993, S. 13)

Und hier – bezogen auf die subjektive Dimension – ist der erste Anknüpfungspunkt für Soziale Arbeit, denn Prozesse des Verstehens, das Bemühen, fremde Lebenswelten kennen zu lernen und zu verstehen ist *Voraussetzung* für sozialpädagogisches Handeln.
Bezogen wieder auf die Kinder- und Jugendarbeit: Kinder, Jugendliche, Heranwachsende setzen sich zu den materiellen, sozialen und diskursiven Kontexten ihrer Lebenspraxis als selbständig handelnde Akteure in Beziehung (sind also keine Marionetten, die bestimmten Faktoren ausgeliefert wären). Dem liegt ein Verständnis von Individuen als Subjekte zugrunde, die sich zu sich selbst und zu ihrer gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit bewusst in Beziehung setzen. Entsprechend ist bei ihnen grundsätzlich von einem Potential auszugehen, selbstbewusste und selbstbestimmtere Akteure ihrer Lebenspraxis zu sein. (vgl. Scherr 1998) Lebensweltorientierte Soziale Arbeit, die sich tatsächlich an den Lebenswelten junger Menschen orientiert, hat die jeweiligen Lebensbedingungen der Subjekte im Blick, um diese insbesondere darauf hin zu untersuchen,

- welche Ermöglichungen und Behinderungen einer selbstbewussten und selbstbestimmteren Lebenspraxis in ihnen eingelassen sind,
- wo und durch wen oder was (Verhältnisse, Institutionen, Beziehungen, Personen) ihnen die Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen vorenthalten wird,
- wo und durch wen oder was ihnen der Zugang zu Institutionen und Angeboten verwehrt wird,
- wo und durch wen oder was ihnen Rechte und Ansprüche beschnitten oder vorenthalten werden,
- wo und durch wen oder was sie im Alltag mit Formen der Diskriminierung, Diskreditierung oder moralischen Degradierung konfrontiert werden.

Es gilt entsprechend auch und gerade für die Soziale Arbeit, die für die Entwicklung von Selbstbewusstsein und selbstbestimmterer Handlungsfähigkeit im Kindes- und Jugendalter förderlichen Bedingungen zu schaffen. Eine so verstandene subjekt- und lebensweltorientierte Soziale Arbeit weist – ohne diese auszuschließen – über Strategien der Lebensbewältigung und über einen Subjektstatus, den ich in Anlehnung an Erhard Meueler als funktionale Subjekthaftigkeit bezeichnen möchte, hinaus. (vgl. Meueler 1998) Diese funktionale Subjekthaftigkeit, so Meueler, die im Dienste der Selbsterhaltung steht, ist Ausgangspunkt der Entwicklung vom *kleinen Ich* zum *großen Ich*[10] – beschreibbar als Subjektentwicklung –, wobei das kleine Ich das instrumentelle, das auf das „Nächste" ausgerichtete, grob lustbezogene subjektive Verlangen sei, mit dem der einzelne in einer nicht als solidarisch konzipierten Gesellschaft sich rein auf sich selbst bezogen zu bestätigen suche. Das kleine Ich setzt alle verfügbare Kraft zur eigenen Selbsterhaltung ein, koste es, was es wolle, nur noch sich selbst im Blick habend, und außer sich nur noch das wahrnehmend, was für sein eigenes Überleben und Wohlleben von Bedeutung ist. Das große Ich enthülle demgegenüber (in Form emanzipatorischer Selbstreflexion) die Blindheit der vereinzelten Individuen als Verblendung, von der befallen die Realität verleugnet werde. (vgl. Meueler 1998, S. 90f.) Eine subjektorientierte, und somit emanzipatorische Selbstreflexion und Subjektentwicklung ermöglichende Soziale Arbeit zeichnet sich – darauf Bezug nehmend – aus durch die Ermöglichung, vorgefundene Abhängigkeiten, unbewusste Handlungsroutinen, Bedürfnisse, (hegemoniale) Deutungs- und Konsummuster zu hinterfragen und gegebenenfalls zu ersetzen, und sie zeichnet sich aus durch die Ermöglichung von Bildungsprozessen in Richtung auf eine selbstbewusste und selbstbestimmtere Lebenspraxis. Es geht um die Ermöglichung *sozialer* Subjektivität, die nicht nur ausgerichtet ist auf Selbstbewusstsein und Selbstbestimmtheit des Individuums, sondern grundsätzlich auf Kommunikation, Kooperation und Solidarität. (vgl. Scherr 1998, S. -154)
Für die Kinder- und Jugendarbeit bedeutet das – und hier wird der Zusammenhang aller drei Dimensionen von Lebenswelt offensichtlich –, die diskursiven, gesellschaftlichen, strukturellen, ökonomischen Bedingungen, denen Kinder und Jugendliche (und ihre Familien) unterliegen, aber ebenso die Normen, Zwänge und Evidenzen zu thematisieren, zu reflektieren, zu kritisieren und gegebenenfalls in Frage zu stellen sowie (grundsätzlich) Widerspruch oder auch Widerstand zu ermöglichen. Dies bedeutet also, jungen Menschen Raum dafür zu geben, sich reflexiv mit diesen gesellschaftlichen Bedingungen als den Bedingungen des eigenen Lebens und möglicherweise Leidens auseinanderzusetzen:

„Jeder Einzelne soll dazu befähigt werden, sein Leben auf der Grundlage einer bewussten Auseinandersetzung mit den vorgegebenen gesellschaftlichen Lebens-

[10] Meueler bezieht sich hier auf Überlegungen Leo Löwenthals, die dieser im Rahmen seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Adorno-Preises formuliert hat (vgl. Meueler 1998, S. 90f.; Löwenthal 1989).

bedingungen selbstbewusst zu gestalten. Gesellschaftliche Verhältnisse (...) können vor diesem Hintergrund daraufhin betrachtet werden, ob und wie sie die Selbstbewusstseinsfähigkeit und die Selbstbestimmungsfähigkeit der vergesellschafteten Individuen ermöglichen und unterstützen oder aber einschränken und behindern." (Scherr 1997, S. 46)

Die Auseinandersetzung mit den jeweils konkreten Lebensbedingungen ist vor dem Hintergrund relevant – und auch darauf weist Albert Scherr hin – dass diese die Subjektivität des Einzelnen ermöglichen, aber eben auch begrenzen. Die Chancen der Subjektwerdung sind darüber hinaus ungleich verteilt, was aber nicht heißt,

„dass mit der Höhe des sozialen Status zugleich die Chancen der Subjektwerdung steigen. Sozial ungleiche Lebensbedingungen können sich jedoch so auswirken, dass Denken und Handeln nur noch darum kreisen, unter den auferlegten Bedingungen materiell, sozial und psychisch zu überleben." (Scherr 1997, S. 50)

Eine bedeutende Aufgabe von Kinder- und Jugendarbeit ist darin zu sehen – so Scherr weiter – Kinder und Jugendliche zur Selbstbestimmung zu befähigen sowie Chancen zur Entwicklung eines aufgeklärten und informierten Selbstbewusstseins zur Verfügung zu stellen. Es geht hier zum einen um das Recht und die Fähigkeit, das eigene Leben bewusster und autonomer zu gestalten, und es geht um die Ermöglichung der Entwicklung von Selbstbewusstsein, als *Bekanntschaft von Subjekten mit sich selbst*, die eine Auseinandersetzung mit den politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen sowie den uns lieb gewordenen Evidenzen impliziert. Die Entwicklung von Selbstbestimmungsfähigkeit und Selbstbewusstsein „ist von dem Wissen abhängig, auf das beim Nachdenken über sich selbst zurückgegriffen werden kann. Es gelingt umso besser, sich selbst zu verstehen, je mehr Wissen individuell verfügbar ist; Wissen, das es erlaubt, die gesellschaftlichen Kontexte zu verstehen, in die man eingebettet ist." (Scherr 1997, S. 56) Im Kontext einer so verstandenen Bildungsarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit wird Bildung als *eine* Dimension im Prozess der Subjektwerdung verstanden, in der u.a. Selbstreflexion und die lernende, eigenaktive Aneignung von Wissen und Kompetenzen, Erfahrungen eigener Stärken und Fähigkeiten, Gegenerfahrungen zu gesellschaftlich zugemuteten Ohnmachtserfahrungen sowie Ausschließungs- und Ausgrenzungsprozessen ermöglicht werden. Dies gilt keineswegs ausschließlich für sozial benachteiligte bzw. von sozialer Ausschließung bedrohte oder betroffene junge Menschen, aber dennoch gerade auch für diejenigen, die im schulischen und/oder beruflichen Bereich – einhergehend mit individualisierenden Schuldzuweisungen – Situationen der Selektion oder der moralischen Diffamierung oder Diskreditierung erfahren.

Wenn die Entwicklung von Selbstbestimmungsfähigkeit und Selbstbewusstsein (auch) von dem Wissen abhängig ist, auf das beim Nachdenken über sich selbst zurückgegriffen werden kann; wenn es um so besser gelingt, sich selbst zu verstehen, je mehr Wissen individuell verfügbar ist und das es erlaubt, die gesellschaftlichen Kontexte zu verstehen, in die man eingebettet ist, dann hat eine reflexive und kritische Soziale Arbeit im Allgemeinen bzw. eine lebenswelt- und subjektorientierte Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen die Aufgabe, alternative Deutungsangebote sowie entsprechendes Wissen zur Verfügung zu stellen, und zwar gerade auch über die alten und neuen Ungleichheiten, über soziale Ausschließungs- und Ausgrenzungsprozesse, über Armut und Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Phänomen, nicht als individuelles Problem, das selbstverschuldet herbeigeführt wird.
Auch in der Kinder- und Jugendarbeit kann die Kardinalfrage aufgeworfen werden,

„in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen: soll es eine Konkurrenzgesellschaft sein, die Leistungsdruck und Arbeitshetze weiter erhöht, Erwerbslose, Alte und Behinderte ausgrenzt sowie Egoismus, Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit eher honoriert, sich jedoch gleichzeitig über den Verfall von Sitte, Anstand und Moral wundert, oder eine soziale Bürgergesellschaft, die Kooperation statt Konkurrenzverhalten, Mitmenschlichkeit und Toleranz statt Gleichgültigkeit und Elitebewusstsein fördert?“ (Butterwegge 2002, S. 100)

Als Gegenprogramm zum vorherrschenden Konkurrenzdenken und zu gesellschaftlichen Prozessen sozialer Ausschließung sowie der Entsolidarisierung als Folge des neoliberalen Wettbewerbswahns, als Gegenprogramm zur Bedrohlichkeit einer selbstzerstörerischen Wirtschaftsgesellschaft, „in der der Markt als die *gesellschaftlich bezwingende Größe* unser Handeln ebenso bestimmt wie unser Fühlen, Denken und Wollen samt allen zugrundeliegenden Einstellungen, Selbstbildern, Deutungsmustern und Bedürfnissen“ (Meueler 1998, S. 51), gilt es das solidarische Miteinander als humane Grundsatzalternative (Butterwegge) neu zu begründen. Das bedeutet für eine, den Subjekten grundsätzlich Solidaritätsfähigkeit unterstellende Kinder- und Jugendarbeit, Wissen zur Verfügung zu stellen, das die vermeintlichen Vorzüge neoliberaler Modernisierung und Leistungsideologie als Mythos zu entlarven hilft, und in der Folge Prozesse des solidarischen Lernens und Handelns möglicher macht.
Ob die Kinder- und Jugendarbeit – oder grundsätzlicher die Soziale Arbeit – tatsächlich zu einem solch umfangreichen und anspruchsvollen Projekt in der Lage sind, kann an dieser Stelle nicht umfassend untersucht werden, darf allerdings – in Anbetracht der regelmäßig zu unterstellenden Theorielosigkeit und Politisierungsresistenz – bezweifelt werden. In den „Vier Versuchen zu einer Theorie“ der Jugendarbeit schrieb Helmut Kentler 1964 von der Jugendarbeit als Institution, die

engagierte, kritische Aufklärung – bezogen auf die Autonomie des Menschen und eine bessere Gesellschaft – anstrebe und die dazu geeignet wäre, „das Wissen vom Besseren“ – bezogen auf die Gesellschaft – wachzuhalten, zu aktivieren und wenigstens teilweise zu verwirklichen, und fragte, ob „unsere Gesellschaft“ überhaupt Institutionen zulasse und selbst schaffe, deren vornehmste Aufgabe darin besteht, Kritik an der Gesellschaft zu üben und sich für die Durchsetzung des Besseren zu engagieren. (vgl. Kentler 1964/1986, S. 39) Eine Frage, die heute noch – auch wenn sie zu verneinen ist – ihre Berechtigung hat, allerdings bezogen auf die sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Praktiker und Praktikerinnen zu kurz greift. Diese sollten sich darüber hinaus die Fragen stellen, 1.) ob sie, die sie im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, überhaupt über ein Wissen vom Besseren verfügen, 2.) ob sie engagierte, kritische Aufklärung in ihren Institutionen überhaupt zulassen (was in Erinnerung des Diktums von Helge Peters, wonach Soziale Arbeit nicht die [ideologische, F.B.] Basis verlassen würde, der sie ihre Existenz verdanke, wohl eher zu verneinen ist), und 3.) wie es (insbesondere mit Blick auf die Involviertheit traditioneller Sozialer Arbeit in dominierende neoliberale bzw. neo-soziale Diskurse) um ihre eigene Mündigkeit und Subjektivität bestellt ist. Denn auch diesbezüglich wies Kentler in seinem Beitrag vollkommen zu Recht darauf hin, dass Voraussetzung für eine emanzipatorische, aufklärerische Jugendarbeit ist, dass die in diesem Bereich tätigen Sozialpädagogen selbst aufgeklärte, mündige Menschen sind, da ansonsten keine Jugendarbeit möglich ist, die mündige Menschen zum Ziel hat. (vgl. Kentler 1964/1986, S. 66f.)

Die objektive Dimension der Lebenswelt

Bezogen auf die objektive Dimension umfasst Lebenswelt die *materielle* Welt, in der (auch) junge Menschen leben. Es ist eine Welt, die sich objektiv erfassen und beschreiben lässt. Dazu gehören u.a. verfügbare ökonomische Ressourcen, die (ungleiche Verteilung von) Lebensressourcen, dazu gehören der Sozialraum und das Gemeinwesen als Orte, in denen der Mensch lebt[11], dazu gehört die soziale und kulturelle Infrastruktur; das (Nicht-)Vorhandensein von Bildungsinstitutionen oder Angeboten und Dienstleistungen der Kinder- und Jugendhilfe, Spielplätze, Jugendzentren, Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote.

[11] Die Begriffe „Lebenswelt“ und „Sozialraum“ werden – gerade in der sozialpädagogischen Praxis – häufig bedeutungsgleich verstanden. Tatsächlich müssen beide aber differenziert werden, weil sie unterschiedliche Zugänge beschreiben: Im Gegensatz zum Begriff der Lebenswelt, die ihren Ausgangspunkt beim Individuum nimmt, vermittelt der Begriff „Sozialraum“ eine infrastrukturelle Vorstellung, bezieht sich auf einen sozialgeografisch abgrenzbaren Lebensraum (z.B. ein Stadtteil). Hingegen ist die individuelle Lebenswelt räumlich flexibel zu begreifen; sie kann sich räumlich ausdifferenzieren in unterschiedliche Regionen, je nach Mobilität eines Individuums. D.h., bei eher geringer Mobilität – wie vor allem bei Kindern – können Lebenswelt und Sozialraum tendenziell stärker in Übereinstimmung stehen. Dennoch: Die Intensität der Überschneidungen zwischen Lebenswelt und Sozialraum ist jeweils im konkreten Fall herauszuarbeiten. (vgl. Merchel 2001, S 369ff. sowie Deinet/Krisch 2002, S. 31ff.)

„Lebenswelt ist also auch geprägt durch die gesellschaftlichen Strukturen, die bestimmen, wie subjektiv gelebt wird. Heutige Lebenswelten sind in elementarer Weise geprägt durch die alten Ungleichheiten zwischen Arm und Reich und die damit einhergehenden Ungleichheiten in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten am Bildungswesen, am Gesundheitswesen, an Arbeitsstellen. Diese Ungleichheiten verschärfen und überlappen sich mit Ungleichheiten der regionalen Verteilung und gehen einher mit Ungleichheiten in Bezug auf die Geschlechtszugehörigkeit, in Bezug auf die Nationalität und nicht zuletzt in Bezug auf die Generationenzugehörigkeit.“ (Thiersch 1997b, S. 19)

Entsprechend habe lebensweltorientierte Soziale Arbeit soziale Gerechtigkeit angesichts heutiger Verhältnisse, vielfältiger Ungleichheiten und Verunsicherungen zu befördern. „Wenn Lebenswelt die Bühne ist, deren Rollen und Vorgaben gesellschaftlich bestimmt sind, kann lebensweltorientierte Soziale Arbeit nur praktiziert werden im Kontext von Sozialpolitik, also von einer Politik, die Verhältnisse und Strukturen analysiert und gestaltet.“ (Thiersch, 1997b, S. 20f.)
In diesem Zusammenhang ist immer wieder daran zu erinnern, dass Kinder- und Jugendhilfe – und somit auch Kinder- und Jugendarbeit – dazu beizutragen hat, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen sowie positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen (§ 1 Abs. 3 SGB VIII). Hier wird Jugendhilfe explizit dazu aufgefordert, sich aktiv an der Gestaltung der Lebensbedingungen junger Menschen – also offensiv (als Querschnittspolitik) – zu beteiligen und den Adressatinnen und Adressaten eine Beteiligung an der Gestaltung des Sozialen zu ermöglichen. Fieseler weist darauf hin, dass die Kinder- und Jugendhilfe auf die Erfüllung aller öffentlicher Aufgaben Einfluss zu nehmen hat, die die Lebenssituation von jungen Menschen beeinflussen. Dazu gehöre, dass sich Kinder- und Jugendhilfe auch intensiv einmische in andere Bereiche wie Stadtentwicklung, Arbeitsmarktpolitik und Wohnungspolitik. Vordringlich sei eine Kinder- und Jugendhilfe, die sich auch nach ernüchternden Erfahrungen immer wieder bemühe, die (strukturellen) Ursachen von Lebensproblemen junger Menschen anzugehen und auf bessere Bedingungen für ihre individuelle und soziale Entwicklung und für die Vermeidung und den Abbau von Benachteiligungen hinzuwirken. (vgl. Fieseler/Schleicher 2004) Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang nochmals darauf, dass es nicht darum gehen kann, sozialarbeiterisches bzw. sozialpädagogisches Handeln ausschließlich und untertänig zu orientieren am normativen, sozialrechtlichen Rahmen des Staates, der doch häufig nur – unter Ordnungsgesichtspunkten – den Handlungsspielraum insbesondere einer reflexiven und kritischen Sozialen Arbeit begrenzt; vielmehr ist zu insistieren auf ein theoretisch zu legitimierendes, gegenstandsbezogenes und somit selbstbestimmteres Selbstverständnis Sozialer Arbeit, das zudem zu orientieren ist an den Perspektiven, an den Bedürfnissen und Willen der Adressatinnen und Adressaten und

darüber hinaus – mit guten Gründen – den vom Staat vorgegebenen Rahmen sehr wohl zu erweitern, zu überschreiten oder gar zu sabotieren vermag. Ein solches Verständnis bezüglich des Umgangs mit Recht steht meines Erachtens *nicht* jenen Überlegungen entgegen, die zunächst bzw. zugleich die (wenigen) – mit den eigenen theoretischen Präferenzen sowie den Bedürfnissen und Perspektiven der Adressatinnen übereinstimmenden – Möglichkeiten und Freiräume zu nutzen beabsichtigen, die ihnen der Gesetzgeber beispielsweise mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz bietet.

So gibt es sehr wohl Ansatzpunkte der Bearbeitung auch in der objektiven Dimension von Lebenswelt, gibt es Möglichkeiten auch im Rahmen von Kinder- und Jugendarbeit, am Ziel, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen und positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen, festzuhalten. So kann Soziale Arbeit zumindest partiell auf die sozialen, kulturellen und individuellen Bedingungen der Möglichkeiten und Fähigkeiten ihrer Adressaten Einfluss nehmen (Otto/Ziegler) und sich als (sozial-)politische Akteurin verstehen. Letztlich – und dies kann als bedeutender, wenn auch mittelbarer Ansatzpunkt sozialpädagogischer Praxis auf der Ebene der objektiven Dimension verstanden werden – ist die Frage zu stellen, so Heinz Sünker, nach den Bedingungen der Möglichkeit von sozialen und kollektiven Lernprozessen zum Zwecke der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse und der Beförderung der Selbsttätigkeit der Subjekte. Grundsätzlich ist eine Soziale Arbeit gefordert, „die sich in Theorie, Praxis und analytischer Kompetenz ihrer gesellschaftstheoretischen und ihrer gesellschaftspolitischen Kontexte wie ihrer professionellen Perspektiven bewusst ist, um substantielle gesellschaftliche Veränderungsprozesse erneut zu ihrem Thema zu machen.“ (Sünker 2000, S. 217)
Ort mittelbaren und unmittelbaren Anknüpfens an eingeschränkte und einschränkende, an ausschließende ökonomische, kulturelle, institutionelle Bedingungen, an alte und neue Ungleichheiten und Benachteiligungen, an der Ermöglichung positiver Lebensbedingungen ist das Gemeinwesen und ist der Sozialraum, als Teil der Lebenswelten der Individuen. Denn gerade der Sozialraum, das Lokale ist der Ort, an dem die Auswirkungen ökonomischer, struktureller, gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge spürbar werden, an dem Menschen stigmatisiert und ausgegrenzt werden, an dem aufgrund fortschreitender räumlicher Segregation Bewohner aus ähnlichen Milieus zusammenleben, auf den wenig mobile Bevölkerungsgruppen (gerade auch Kinder und Jugendliche) am meisten angewiesen sind, an dem aber auch erste gestaltende Handlungsschritte möglich und erfolgversprechend scheinen. (vgl. Munsch 2003, S. 22ff.) Entsprechend müssen sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Bemühungen im Kontext der objektiven Dimension von Lebenswelt sich der Territorialität, also dem Stadtteil, dem Gemeinwesen zuwenden, ohne dabei diese Bemühungen räumlich zu begrenzen: die gesell-

schaftlichen, diskursiven Bedingungen sozialer Ungleichheit, von Benachteiligung und Prozessen sozialer Ausschließung gilt es grundsätzlich – mit dem Ziel der Veränderung – im Blick zu haben. So weist Deinet darauf hin, dass eine subjekt- und lebensweltorientierte sozialräumliche Orientierung der Kinder- und Jugendarbeit prinzipiell die formale, geografische Bedeutung, die mit dem Begriff des Sozialraums regelmäßig assoziiert wird, überschreiten müsse:

„Eine sich so verstehende Kinder- und Jugendarbeit hat (...) das Mandat, sich für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum einzusetzen, mit ihnen gemeinsam und advokatorisch öffentliches politisches Bewusstsein für die Themen von Kindern und Jugendlichen (wieder) herzustellen und sich für die Erhaltung, Schaffung, Revitalisierung und Sicherung öffentlicher Räume zu engagieren“ (Deinet 2002, S. 294),

zumal diese öffentlichen Räume als Orte der Bildung und des informellen Lernens zu verstehen sind. Das Ziel der Verwendung von Verfahren der qualitativen Sozialforschung durch Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen im Kontext sozialraumorientierter Lebensweltanalysen im Rahmen von Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit oder im Rahmen von Jugendhilfeplanung muss daher sein, über die Erhebung harter Daten wie beispielsweise Bestands- und Infrastrukturdaten hinaus, Verständnis dafür zu entwickeln, wie die objektiven Gegebenheiten (auch des Sozialraums) individuell erlebt und gedeutet werden, welche Möglichkeiten oder auch Behinderungen Kinder und Jugendliche erkennen, um in der Konsequenz nicht nur adäquate sozialpädagogische Angebote bzw. Institutionen vorzuhalten, sondern ebenfalls in den diskursiven Arenen auf diese Behinderungen, auf die eingeschränkten und einschränkenden aber auch ausschließenden ökonomischen, kulturellen, institutionellen Bedingungen aufmerksam zu machen und entsprechende Veränderungen zu bewirken.
Einer so verstandenen Sozialraumorientierung im Rahmen von subjekt- und lebensweltorientierter Kinder- und Jugendarbeit – die zum einen nicht missverstanden bzw. funktionalisiert werden darf als „kleinräumige Aktivierungsstrategie“[12], und die andererseits in eine Strategie eingebettet sein muss, die die jeweiligen Sozialräume nicht isoliert betrachtet, sondern als Teil eines ganzen Gemeinwesens, einer Gesamtstadt[13] – genügt m.E. nicht „einfach“ eine *Orientierung* am Sozialraum, sondern ist als anspruchsvolleres, umfassenderes Programm zu formulieren und auszugestalten, dem neben einer Subjekt- und Lebensweltorientierung eine Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip zugrunde liegt, in deren Rahmen

[12] Darauf weisen Otto und Ziegler (2008) zu Recht hin.
[13] Vgl. dazu Häußermann 2003, S. 43.

zumindest folgende, im wesentlichen in Anlehnung an Überlegungen von Michael May[14] formulierte Aspekte berücksichtigt werden sollten:

- Organisierung der Interessen und Bedürfnisse von Problembetroffenen sowie Veränderung der ihnen aufgeherrschten Lebensumstände, um Unterprivilegierungen aufzuheben und eine wahre Demokratisierung zu ermöglichen;
- Orientierung gemeinwesenarbeiterischen Handelns gleichermaßen auf strukturell verursachte Konflikt- und Problemlagen wie auf die autonome Lebenspraxis der Adressaten selbst;
- Aufdeckung der tatsächlichen Ursachen der Probleme in einem gemeinsamen Lern- und Erkundungsprozess mit den Betroffenen in einer Weise, dass sich daraus für sie Änderungsprozesse zur Verbesserung ihrer materiellen und psychischen Lage ergeben können. Es geht um solche Problemlagen, die von den Betroffenen selbst als Einschränkung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten erlebt werden und gerade deshalb für sie zum Anstoß werden können, ihre Situation als Gruppe klarer einzuschätzen und sich die gemeinsamen Interessen zu vergegenwärtigen;
- Herstellung von Öffentlichkeit als eine primäre, an konkrete Erfahrungszusammenhänge der Betroffenen anknüpfende, aber auf kollektiven, gesellschaftlichen Ausdruck ihrer individuellen Interessen und Bedürfnisse gerichtete Kommunikationsform[15], die letztendlich auf eine Aufhebung der privaten Organisationsstruktur von Egoismen zielt;
- Zur Verfügung stellen von Orten und Zeiten, damit sich in einer nicht ausgrenzenden Öffentlichkeit bei den Betroffenen ein übergreifendes politisches Ausdrucksvermögen ausbilden kann.

In diesem Kontext ist Gemeinwesenarbeit als Teil einer Politik des Sozialen zu bestimmen, die sowohl auf strukturell verursachte Konflikt- und Problemlagen, als auch auf die autonomere Lebenspraxis der Individuen hin zu orientieren ist (vgl. Kessl 2003, S. 195), und dabei die Selbstbestimmung[16] aller Adressaten als unabdingbares Leitprinzip verfolgt. Eine so ausgewiesene, grundsätzlich auf alle drei Dimensionen von Lebenswelt bezogene Kinder- und Jugendarbeit wird gemeinsam mit den Adressaten und in Kooperation mit anderen sozialen und Bildungseinrichtungen, um die Verbesserung der Lebensbedingungen gerade auch von jungen Menschen und ihren Familien sowie um eine kinder- und familienfreundliche Umwelt, die es zu erhalten oder zu schaffen gilt, bemüht sein und darüber hinaus – mit dem Ziel, (kommunale) Strukturen und Entwicklungen zu be-

---

[14] Vgl. Hierzu Michael May sowie die Projektgruppe Gemeinwesenarbeit der FH Wiesbaden, in: Widersprüche, 65, September 1997.

[15] Hierbei muss grundsätzlich in Rechnung gestellt werden, dass die Äußerung von Bedürfnissen durch Bewohner mit denen anderer Bewohner konfligieren kann.

[16] Zu den Selbstverständlichkeiten einer an den Prinzipien der Mündigkeit und Selbstbestimmung orientierten Gemeinwesenarbeit gehört die permanente Thematisierung und Reflexion möglicher Asymmetrie im Verhältnis von Sozialpädagogen und Adressaten (vgl. Redaktion Widersprüche, 65, September 1997, S. 4f.).

einflussen – sich einmischen in politische und administrative Entscheidungsprozesse sowie Einmischung, Widerspruch und letztlich Widerstand – im Sinne Adornos – den/r Adressaten ermöglichen.

Die diskursive Dimension

Mit der Relevanz von Diskursen für Gesellschaft, für „das Soziale", für Verhältnisse, für Beziehungen und für Subjektivität haben wir uns bereits ausführlich beschäftigt. So ist nicht nur davon auszugehen, dass sich – im Allgemeinen – der (vermeintliche) Gegenstand Sozialer Arbeit – regelmäßig bezeichnet als „soziale Probleme" – in Diskursen konstituiert, sondern dass durch Diskurse soziale Wirklichkeit hergestellt wird, die für die sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Praxis und somit auch für die Adressatinnen und Adressaten sozialpädagogischer Praxis wesentlich ist. Denn das durch Diskurse transportierte Wissen, das Grundlage kollektiven und individuellen Bewusstseins ist, ist letztlich Basis für soziales Handeln und die Gestaltung von Realität.
Diskurse spiegeln also nicht einfach die gesellschaftliche Wirklichkeit wider; sie sind keine Abbildungen von Realität. Vielmehr entfalten sie ihrerseits eine struktur- und subjektbildende Kraft und konstituieren damit gesellschaftliche Wirklichkeit, indem das in ihnen transportierte durchsetzungsfähige, hegemoniale Wissen soziale Beziehungen (zwischen den Geschlechtern, zwischen Armen und Nicht-Armen, Kriminellen und Nicht-Kriminellen, Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen, Sozialpädagoginnen und Adressaten, kommunalpolitischen Entscheidungsträgern und Sozialarbeitern) definiert, sich in Institutionen materialisiert (Gefängnisse, Sozial- und Jugendämter, Erziehungs- und Sozialisationseinrichtungen), spezifische Politikkonzepte begründet (Implementierung fördernder bzw. fordernder Programme im Kontext des Aktivierenden Sozialstaates oder Strategien der Kriminalprävention bzw. Kriminalitätsbekämpfung im Kontext von „Zero Tolerance") und insofern schließlich prägend in den Alltag der Subjekte und deren Handeln hineinwirkt – und somit auch bezogen ist, sowohl auf die (möglichen) Adressatinnen Sozialer Arbeit, als auch auf die sozialpädagogischen bzw. sozialarbeiterischen Praktiker und Praktikerinnen[17].

[17] Die Relevanz des *sozialpädagogischen* Diskurses für das Alltagshandeln sozialpädagogischer Praktiker und Praktikerinnen hat bereits 1988 Michael Winkler herausgearbeitet. Der Begriff des Diskurses bezeichnet hier das Phänomen, dass die sinnhafte Einheit von Sozialpädagogik nur in einem Kommunikationszusammenhang identifiziert werden kann. Winkler weist darauf hin, dass es einen Denk- und Kommunikationszusammenhang gibt, der durch das Reden über Sozialpädagogik konstituiert wird, und der durch ein Reden in einer „sozialpädagogischen" Sprache bestimmt wird. Hier wird die Bedeutung des Ausdruckes „Sozialpädagogik" und der Sinn von Sozialpädagogik fundiert und gesichert. Für die Teilnehmer an diesem Diskurs – also die Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen – hat deshalb Sozialpädagogik Wirklichkeit, da sie sich des Kommunikationscodes Sozialpädagogik bedienen, um ihre eigene Welt, ihre Aufgaben und ihr Tun zu bestimmen. Die am Diskurs teilnehmenden sozialpädagogischen Sprachhandelnden konstituieren dabei den Kommunikationszusammenhang sowohl aus tradierten „Theorieelementen" bzw. aus den von Politik und Bürokratie generierten Wissensbeständen und Deutungsmustern, ebenfalls aber aus Erfahrungs- und Alltags-

So ist es aus unterschiedlichen Gründen unerlässlich, sich (gerade auch als Sozialpädagoge bzw. Sozialarbeiterin) mit Diskursen und den Konsequenzen für die Lebenswelten der Adressaten Sozialer Arbeit (und den Konsequenzen für das sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Selbstverständnis, den „sozialpädagogischen Blick", die gesellschaftliche Funktion Sozialer Arbeit, die Ausgestaltung sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Praxis) zu beschäftigen[18]: Denn

- Diskurse – beispielsweise der sozialpolitische oder kriminalpolitische - versorgen (auch) Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen mit spezifischen Interpretationsschemata, mit Deutungsmustern, mit Typisierungen von „Problemen" und „Fällen"; Diskurse – auch der sozialpädagogische, in Verbindung mit anderen disziplinären Diskursen bzw. unter Bezugnahme auf den sozialpolitischen oder kriminalpolitischen Diskurs – vermitteln ganz bestimmte Weltbilder, gesellschaftliche (oder auch nur zeitweilig oder regional gültige) Wahrheiten, die die Wirklichkeit zu einer ganz bestimmten (z.B. sozialpädagogischen) Wirklichkeit werden lassen; Diskurse vermitteln ganz bestimmte Weltbilder oder (auch nur zeitweilig oder regional gültige) Wahrheiten, die Individuen zu „Randgruppen", „Abweichlern", „Hilfebedürftigen" oder zu Angehörigen einer „Kultur der Armut" -werden lassen; Diskurse vermitteln ganz bestimmte Weltbilder oder (auch nur zeitweilig oder regional gültige) Wahrheiten, aus denen ganz bestimmte sozialpädagogische und/oder strafrechtliche und/oder psychiatrische Präventions-/Interventions-/Ausschließungs-Modi als selbstverständliche, evidente Optionen des Vorgehens resultieren.
- Darüber hinaus haben die diskursiv generierten und etablierten Deutungsmuster und Interpretationsschemata unmittelbar Konsequenzen nicht nur für das Weltbild und das sozialpädagogische Handeln der in den Kommunikationszusammenhang involvierten Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter, sondern darüber hinaus für die (sozialpädagogisch) typisierten bzw. kategorisierten Adressaten, die möglicherweise die Deutungsangebote der professionellen sozialpädagogischen Helfer oder anderer Ordnungskräfte anerkennen und zur Grundlage eigener Deutungen und eigenen Handelns machen, und möglicherweise dadurch zusätzlich in ihren Optionen eingeschränkt werden und dadurch wiederum das „Bild" von ihnen (als „Versager", „Abweichler",

---

wissen. (vgl. Winkler 1988, S. 23f.) Bezogen auf die Kinder- und Jugendarbeit lassen aber – wie eingangs aufgezeigt – empirische Erkenntnisse darauf schließen, dass „Theorieelemente" im sozialpädagogischen Kommunikationszusammenhang eine eher untergeordnete Rolle spielen, Erfahrungs- und Alltagswissen hingegen (aber auch Elemente anderer Diskurse) den Diskurs Sozialpädagogik und somit auch die sozialpädagogische Praxis dominieren.

[18] Denn genauso, wie die objektive Dimension Einfluss – wenn auch nicht im determinsitischen Sinn – darauf hat, wie subjektiv gelebt wird, gilt dies auch für die diskursive Dimension.

„Defizitäre“, „Gefährdete“, „Gefährliche“, „Hilfebedürftige“ oder Angehörige einer „Kultur der Armut“) bestätigen.

- Letztlich ist es unerlässlich sich als Sozialpädagoge bzw. Sozialarbeiterin mit Diskursen zu beschäftigen, da eben nicht davon auszugehen ist, dass sich der sozialpädagogische Diskurs isoliert oder sogar autonom entwickelt. Diese Annahme resultiert nicht zuletzt aus der eingangs unterstellten Theorielosigkeit der Profession, die einer selbstbestimmteren und gegenstandsbezogenen Praxis entgegensteht. Zudem ist zu unterstellen, dass der sozialarbeiterische/sozialpädagogische Diskurs beeinflusst oder sogar kolonialisiert wird von anderen Diskursen, insbesondere vom Alltagsdiskurs, Politikdiskurs, Mediendiskurs sowie den Diskursen anderer wissenschaftlicher Disziplinen, d.h., dass viele Deutungsangebote und Interpretationsschemata bzw. das im sozialarbeiterischen bzw. sozialarbeiterischen sozialpädagogischen Diskurs transportierte Wissen regelmäßig *nicht* originär sozialpädagogisch bzw. sozialarbeiterisch ist, sondern psychologisch, medizinisch, therapeutisch, ökonomisch, (ordnungs-)politisch oder alltagstheoretisch, also lediglich als „sozialpädagogischer“ Zusammenhang sprachlich konstruiert wird.

So liegt ein wesentlicher Grund für das sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Interesse an Diskursen in dem Umstand begründet, dass auch gesellschaftliche Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnisse sowie Prozesse sozialer Ausschließung über symbolische Praktiken und Kommunikation vermittelt werden. So ist der Kampf um politische Macht (auch im kommunalen Raum) und staatliches Handeln, der Kampf um die Interpretation von Bedürfnissen sowie um die Konstruktion von Bedarfen im Kontext von Jugendhilfeplanung ein Kampf um Deutungsmacht und um die politische, institutionelle und handlungspraktische Durchsetzung dieser Deutungsmacht.
Dies bedeutet für sozialpädagogische Praktiker und Praktikerinnen – beispielsweise im Zusammenhang einer sozialraumorientierten Lebensweltanalyse im Rahmen von Prozessen der Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit oder im Rahmen von Jugendhilfeplanung – die Entstehung des durch Diskurse transportierten Wissens, das Zustandekommen auch nur *zeitweilig gültiger Wahrheiten*, das Grundlage sozialpädagogischen, kollektiven und individuellen Bewusstseins ist, und das Grundlage für Zuschreibungsprozesse und „Fall“- bzw. Bedarfskonstruktionen ist, und somit auch für Diffamierungen, Diskriminierungen, –Ängste, Vermeidungsverhalten, voreilige Typisierungen und für soziales Handeln, dieses Wissen und diese „Wahrheiten“ zu dekonstruieren, infrage zu stellen und gegebenenfalls alternative Deutungen und „Wahrheiten“ in den Diskurs einzubringen.
Eine solche kontinuierliche Auseinandersetzung mit vertrauenswürdigem, als sicher unterstelltem Wissen muss m.E. insbesondere im Rahmen von Prozessen der (sozialraum- und lebensweltorientierten) Konzeptentwicklung sowie im Rahmen von Prozessen der Jugendhilfeplanung stattfinden. Gerade im Kontext von Pla-

nungsprozessen – sofern diese überhaupt stattfinden – haben es Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen regelmäßig mit (Politik-)Bereichen und Diskursen zu tun, in und mit denen der Kampf um politische Macht und staatliches Handeln als ein Kampf um Deutungsmacht und um die politische, institutionelle und handlungspraktische Durchsetzung dieser Deutungsmacht stattfindet; dies insbesondere im Kontext von Bedürfnisinterpretationen und Bedarfskonstruktionen, die wiederum Auswirkungen auf die Lebenswelten potentieller Adressaten haben.

Exkurs: Jugendhilfeplanung als diskursiver und politischer Prozess

Bezogen auf Prozesse der Jugendhilfeplanung ist abermals darauf hinzuweisen, dass es in diesem Kontext nicht darum gehen soll und auch nicht darum gehen kann, sozialarbeiterisches bzw. sozialpädagogisches Handeln ausschließlich und untertänig am normativen, sozialrechtlichen Rahmen des Staates zu orientieren und somit an staatlichen Vorgaben bezüglich gesellschaftlicher Ordnung und Normalität. Vielmehr bietet – wie zu zeigen sein wird – ein kritisches, partizipatorisches Verständnis von Planung sehr wohl die Möglichkeit der Verabschiedung eines rein technologischen, ordnungspolitisch konturierten Verständnisses von „Jugendhilfeplanung als Steuerungsinstrument", und zugleich *eine* (!) Möglichkeit der Orientierung und Ausgestaltung sozialpädagogischer Angebote an den Bedürfnissen, Perspektiven und Willen der Bürger und Bürgerinnen sowie umfassender deren Beteiligung an der Gestaltung des Sozialen.

Was aber nun ist unter „Jugendhilfeplanung" zu verstehen? Zentrale Aufgabe der Jugendhilfeplanung ist die Ermittlung von Bedarfen, und zwar unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und Personensorgeberechtigten (§ 80 Abs.1 Nr.2 SGB VIII). D.h., Jugendhilfeplanung hat den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen und ihrer Familien Rechnung zu tragen. Allerdings greift die sowohl in der Kinder- und Jugendarbeit, als auch in kommunalpolitischen und bürokratischen Kontexten noch weit verbreitete Vorstellung von Jugendhilfeplanung bzw. von Bedarfsermittlung als rein technokratisch zu verstehender Prozess oder als „Methode der Sozialen Arbeit" bedeutend zu kurz und wird daher regelmäßig in der wissenschaftlichen Diskussion vollkommen zu Recht als „Herrschaftsinstrument" kritisiert.
Einem kritischen Verständnis von Planung folgend ist Jugendhilfeplanung – und hier insbesondere die Ermittlung der Bedarfe – als ein diskursiver, höchst konflikthaft verlaufender Prozess zu begreifen, indem unterschiedliche, insbesondere auch fiskalische Interessen, aber auch Bestandserhaltungsinteressen unterschiedlicher Akteure (sozialpädagogisches Personal, Träger, kommunalpolitische Entscheidungsträger und zuweilen Betroffene) aufeinander prallen.
Für ein Verständnis dieser konflikthaften Auseinandersetzungen um die Bestimmung von Bedarf ist zunächst eine Unterscheidung der Begriffe „Bedarf" und

„Bedürfnis“ notwendig, zumal „der Begriff *Bedarf* ein unbestimmter Rechtsbegriff ist, der zu konkretisieren ist. Er wird vom Gesetzgeber nicht gleichgesetzt mit dem Begriff *Bedürfnis.*“ (vgl. Häbel 1998, S. 56) Auch wenn der Auftrag der Bedarfsermittlung ein *fachlicher* ist, also mit der Bedarfsermittlung die Hoffnung einhergeht, einen *fachlich* notwendigen Bedarf „festzustellen“, so kann doch angenommen werden, dass es sich bei einem Bedarf in der Planung um das Ergebnis eines *politischen* Aushandlungsprozesses über die Gestaltung des Sozialen handelt (vgl. Fieseler/Schleicher 2004; Jordan/Schone 1998, S. 184; Gläss/Herrmann 1994, S. 130.), also um ein Konstrukt, und nicht um etwas, das es lediglich – in einem positivistischen Sinn – zu identifizieren bzw. „festzustellen“ gilt. Auf den Punkt bringt Merchel diesen Sachverhalt, wenn er formuliert, Bedarf sei „die politische Verarbeitung von Bedürfnissen; es ist die Eingrenzung von Bedürfnissen auf das aufgrund politischer Entscheidungen für erforderlich und gleichzeitig machbar Gehaltene.“ (Merchel zit. n. Gläss/Herrmann 1997, S. 131)
Was aber sind Bedürfnisse? Bedürfnisse bezeichnen das, was Individuen brauchen, um eine vollkommene Existenz als Mensch zu führen. Dies umfasse mehr als Nahrung, ein Dach über dem Kopf, Sicherheit für Leib und Leben u.ä. In allen Bedürfnistheorien – und darauf wird in der Kommentierung zum SGB VIII von Fieseler/Schleicher hingewiesen – gelten eben auch Persönlichkeitsentwicklung, Selbstverwirklichung und Identität als menschliche Bedürfnisse.
Herrmann nimmt darüber hinaus eine Differenzierung vor und identifiziert zwei verschiedene Typen von Bedürfnisdefinitionen, die m.E. beide im Kontext von Jugendhilfeplanung relevant und zu berücksichtigen sind: Die eine Definition erklärt Bedürfnisse *subjektiv* aus dem Erleben des Individuums und bezeichnet ein Bedürfnis als subjektives Gefühl eines Mangels mit dem Streben, diesen zu beseitigen (während *Wünsche* nicht auf einem Gefühl des Mangels, sondern auf Idealen bzw. lebensgeschichtlich geprägten Leitvorstellungen beruhen). Die andere Definition hingegen geht *objektivierend* vor und versucht Bedürfnisse aus individuellen und gesellschaftlichen Erfordernissen zu begründen, wobei hier ein bestimmter Zweck, auf den das Brauchen bezogen ist, als Wert vorausgesetzt wird. Zu solchen objektivierten Bedürfnissen gehören m.E. aus einer fachlichen, sozialpädagogischen Perspektive die Entwicklung der Persönlichkeit, gehören Selbstbestimmung, Mündigkeit und Anerkennung. Bezüglich der Konstruktion von Bedarf im Kontext von Jugendhilfeplanung hat sich der Bedürfnisbegriff m.E. mindestens zu orientieren

- an der menschlichen Entwicklung und der je erforderlichen Erziehung,
- am wachsenden Bedürfnis junger Menschen zu selbständigem Handeln,
- an der Befähigung zur Selbstbestimmung und entsprechenden Bildungsangeboten, die an der Entwicklung von Subjektivität ausgerichtet sind,
- an den sozialen, kulturellen und geschlechtsspezifischen Bedürfnissen und Eigenarten junger Menschen,

- an der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen,
- am Abbau von Benachteiligungen und Ungleichheiten entlang der Trennlinie von Klasse, Geschlecht, Rasse, Ethnizität und Alter,
- am Erhalt bzw. der Schaffung positiver Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie an einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt[19]

sowie aus einer subjektorientierten Perspektive

- am Erleben und Erleiden der Subjekte.

So sollte ein umfassendes Wissen über die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen junger Menschen in Bezug auf deren konkrete Lebenslagen in die Bedarfskonstruktion mit einfließen.

Ob sich die Ausgestaltung des Bedürfnisbegriffes in der Praxis der Jugendhilfeplanung tatsächlich an der Entwicklung junger Menschen (zu selbstbestimmten und selbstbewussten Persönlichkeiten), an den jeweiligen Lebenslagen bzw. Lebenswelten junger Menschen, an von ihnen artikulierten Wünschen, Bedürfnissen und Interessen orientiert, darf allerdings bezweifelt werden. Die regelmäßige Befragung junger Menschen bezüglich eigener Wünsche, Bedürfnisse und Interessen, bezüglich eigenen Erlebens, eigenen Leidens, bezüglich eigener Deutungen; die Beteiligung junger Menschen an sie betreffenden Entscheidungen bzw. an der Gestaltung des Sozialen; die Ermöglichung von Subjektivität, von Solidaritätsfähigkeit; die Gewährleistung von Bildungsprozessen in Richtung einer selbstbewussten und selbstbestimmteren Lebenspraxis – all diese Aspekte sind den Teilnehmern am Kommunikationszusammenhang Soziale Arbeit sowie anderen Planungsbeteiligten möglicherweise bekannt, kommen aber regelmäßig über den Status rhetorischer Floskeln nicht hinaus. Im Prozess der Bedarfskonstruktion[20] spielen diese fachlichen, theoretisch fundierten Aspekte nur eine untergeordnete Rolle. Bedarfsorientierte Jugendhilfeplanung geht zwar davon aus, dass das Ergebnis (Bedarf) im politischen Prozess der Interpretation von Lebenslagen einschließlich der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen eine „Bedarfsinterpretation" ist. Kennzeichnend für diesen Prozess ist aber, dass er diskursiv von der (differenten) Deutungsmacht Prozessbeteiligter geprägt wird (vgl. Fieseler/Schleicher 2004), durch die eine ganz bestimmte Wirklichkeit hergestellt wird. Entsprechend ist „Planung als Teil einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu sehen, die

[19] Vgl. hierzu §§ 1, 9 und 11 KJHG.

[20] Ich plädiere dafür, im Kontext von Jugendhilfeplanung auf die Verwendung des Begriffs der „Bedarfsermittlung" zu verzichten. Er ist völlig verfehlt und in der Konsequenz abzulehnen. Er suggeriert, Bedarf könne in einem technologischen, quasi naturwissenschaftlichen Verfahren objektiv festgestellt – ermittelt – werden. Aus dem Blick gerät dabei völlig der politische und konfliktreiche Prozess des kommunikativen Aushandelns bzw. der Versuch der Durchsetzung von Trägerinteressen, Bestandserhaltungsinteressen, ideologischen und parteipolitischen Präferenzen, und zwar zu Lasten fachlicher Standards bzw. der Bedürfnisse, Wünsche und Interessen junger Menschen und der Personensorgeberechtigten.

von den selben Machtstrukturen durchzogen ist, wie die Gesellschaft selbst." (Stauber 1995, S. 57)
Von herausragendem Interesse hierbei ist – aus diskurstheoretischer Perspektive – die „Ermittlung" und Interpretation von Bedürfnissen sowie deren Relevanz bei der Konstruktion von Bedarfen (und somit von Wirklichkeit). Denn Planung wird hier nicht als technologischer Prozess verstanden, sondern als

„Teil der gesellschaftlichen Definitionsprozesse, mit denen soziokulturelle Bedeutungen festgelegt, normalisiert, definiert, aber auch wieder in Frage gestellt werden können – als Teil also der Kämpfe um kulturelle Hegemonie (...), d.h. um die Macht, soziale Bedürfnisse verbindlich zu definieren und Interpretationen sozialer Verhältnisse zu legitimieren." (Fraser 1994, S. 16f.; Stauber 1995, S. 57)
Und diese Interpretationen sozialer Verhältnisse, diese Konstruktionen sozialer Wirklichkeit im Rahmen von Jugendhilfeplanung, im Rahmen letztlich der Ausgestaltung kommunaler Sozialpolitik, haben wiederum für die Praktiker und Praktikerinnen, vor allem aber für die Lebenswelten der Adressaten Sozialer Arbeit Konsequenzen, und zwar entsprechend der jeweiligen Interpretationen und Konstruktionen der an den Planungsprozessen beteiligten definitionsmächtigen Akteure, die regelmäßig eben nicht die konkreten Lebenswelten, die Bedürfnisse, Wünsche und Interessen der Adressatinnen bei der Ausgestaltung der Jugendhilfeangebote im Blick haben, sondern konjunkturelle Themen und parteipolitische und/oder ideologische Präferenzen, die – in Anbetracht reduzierter finanzieller Budgets – vor allem kostengünstig und in bestimmte sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Angebote übersetzbar sein müssen.
Den Blick von den (vermeintlich „objektiven", lediglich zu identifizierenden) Bedürfnissen hin zu den gesellschaftlichen *Interpretationen* von Bedürfnissen hat insbesondere Nancy Fraser geschärft und darauf hingewiesen, dass es im Kontext von Bedürfnispolitik nicht nur darum geht, ob bestimmte vordefinierte Bedürfnisse erfüllt werden sollen oder nicht, sondern dass vielmehr – und dies gilt eben auch für den Bereich der kommunalen Sozialpolitik – die Aufmerksamkeit zu richten ist 1.) auf die interpretative Dimension der Bedürfnispolitik, also die Tatsache, dass nicht bloß Befriedigungen von Bedürfnissen, sondern *Bedürfnisinterpretationen* politisch umstritten sind, 2.) darauf, dass es ein Politikum ist, *wem* es gelingt, maßgebende dichte Definitionen menschlicher Bedürfnisse zu etablieren (oder dichte Definitionen menschlicher Bedürfnisse zu verhindern), 3.) auf die Frage, ob diese Formen des öffentlichen Diskurses zum Vorteil der Selbstdeutungen und Interessen der herrschenden sozialen Gruppen verzerrt sind und sich so zum Nachteil untergeordneter oder oppositioneller Gruppen auswirken und 4.) auf wichtige politische Fragen wie: Wo in der Gesellschaft, in welchen Institutionen werden die maßgebenden Bedürfnisinterpretationen entwickelt? Welcher Art sind die geltenden sozialen Beziehungen unter den Gesprächspartnern. (vgl. Fraser 1994, S. 253)

Fraser begreift Bedürfnispolitik als einen Zusammenhang von drei, analytisch zu unterscheidenden, aber praktisch verbundenen Momenten:

„Der erste Moment ist der Kampf darum, den politischen Status eines gegebenen Bedürfnisses (als Thema) zu etablieren oder zu verweigern, der Kampf, das Bedürfnis als eine Angelegenheit des legitimen politischen Interesses zu bestätigen, oder es als eine unpolitische Materie zu einer Enklave zu machen. Das zweite Moment ist der Kampf um die Interpretation des Bedürfnisses, der Kampf um die Macht, es zu definieren und so auch festzulegen, wodurch es zu befriedigen ist. Das dritte Moment ist der Kampf um die Befriedigung des Bedürfnisses, der Kampf darum, die Versorgung zu sichern oder zu verweigern." (Fraser 1994, S. 253f.)

Mit Blick auf Merchels bereits vorgestellte Definition, wonach Bedarf die politische Verarbeitung von Bedürfnissen bzw. die Eingrenzung von Bedürfnissen auf das aufgrund politischer Entscheidungen für erforderlich und gleichzeitig machbar Gehaltene ist, erschließt sich unmittelbar die Relevanz der kritischen Überprüfung des Prozesses der Bedürfnisinterpretation durch die sozialpädagogischen Praktiker und Praktikerinnen. Bezogen auf die Bedürfnisinterpretation sowie auf die Entscheidung über die zur Befriedigung eines Bedarfs *notwendigen* Vorhaben ist die Bedeutung dieser drei Momente hervorzuheben, denn

„in der Frage der Schwerpunktsetzung bzw. Auswahl von Planungsthemen sowie der politischen Konjunktur sozialer Tatbestände und Probleme finden wir das erste Moment der *Politik der Bedürfnisinterpretation*, das Problem der gesellschaftlichen Anerkennung der Relevanz einer Fragestellung. In der Frage der planerischen Bedarfsfestlegung geht es im Grunde um das zweite Moment, die Macht, Bedürfnisse und Bedarf zu definieren und somit die Grundrichtung der *Versorgungsfrage* festzulegen. (...) In der Versorgungsfrage (drittes Moment) geht es nach Fraser um die *Übersetzung* politisierter Bedürfnisse in verwaltbare Bedürfnisse und administrative Maßnahmen." (Herrmann 1998, S. 42f.)

Fraser weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass spätkapitalistische Gesellschaften „durch soziale Gruppen, die in Bezug auf Status, Macht und den Zugang zu Ressourcen ungleich sind, stratifiziert und differenziert und von allgegenwärtigen Dimensionen der Ungleichheit entlang der Trennlinien von Klasse, Geschlecht, Rasse, Ethnizität und Alter durchzogen sind." (Fraser 1994, S. 255) Zu diesen Ressourcen zählen auch diskursive (soziokulturelle Mittel der Interpretation und Kommunikation), die den Mitgliedern einer Gesellschaft in unterschiedlicher Weise zur Verfügung stehen. Ferner ist das Reden über Bedürfnisse in *diskursiven Arenen* – wie den Medien, Parlamenten, Jugendhilfeausschüssen – institutionalisiert.

„Andere Formen des Redens über Bedürfnisse sind als subkulturelle Soziolekte in Enklaven eingeschlossen und normalerweise aus den zentralen diskursiven Arenen ausgeschlossen. (...) Aus dieser Perspektive erscheint die auf Bedürfnisse zentrierte Rede als ein Kampfplatz, auf dem Gruppen mit ungleichen diskursiven (und nicht-diskursiven) Ressourcen konkurrieren, um ihre jeweiligen Interpretationen legitimer sozialer Bedürfnisse als hegemoniale Interpretationen zu etablieren.“ (Fraser 1994, S. 256)

Alternativ hierzu muss *eine* (!) Aufgabe der in der sozialpädagogischen Praxis Tätigen sein, „über bestimmte partizipatorische Planungsmodelle bewusst auf die Verteilung diskursiver Ressourcen Einfluss zu nehmen – z.B. Foren für die Artikulation bislang ungehörter, übergangener, ausgegrenzter Diskurse zu schaffen“ (Stauber 1995, S. 58), darüber hinaus aber auch bisher ausgeschlossenen Formen des Redens über Bedürfnisse Zugang in die diskursiven Arenen zu ermöglichen, die regelmäßig dominiert werden von den „Experten“ der (Jugendhilfe-)Verwaltung und der (Sozial-)Politik. Gegenstand des Redens in diesen diskursiven Arenen sollten dann aber keineswegs ausschließlich Bedürfnisse sein (vor allen Dingen nicht, ohne die „alten“ Ungleichheiten bezüglich der Verteilung diskursiver und nicht-diskursiver Ressourcen entlang der von Fraser benannten Trennlinien von Klasse, Geschlecht, Rasse, Ethnizität und Alter zu thematisieren), sondern ebenso die (kommunal)politischen Kämpfe um Etablierung/Verweigerung bestimmter Bedürfnisse/Themen, die Kämpfe um die Interpretation von Bedürfnissen bzw. die Kämpfe um die Macht, Bedürfnisse zu definieren und so festzulegen, wodurch sie und von wem sie zu befriedigen sind. Denn im Kontext der Bedürfnisinterpretationen, der Bedarfskonstruktionen und Klärung der Versorgungsfrage geht es immer

„um ganz grundsätzliche, jedoch kaum offengelegte Konflikte: z.B. darum, dass das allgemeine wohlfahrtspolitische Rückzugsklima die einzelnen Institutionen Sozialer Arbeit unter einen enormen Rechtfertigungsdruck setzt; dass nicht mehr offen diskutiert wird, woher dieser Druck kommt und wie ihm politisch zu begegnen ist, statt dessen diese sozialpolitische Zumutung hingenommen und auf einzelinstitutionelle Selbsterhaltung gesetzt wird. Diese Strategie blockiert automatisch die Einsicht und das Engagement in Planung – weil es dann eher angesagt ist, die Unverzichtbarkeit der eigenen Institution und der eigenen Stelle unter Beweis zu stellen, statt in Planungskreisen gemeinsame Strategien zu entwickeln.“ (Stauber 1995, S. 66)

Ausblick

"Die Aufgabe der Sozialarbeit besteht darin, die von der gewünschten Normalität abweichenden Verhaltensformen und Zuständlichkeiten ihrer Handlungsadressaten an die gewünschte Normalität anzupassen" konstatierte Helge Peters bereits 1973 und machte darüber hinaus auf einen Mangel sozialarbeiterischer Praxis aufmerksam, der m. E. nach wie vor kennzeichnend für die Soziale Arbeit ist, dass nämlich wissenschaftliches Wissen bzw. wissenschaftliche Theorien, die die allgemeinen, gesellschaftlichen Bedingungen eines Problems gegenüber seiner Einzigartigkeit betonen, im Kontext sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Praxis – und das heißt im Kontext sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Reflexion, Planung, Intervention und Interaktion – regelmäßig keine Rolle zu spielen scheint. Versuche die strukturellen, diskursiven, gesellschaftlichen Hintergründe dieser Probleme aufzuhellen, Begriffe zur Kennzeichnung struktureller Bedingungen findet man nicht. (vgl. Peters 1973, S. 104ff.) – Trotz jahrzehntelanger Bemühungen – jenseits der Diskussionen um „Verwaltungsmodernisierung“, „Qualitätsentwicklung“ oder „Wirksamkeitsdialoge“ – um eine Professionalisierung, Autonomisierung oder gar Politisierung Sozialer Arbeit scheint auch bzw. gerade heute die Relevanz wissenschaftlichen Wissens als unabdingbare Voraussetzung und Grundlage für eine reflexive, selbstbestimmtere und kritische Soziale Arbeit nicht zur Kenntnis genommen zu werden, - mit weit reichenden Konsequenzen einerseits für die Profession und ihren Status, andererseits für die Adressaten und Adressatinnen sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Handelns. (vgl. Anhorn/Bettinger 2002)

Studierende und Praktiker/Praktikerinnen der Sozialen Arbeit (aber auch Dozenten und Dozentinnen) orientieren sich nach wie vor überwiegend an altruistischen und technologischen Konzepten und Methoden Sozialer Arbeit und versuchen so den Erwartungen politischer bzw. bürokratischer Entscheidungsträger und Geldgeber sowie den Erwartungen des „Marktes“ – einhergehend mit Allzuständigkeits- und Omnipotenzphantasien – gerecht zu werden; Erwartungen bezüglich der Identifizierung und in der Folge der Bewältigung "sozialer Probleme" oder der „Integration“, „Resozialisierung“ oder „Aktivierung“ identifizierbarer „Problemgruppen“. Das Interesse gilt also regelmäßig der Bewältigung einer „konkreten“, der Sozialen Arbeit vorgegebenen, „Wirklichkeit“ unter Bezugnahme auf von Bürokratie und Politik generiertem Deutungs- und Handlungswissen, auf – mit diesem scheinbar kompatiblen – Wissensbeständen, die von den naturwissenschaftlich orientierten Bezugsdisziplinen zur Verfügung gestellt werden sowie auf alltagstheoretisches Wissen und Erfahrungen und letztlich: unter Ausschluss – von kritischen Wissenschaften generierten – wissenschaftlicher Wissensbestände und Deutungsangebote.

Die Auseinandersetzung mit, erst recht die Generierung wissenschaftlichen Wissens scheint den "Reflexionseliten" (Scherr/Bommes) vorbehalten oder überlassen, während das Potential wissenschaftlichen Wissens zur „Lösung von Problemen“ bzw. zur Gestaltung von professionellen Handlungszusammenhängen von den in den unterschiedlichen Praxisfeldern tätigen Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen regelmäßig dahingehend gedeutet wird, wissenschaftliches Wissen könne operationalisiert und in eine konkrete sozialarbeiterische Praxis transformiert werden, also unmittelbar zur Anwendung gelangen. Hierbei handelt es sich allerdings um eine Fehleinschätzung, die einmal mehr aus der Hoffnung einerseits technischer Beherrschbarkeit sozialer Zusammenhänge und daraus folgend andererseits der Hoffnung auf Reduktion von Komplexität resultiert:

"Eine in diesem Sinne `technische Verwendung´ theoretischer Einsichten und Ergebnisse würde bedeuten, dass praktisch Handelnde ihre Entscheidungsregeln für sozialpädagogische Probleme ‚blind‘ aus wissenschaftlichen Theorien bezögen bzw. dass Berufspraktiker im pädagogischen Geschehen Handlungsstrategien unmittelbar aus theoretischen Aussagen ableiten könnten. Dies wäre jedoch gleichbedeutend mit dem Verzicht auf sinnhaftes Handeln." (Dewe/Otto 1996, S. 125)

Hingegen ist wissenschaftliches Wissen – insbesondere die von kritischen Wissenschaften generierten Theorien, Wissensbestände und Deutungsangebote – zentrales Merkmal, besser: Voraussetzung einer reflexiven, kritischen Sozialen Arbeit. Gerade Theorien der Sozialen Arbeit waren und sind nicht primär daran orientiert, Grundlagen für die erfolgreiche Gestaltung beruflichen Handelns bereit zu stellen, sondern Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen zu einer gesellschaftstheoretisch fundierten Reflexion der Bedingungen und Folgen ihres Handelns anzuregen. (vgl. Scherr 2006, S. 139) Zu fordern ist eine Haltung „radikaler Reflexivität“, die die gesellschaftlichen Grenzen und Begrenzungen kontinuierlich fokussiert, aber auch die Begrenztheit Sozialer Arbeit selbst und die durch sie vorgenommenen (erneuten) Begrenzungen. So wäre

„‘Soziale Arbeit als Grenzbearbeitung‘ Teil eines kritischen Projektes, wenn sie die angesprochenen Grenzen, als Begrenzungen der Lebensmöglichkeiten sowie der Chancen in Bezug auf Teilhabe und Zugehörigkeit, in Bezug auf den Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen (wie etwa Sorge, Anerkennung, Wertschätzung, Repräsentation) so bearbeitet, dass sich hier mehr ‘Gleichheit‘, ‚Solidarität‘ und ‚Gerechtigkeit‘ verwirklichen lassen.“ (Kessl/Maurer 2012, S. 45)

Das Potential erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Wissens (kritischer Wissenschaften) liegt somit in der Entwicklung einer Reflexionskompetenz. In An-

lehnung an Dewe/Ferchhoff/Scherr/Stüwe (1995) sowie an Dewe/Otto (1996) ist zu unterstellen, dass wissenschaftliches Wissen

- Reflexionswissen zur Verfügung stellt, mit dessen Hilfe Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen ihre zur Routine gewordene Praxis differenzierter reflektieren, planen, realisieren, legitimieren, kritisieren und verändern können,
- eine Aufklärung berufspraktischer (regelmäßig von Bürokratie und Politik diskursiv generierter) Deutungsmuster und eine Explikation der diskursiven, strukturellen, gesellschaftlichen Bedingungen praktischen Handelns ermöglicht,
- der bestehenden Praxis – wie mit dem vorliegenden Beitrag intendiert – Deutungs- und Handlungsalternativen aufzeigt; Deutungs- und Handlungsalternativen, die *nicht* beanspruchen wollen oder können, gesellschaftliche Zusammenhänge oder Wirklichkeit zu beschreiben, aber doch geeigneter zu sein scheinen, die Komplexität von Gesellschaft – wenn nicht zu „verstehen", so doch zumindest – in Rechnung zu stellen,
- zur Einsicht in die diskursiven, gesellschaftlichen, rechtlichen, bürokratischen ökonomischen und historischen Kontexte und Abhängigkeiten der beruflichen Praxis verhilft.

Eine solche Reflexionskompetenz, "die andere Sichtweisen sozialer Wirklichkeit, als sie alltäglich und in einer routinierten Berufspraxis gewusst und vertraut sind, möglich macht", (Dewe/Ferchhoff/Scherr/Stüwe 1995, S. 81) führt dadurch als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer selbstbestimmteren Sozialen Arbeit zur Verunsicherung tradierter Praxis.
Eine entwickelte Reflexionskompetenz fordert dazu auf, sich intensiv mit der, für die Soziale Arbeit bedeutenden Wirklichkeiten und gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien sowie mit deren Entstehung und Durchsetzung kritisch auseinander zu setzen, zumal solche Wirklichkeiten für die in der Sozialen Arbeit Tätigen unmittelbare Praxisrelevanz haben, denn so formulieren diesen Sachverhalt Bommes und Scherr

"Soziale Arbeit bearbeitet spezifisch solche Konstellationen, die von definitionsmächtigen Instanzen des politischen Systems oder von Organisationen der Sozialen Arbeit selbst als solche sozialen Problemlagen beschrieben werden, die Soziale Arbeit erfordern und mit ihren Mitteln bearbeitet werden können." (Bommes/Scherr 1996, S. 108)

Einen ersten Schritt in der Auseinandersetzung mit evidenten Wirklichkeiten, den es *vor* einer theoretischen Neubegründung sowie einer selbstbestimmteren Neupositionierung Sozialer Arbeit zu leisten gilt, und der auch Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen vor einer unreflektierten Übernahme bzw. einem unreflektierten

Umgang mit vermeintlich plausiblen Sachverhalten, „Sachzwängen“ oder Ursache-Wirkungs-Annahmen schützen könnte, hat der Wiener Soziologe Manfred Lueger – zwar im Kontext der interpretativen Sozialforschung, dennoch m. E. beziehbar auch auf die Soziale Arbeit für deren interpretativen Umgang mit den Evidenzen sozialer Wirklichkeit – formuliert, indem er darauf aufmerksam macht, dass die Herstellung von Evidenzen den Inbegriff der Erkenntnisblockade darstellt:

"Indem man das vertrauenswürdige als sicheres Wissen unterstellt, verhindert man die Überschreitung des mit diesem Wissen verbundenen Sinnhorizonts, während die blinden Flecken unangetastet bleiben. Es ist daher angebracht, gegen all diese Aspekte der Evidenzherstellung Schutzwälle aufzubauen, die eine vorschnelle Etablierung definitiver Wissensbestände verhindern. Es gibt diesbezüglich drei wichtige Strategien: Die eine ist die methodische Beeinträchtigung der Sinneinbettung, indem man die Einheit der Wahrnehmung zerstückelt und solcherart die Ausbildung von Gewissheit hintanhält (Dekonstruktion); die zweite ist die Behandlung von Überzeugungen als vorläufiges Spielmaterial, welches methodisch als fragwürdig unterstellt wird (Kritik); und der dritte Weg ist die Einhaltung einer professionellen Distanz (zum Feld, zur Wissenschaft und zu sich selbst), welche Emotionalität oder soziale Bestätigung in ihre Grenzen verweist und es ermöglicht, mit verschiedenen Sichtweisen zu operieren, ohne deswegen in den Größenwahn neutralen Besserwissens zu verfallen (Perspektivität)." (Lueger 2001, S. 164)

Wie bereits mehrfach betont: Die in diesem Beitrag referierten Aspekte bzw. Zusammenhänge bezüglich einer theoretisch fundierten, gegenstandsbezogenen, selbstbestimmteren, reflexiven und kritischen Sozialen Arbeit sind zu aller erst als ein Deutungsangebot zu begreifen, das einerseits als „Folie“ der Ausgestaltung, Reflexion und Kritik sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Praxis zugrunde liegen könnte, das aber zugleich und kontinuierlich zu reflektieren, zu überprüfen, zu kritisieren und gegebenenfalls zu verändern ist. Es handelt sich hierbei um Bausteine einer Theorie und Praxis kritischer Sozialer Arbeit, die einerseits Eingang gefunden haben in die Lehre. So basiert das Curriculum des Studiengangs Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt auf diesen und benennt explizit als Gegenstand Sozialer Arbeit „Prozesse und Auswirkungen Sozialer Arbeit“ sowie als Aufgaben und Funktionen „die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit sowie die Ermöglichung sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Partizipation“.
Andererseits orientieren diese theoretisch-konzeptionellen Überlegungen auch die Praxen und Aktivitäten des Bremer Instituts für Soziale Arbeit + Entwicklung

(BISA+E) sowie des Bremer Arbeitskreises kritische Soziale Arbeit (AKS)[21], in dem sich zunehmend mehr Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Arbeitsfeldern, von öffentlichen und freien Trägern, aus Hochschulen und Initiativen engagieren. Neben dem individuellen Bemühen in den jeweiligen Arbeitsfeldern, Institutionen und Projekten um Realisierung von Teilhabe, Chancengleichheit und Partizipation sowie der Gewährung von Hilfe und Unterstützung (mögliche konkretere Ansatzpunkte für sozialpädagogische bzw. sozialarbeiterische Praxen wurden im vorliegenden Beitrag unter Bezugnahme auf die subjektive, objektive und diskursive Dimension von Lebenswelt ansatzweise skizziert), liegen herausragende Anliegen des Bremer AKS darin,

- Diskurse zum Gegenstand der Analyse, Reflexion und Kritik zu machen, um der (Fach-)Öffentlichkeit aufzuzeigen, *dass* Wahrheiten, Deutungsmuster, Gegenstände jeweils historisch „erfunden" und *wie* sie innerhalb gesellschaftlicher, ökonomischer und kultureller Hegemonie wirksam werden;

- eine kontinuierliche reflexive Auseinandersetzung mit vertrauenswürdigem, als sicher unterstelltem Wissen und Deutungsmustern zu leisten und zu ermöglichen, die dazu geeignet sind, Individuen oder Gruppen als gefährlich, gefährdet, defizitär, hilfebedürftig, aktivierungsresistent oder Sozialräume als „soziale Brennpunkte" zu deklarieren und in der Folge „adäquate" ordnungspolitische, sozialpolitische, kriminalpolitische und sozialpädagogische Präventions- und Interventionsmaßnahmen einzufordern;

- in die Arenen einzutreten (und den Bürgerinnen und Bürgern den Eintritt in diese Arenen zu ermöglichen), in denen um die Durchsetzung von Wirklichkeit gekämpft wird. Das bedeutet, sich einzumischen in die Auseinandersetzung um öffentliche (Problem-)Definitionen, Bedürfnisse oder Bedarfe, da die im Diskurs tätigen Akteure sehr wohl interessenbezogen agieren und sich hierbei Ressourcen und Strategien bedienen, um *ihre* Definitionen, Deutungen, Interpretationsangebote durchzusetzen und zugleich vermeintlich adäquate (sozial-, kriminal- oder ordnungspolitische) Problem-Lösungsstrategien anzubieten oder (beispielsweise von der Sozialen Arbeit) einzufordern;

[21] Im Jahre 2006 konstituierte sich ein bundesweiter Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit (AKS), nicht zuletzt in der Absicht und dem Bemühen um eine theoretisch fundierte, gegenstandsbezogene, politische und kritische Soziale Arbeit. Mittlerweile existieren AKS-Regionalgruppen in Bremen, Hannover, Dresden, Freiburg, Hamburg, Aachen, Solingen, Rhein-Main, Köln, München, Kiel, Berlin, Koblenz, Münster und Erfurt. Weitere Informationen unter www.kritischesozialearbeit.de

- auf die Wiederherstellung von Öffentlichkeit hinzuwirken (und das bedeutet die Diskurs-Arenen nicht den bisher deutungsmächtigen Akteuren aus Politik und Sozialbürokratie zu überlassen) sowie Bildungsangebote so zu gestalten, dass sie zu Räumen werden, die so offen wie möglich für den Austausch von Deutungen und Argumenten sind, andererseits aber auch Informationen bzw. Interpretationen über die Bedeutung von Diskursen sowie über die die Diskurse tragenden Akteure und Interessen anbieten.

Auch wenn es sich bei der Auseinandersetzung mit Diskursen bzw. der Produktion von Wissen und Wirklichkeit und somit von gesellschaftlicher Ordnung um ein anspruchsvolles Vorhaben handelt, das zudem nie abzuschließen ist bzw. niemals „richtige" Ergebnisse zeitigen kann, so scheint eine Auseinandersetzung mit Diskursen und gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien doch unerlässlich. Und zwar insbesondere dann, wenn wir Diskurse nicht lediglich als *eine* Ebene oder *eine* Dimension des Sozialen auffassen, sondern als gleichbedeutend mit dem Sozialen als solchem bzw. wenn wir davon ausgehen, dass es nichts Gesellschaftliches gibt, das außerhalb des Diskurses bestimmt ist. (vgl. Jäger 2001) Eine Auseinandersetzung mit Diskursen und in der Folge eine Kritik gesellschaftlicher – regelmäßig als naturgegeben unterstellter – Ordnungsprinzipien

„kann als von den Postulaten der Freiheit und Gleichheit ausgehende Kritik von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie Strukturen sozialer Ungleichheit und ihren Legitimationen formuliert werden und auf den Nachweis zielen, dass jeweilige Ordnungen nicht das einlösen, was ihre Begründungen und Legitimationen versprechen (…)." (Scherr 2006, S. 145)

Und es gibt sie, die Möglichkeiten, die Räume und Arenen, die wir nutzen können, indem wir alternatives Wissen oder Deutungen einbringen, beispielsweise im Rahmen eigener Veranstaltungen und Aktionen, in denen solche Themen oder Probleme angesprochen und skandalisiert werden, die im Rahmen dominierender Diskurse regelmäßig keine Rolle zu spielen oder gar nicht zu existieren scheinen (Armut; soziale Ungleichheit; Arbeitslosigkeit; Lebensbedingungen in der Stadt; prekäre Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit; kolonialisierende Bestrebungen von „Bezugswissenschaften" u.v.m.). Neben solchen Veranstaltungen und Aktionen, die sich an alle Bürgerinnen und Bürger wenden, besteht zugleich und zudem die Möglichkeit und Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit. Auch hier gilt, dass Räume, Foren oder Medien nicht den üblichen deutungsmächtigen Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung oder Wirtschaft überlassen werden dürfen, sondern dass auch hier die Möglichkeit der Einflussnahme auf Berichterstattung besteht oder zunächst die Möglichkeit „der Verfremdung des Vertrauten". Auch die direkte Auseinandersetzung mit Entscheidungsträgerinnen aus Verwaltung und insbesondere Politik ist möglich, beispielsweise – bezogen auf die Kin-

der- und Jugendhilfe – in Sitzungen des Jugendhilfeausschusses oder in Stadtteilbeiräten, ferner im Rahmen gemeinsamer Diskussionsveranstaltungen oder im Rahmen von Politikberatung, die in Bremen entweder vom AKS oder vom Bremer Institut für Soziale Arbeit + Entwicklung an der Hochschule Bremen (BISA+E) geleistet werden, deren Ergebnisse sehr wohl Eingang in politische Debatten oder auch in parlamentarische Anfragen finden.
Nicht zuletzt bieten meines Erachtens auch Prozesse der Sozial- und insbesondere Jugendhilfeplanung *eine* Möglichkeit an der Gestaltung des Sozialen teilzuhaben oder diese den Adressatinnen Sozialer Arbeit zu ermöglichen. Entscheidend ist hierbei, dass diese Prozesse nicht lediglich als „Methode" oder „Steuerungsmodell" oder sozialtechnologisches Planungsverfahren verstanden und (wenn überhaupt) realisiert werden, sondern als kontinuierliches demokratisches Diskurs- und Entscheidungsverfahren, in denen die Deutungshoheit und Interpretation von Bedürfnissen bzw. die Konstruktion von Bedarfen nicht den „Experten" aus Politik und Sozialbürokratie, sondern den Bürgern und Bürgerinnen obliegen.
So sind zumindest einige Aufgaben, aber auch einige Anknüpfungspunkte für Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen benannt, die dazu geeignet sind, das Reich des Wissens und der Evidenzen zu sabotieren, aber auch, um – produktiv gewendet – gemeinsam und solidarisch an der Gestaltung des Sozialen und somit an den Lebensbedingungen der Menschen und an eigenen Arbeitsbedingungen mitzuwirken.
Dass es einiger Anstrengungen bedarf, damit Soziale Arbeit sich in öffentlichen/kommunalen, medialen oder auch politischen Diskursen Gehör verschafft, liegt auch daran, dass sie in diesen bisher kaum vernehmbar war. Niemand rechnet mit ihr (es sei denn vereinzelt und kaum hörbar, wenn es um Interessen oder Belange der eigenen Institution oder Position geht). Statt Solidarität untereinander dominiert in den sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Praxen – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch – Konkurrenzdenken. Diese Relation umzukehren scheint mir grundlegend für eine selbstbestimmtere, offensive und politische Soziale Arbeit, dabei orientiert an einem einvernehmlichen, paradigmatischen Selbstverständnis, einem eigenständig formulierten Gegenstand sowie daraus resultierenden eigenständigen Aufgaben- und Funktionsbestimmungen.

Wenn wir – gerade auch als Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen – die gesellschaftlichen Entwicklungen, Ordnungsprinzipien und in der Konsequenz Ausschließungs- und Ausgrenzungsprozesse nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen wollen, wenn wir – mit Sebastian Herkommer (1999) gesprochen – je darauf hinaus wollen, einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Strukturen und Prozessen im globalisierten Kapitalismus, der systematischen Reproduktion von Ungleichheit und der Aktualität sozialer Ausschließungs- und Ausgrenzungsprozesse, dann kommt nicht nur der Klärung ihrer entscheidenden Ursachen erste Priorität zu, sondern (bezogen auf die Soziale Arbeit) die Aufgabe, sich in neuer Weise

theoretisch, gegenstandsbezogen und politisch zu justieren und vor allem Antwort darauf zu geben, wie sich Soziale Arbeit zur Tatsache sozialer Ausschließungsprozesse und Ungleichheitsverhältnisse verhält. Konkret: angesichts sich verschärfender sozialer Ungleichheits- und Ausschließungsverhältnisse ist es m. E. dringend geboten, dass Ausbildung und Wissenschaft Sozialer Arbeit aus den Beschränkungen des akademischen Betriebs (wieder) heraustreten, und sich auf der Grundlage gemeinsamer Interessenlagen mit außerakademischen gesellschaftlichen Kräften verbinden; vereint im Kampf gegen soziale Ungleichheit, gegen die Funktionalisierung der Menschen für die Belange des Marktes (Meueler), gegen die Unterordnung der Vernunft unters unmittelbar Vorfindliche (Adorno/Horkheimer) sowie gegen die Deutungshoheit interessengeleiteter kollektiver Akteure aus Politik, Bürokratie und Wirtschaft.

Literatur

Ackermann, Friedhelm, Seeck, Dietmar (2000): SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen zwischen Studium und Beruf. Wissen und Können in der Sozialen Arbeit: Motivation, Fachlichkeit und berufliche Identität – Eine empirische Annäherung. *Rundbrief Gilde Soziale Arbeit*, (1), S. 21-38.

Albrecht, G., Groenemeyer, A., Stallberg, F. W. (Hg.) (1999): Handbuch soziale Probleme, Opladen und Wiesbaden.

Althoff, M., Cremer-Schäfer, H. u.a. (Hrsg.) (2001): Integration und Ausschließung. Kriminalpolitik und Kriminalität in Zeiten gesellschaftlicher Transformation, Reihe: Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 18, Baden-Baden.

Althoff, M. (2002): Jugendkriminalität und Gewalt. Einige Überlegungen zur öffentlichen Thematisierung von Jugend. In: Bettinger u.a. (Hrsg.): Gefährdete Jugendliche? Jugend, Kriminalität und der Ruf nach Strafe, Opladen, S. 75-88.

Anhorn, R. (2002): Jugend – Abweichung – Drogen: Zur Konstruktion eines sozialen Problems. In: Bettinger u.a. (Hrsg.): Gefährdete Jugendliche? Jugend, Kriminalität und der Ruf nach Strafe, Opladen, S. 47-74.

Anhorn, Roland (2008): Zur Einleitung: Warum sozialer Ausschluss für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zum Thema werden muss. In: Anhorn, Roland, Bettinger, Frank, Stehr, Johannes (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, 2., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden, S. 13-48.

Anhorn, Roland, Bettinger, Frank (2002): Keine Chance für die Kritische Kriminologie? Über die mangelnde Bereitschaft von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen, kritisch-sozialwissenschaftliche Wissensbestände zu rezipieren. In: Anhorn, R., Bettinger, F. (Hrsg.): Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit, Weinheim und München, S. 11-26.

Anhorn, Roland, Bettinger, Frank (2002): Vom Nutzen der Kritischen Kriminologie: Bausteine einer Theorie und Praxis Kritischer Sozialer Arbeit. In: Anhorn, R., Bettinger, F. (Hrsg.): Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit, Weinheim und München, S. 223-256.

Anhorn, R., Bettinger, F. (2002): Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit. Impulse für professionelles Selbstverständnis und kritisch-reflexive Handlungskompetenz, Weinheim und München.

Anhorn, Roland, Bettinger, Frank (Hrsg.) (2005): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, Wiesbaden.

Anhorn, R., Bettinger, F., Stehr, J. (Hrsg.) (2007): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden.

Anhorn, Roland, Bettinger, Frank, Stehr, Johannes (Hrsg.) (2008): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, 2., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden.

Anhorn, R., Stehr, J. (2012): Grundmodelle von Gesellschaft und soziale Ausschließung: Zum Gegenstand einer kritischen Forschungsperspektive in der Sozialen Arbeit. In: Schimpf, E., Stehr, J. (Hrsg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden, S. 57-76.

Baberowski, Jörg (2005): Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault, München.

Badawia, T., Luckas, H., Müller, H. (Hrsg.) (2004): Das Soziale gestalten. Über Mögliches und Unmögliches der Sozialpädagogik, Wiesbaden.

Bernhard, Armin (2006): Pädagogisches Denken. Einführung in allgemeine Grundlagen der Erziehungs- und Bildungswissenschaft, Baltmannsweiler.

Bettinger, Frank u.a. (Hrsg.) (2002): Gefährdete Jugendliche? Jugend, Kriminalität und der Ruf nach Strafe, Opladen.

Bettinger, F. (2005/2008): Sozialer Ausschluss und kritisch-reflexive Sozialpädagogik – Konturen einer subjekt- und lebensweltorientierten Kinder- und Jugendarbeit. In: Anhorn, R., Bettinger, F. (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit, S. 367-395.

Bettinger, Frank (2007): Diskurse – Konstitutionsbedingung des Sozialen. In: Anhorn, Roland, Bettinger, Frank, Stehr, Johannes (Hrsg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden, S. 75-90.

Bettinger, Frank (2008): Auftrag und Mandat. In: Bakic, Josef, Diebäcker, Marc, Hammer, Elisabeth (Hrsg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch, Wien, S. 25-39.

Bettinger, Frank (2010): Kriminalisierung und Soziale Ausschließung. In: Dollinger, Bernd, Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität, Wiesbaden.

Bettinger, Frank (2011): Bezugswissenschaften Sozialer Arbeit – Ohne Bezug zur Sozialen Arbeit? *Forum Sozial*, Heft 2, S. 41f.

Bettinger, Frank (2012): Wider die Dominanz der „Bezugswissenschaften“ *Forum Sozial*, Heft 1, S. 15-18.

Bettinger, Frank (2012): Bedingungen kritischer Sozialer Arbeit. In: Anhorn, Roland, Bettinger, Frank u.a. (Hrsg.): Kritik Sozialer Arbeit – Kritische Soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 163-189.

Bettinger, F., Mansfeld, C., Jansen, M. (2002): Gefährdete Jugendliche? Jugend, Kriminalität und der Ruf nach Strafe, Opladen.

Bettinger, Frank, Johannes Stehr (2009): Zur neuen Kultur der Kontrolle in Städten. Soziale Arbeit als Akteurin lokaler Sicherheits- und Ordnungspolitiken, *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ)*, Heft 3, S. 252-257.

Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.) (2008): Soziale Arbeit in Gesellschaft, Wiesbaden.

Bleses, P., Seeleib-Kaiser, M. (2001): Sozialpolitik. In: Otto, H.-U., Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied und Kriftel, S. 1763-1773.

Bolay, E., Herrmann, F. (Hrsg.) (1995): Jugendhilfeplanung als politischer Prozess, Beiträge zu einer Theorie sozialer Planung im kommunalen Raum, Neuwied/Kriftel/Berlin.

Bommes, M., Scherr, A. (2000): Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, Weinheim und München.

Bublitz, H.,Bührmann, A.D., Hanke, Ch., Seier, A. (Hrsg.) (1999): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt/M. und New York.

Bublitz, Hannelore (1999): Diskursanalyse als Gesellschafts-„Theorie“. „Diagnostik“ historischer Praktiken am Beispiel der „Kulturkrisen“-Semantik und der Geschlechterordnung um die Jahrhundertwende. In: Bublitz, Hannelore, Bührmann, Andrea D., Hanke, Christine, Seier, Andrea (Hrsg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt/New York, S. 22-48.

Bublitz, Hannelore, Bührmann, Andrea D., Hanke, Christine, Seier, Andrea (1999): Diskursanalyse – (k)eine Methode? Eine Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt/New York, S. 10-21.

Bukow, Wolf-Dietrich, Spindler, Susanne (2012): Fallstricke einer biographischen Hinwendung zum Subjekt in Forschungsprozessen. In: Schimpf, Elke, Stehr, Johannes (Hrsg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden, S. 275-289.

Butterwegge, Christoph (2001): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Opladen.

Butterwegge, C. (2002): „Globalisierung, Standortsicherung und Sozialstaat“ als Thema der politischen Bildung. In: Butterwegge, C., Hentges, G. (Hrsg.): Politische Bildung und Globalisierung, Opladen, S. 73-108.

Chasse, K. A., Klein, A., Landhäußer, S., Zander, M. (2011): Konstruktionen von Armut zwischen AdressatInnen und moralisierend-punitivem Diskurs. In: Dollinger, B., Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Gerechte Ausgrenzung? Wiesbaden, S. 227-244.

Christmann, G.B. (2005): Dresdner Stadtdiskurse und die Wahrnehmung der Stadt. Diskurse, Topoi, Wissen und Kultur. In: Keller, R., Hirseland, A. u.a. (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit, S. 305-324.

Combe, Arno, Helsper, Werner (Hrsg.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns, Frankfurt/M.

Cremer-Schäfer, H. (1995): „Kriminalität“ als ein ideologischer Diskurs und der Moral-Status der Geschlechter *Kriminologisches Journal*, (5). Beiheft, S. 120-142.

Cremer-Schäfer, Helga (1998): Kriminalität und soziale Ungleichheit. Über die Funktion von Ideologie bei der Arbeit der Kategorisierung und Klassifikation von Menschen. In: Frehsee, Detelv, Löschper, Gabi, Smaus, Gerlinda (Hrsg.): Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe, Reihe: Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 5, Baden-Baden, S. 68-100.

Cremer-Schäfer, Helga (2002): Formen sozialer Ausschließung. Über den Zusammenhang von „Armut“ und „Kriminalisierung“. In: Anhorn, R., Bettinger, F. (Hrsg.): Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit, Weinheim und München, S. 125-146.

Cremer-Schäfer, Helga, Steinert, Heinz (1997): Die Institution „Verbrechen und Strafe“. Über die sozialkulturellen Bedingungen von sozialer Kontrolle und sozialer Ausschließung, *Kriminologisches Journal* (4), S. 243-255.

Cremer-Schäfer, H., Reinke, H. (2001): Integration und Ausschließung: Kriminalpolitik und Kriminalität in Zeiten gesellschaftlicher Transformation. In: Althoff, M., Cremer-Schäfer, H. u.a. (Hrsg.): Integration und Ausschließung. Kriminalpolitik und Kriminalität in Zeiten gesellschaftlicher Transformation, Reihe: Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 18, S. 11-26.

Dahme, H.-J., Wohlfahrt, N. (2005) (Hrsg.): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis, Baltmannsweiler.

Dahme, H.-J., Trube, A., Wohlfahrt, N. (2008): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.): Soziale Arbeit in Gesellschaft, Wiesbaden, S. 268-275.

Deinet, U. (2000), „Verstehen“ ist gefragt. Probleme der Anwendung qualitativer Methoden in der Lebensweltanalyse im Rahmen sozialräumlicher Konzeptentwicklung der Offenen Jugendarbeit. In: Lindner, W. (Hrsg.): Ethnographische Methoden in der Jugendarbeit, Opladen, S. 171-190.

Deinet, U. (2002): Der „sozialräumliche Blick“ der Jugendarbeit – ein Beitrag zur Sozialraumdebatte *Neue Praxis* (3), S. 285-296.

Deinet, U., Krisch, R. (2002): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung, Opladen.

Dewe, Bernd (2008): Wissenschaftstheorie und Empirie – ein Situationsbild: Reflexive Wissenschaftstheorie, kognitive Identität und Forschung (in) der Sozialpädagogik. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.): Soziale Arbeit in Gesellschaft, Wiesbaden, S. 107-120.

Dewe, Bernd, Ferchhoff, Wilfried, Scherr, Albert, Stüwe, Gerd (1995): Professionelles soziales Handeln. Soziale Arbeit im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis, 2. Aufl., Weinheim und München.

Dewe, Bernd, Otto, Hans-Uwe (1996): Zugänge zur Sozialpädagogik. Reflexive Wissenschaftstheorie und kognitive Identität, Weinheim und München.

Dewe, Bernd, Otto, Hans-Uwe (2010): Reflexive Sozialpädagogik. Grundstrukturen eines neuen Typs dienstleistungsorientierten Professionshandelns. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 197-217.

Dimmel, N. (2005): Am Ende der Fahnenstange? Soziale Arbeit in der Krise des Sozialen. In: Störch, K. (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialer Arbeit, Hamburg.

Dollinger, Bernd, Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.) (2010): Handbuch Jugendkriminalität, Kriminologie und Sozialpädagogik im Diskurs, Wiesbaden.

Dollinger, Bernd, Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.) (2011): Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen, Wiesbaden.

Emmerich, Marcus (2006): Ideologien und Diskurse. In: Scherr, Albert (Hrsg.): Soziologische Basics, Wiesbaden, S. 74-80.

Ferchhoff, W., Neubauer, G. (1997): Patchwork-Jugend. Eine Einführung in postmoderne Sichtweisen, Opladen.

Fieseler, G., Schleicher (2004): Kinder- und Jugendhilferecht, Gemeinschaftskommentar zum SGB VIII, Neuwied/Kriftel.

Fairclough, Norman (2001): Globaler Kapitalismus und kritisches Diskursbewusstsein. In: Keller, Reiner u.a. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Opladen, S. 335-351.

Fohrmann, J., Müller, H. (Hrsg.) (1988): Diskurstheorien und Literaturwissenschaft, Frankfurt/M.

Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/M.

Foucault, Michel (1977): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt/M.

Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin.

Frank, Manfred (1988): Zum Diskursbegriff bei Foucault. In: Fohrmann, Jürgen, Müller, Harro (Hrsg.): Diskurstheorien und Literaturwissenschaft, Frankfurt/M., S. 25-44.

Fraser, N. (1994): Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht, Frankfurt/M.

Frehsee, Detelv, Löschper, Gabi, Smaus, Gerlinda (Hrsg.) (1998): Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe, Reihe: Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 5, Baden-Baden.

Friebertshäuser, B., Prengel, A. (Hrsg.) (1997): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft, Weinheim und München.

Friebertshäuser, B. (2000): Ethnographische Methoden und ihre Bedeutung für die Lebensweltorientierung in der Sozialpädagogik. In: Lindner, W. (Hrsg.): Ethnographische Methoden in der Jugendarbeit, Opladen, S. 33-54.

Gängler, H. (2001): Hilfe. In: Otto, Hans-Uwe., Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied, S. 772-786.

Gedrath, V., Schröer, W. (2002): Die Sozialgesetzgebung und die Soziale Arbeit im 20. Jahrhundert. In: Thole, Werner, Grundriss Soziale Arbeit, Opladen. S. 647-665.

Gehring, Petra (2007): Sprengkraft von Archivarbeit – oder: Was ist so reizvoll an Foucault? In: Anhorn, Roland, Bettinger, Frank, Stehr, Johannes (Hrsg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden, S. 16-27.

Gläss, H., Herrmann, F. (1994): Strategien der Jugendhilfeplanung. Theoretische und methodische Grundlagen für die Praxis, Weinheim und München.

Griese, H. (1999): Jugend. In: Albrecht, G. u.a. (Hrsg.): Handbuch soziale Probleme, Opladen und Wiesbaden, S.462-486.

Groddeck, N., Schumann, M. (Hrsg.) (1994): Modernisierung Sozialer Arbeit durch Methodenentwicklung und –reflexion, Freiburg.

Häbel, H. (1998): Rechtsgutachten zur kommunalen Förderung der Jugendarbeit nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, herausgegeben vom Landesjugendring Baden Württemberg.

Häußermann, H. (2003): Armut und Stadtentwicklung, *Zeitschrift für Sozialpädagogik* (1). Jg. 1, S. 38-44.

Hafeneger, B., Henkenborg, P., Scherr, A. (Hrsg.) (2002): Pädagogik der Anerkennung. Grundlagen, Konzepte, Praxisfelder Schwalbach/Ts.

Hammerschmidt, P. (2002): Geschichte der Rechtsgrundlagen der Sozialen Arbeit bis zum 20. Jahrhundert. In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit, Opladen, S. 637-646.

Hark, S. (2001): Feministische Theorie – Diskurs – Dekonstruktion. Produktive Verknüpfungen. In: Keller, R., Hirseland, A. u.a. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Opladen, S. 353-371.

Heite, C., Klein, A., Landhäußer, S., Ziegler, H. (2007): Das Elend der Sozialen Arbeit – Die „neue Unterschicht“ und die Schwächung des Sozialen. In: Kessl, F., Reutlinger, Ch., Ziegler, H. (Hrsg.): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“, Wiesbaden, S. 55-79.

Herkommer, Sebastian (1999): Deklassiert, ausgeschlossen, chancenlos – die Überzähligen im globalisierten Kapitalismus. In: Ders. (Hrsg.): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg, S. 7-37.

Herrmann, F. (1998): Jugendhilfeplanung als Balanceakt. Umgang mit Widersprüchen, Konflikten und begrenzter Rationalität, Neuwied/Kriftel.

Hitzler, R. (2000): Die Erkundung des Feldes und die Deutung der Daten. Annäherungen an die (lebensweltliche) Ethnographie. In: Lindner, W. (Hrsg.): Ethnographische Methoden in der Jugendarbeit, Opladen, S. 17-31.

Honneth, A., Saar, M. (Hrsg.) (2003): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001, Frankfurt/M.

Horkheimer, Max (1977): Traditionelle und kritische Theorie. In: Ders.: Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze, Frankfurt/M., S. 36.

Imbusch, P. (Hrsg.) (1998): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen.

Jäger, Siegfried (1993): Kritische Diskursanalyse. Duisburg.

Jäger, S. (1996): Diskurstheorien. In: Hierdeis, H., Hug, Th. (Hrsg.): Taschenbuch der Pädagogik, S. 238-249.

Jäger, S. (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, R., Hirseland, A. u.a. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, S. 81-112.

Jakob, G., von Wensierski, H.-J. (1997): Rekonstruktive Sozialpädagogik. Konzepte und Methoden sozialpädagogischen Verstehens in Forschung und Praxis, Weinheim/München.

Keller, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Ders. u.a. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Opladen, S. 113-143.

Keller, Reiner (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen.

Keller, R.(2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms, Wiesbaden.

Keller, R., Hirseland, A., Schneider, W., Viehöver, W. (Hrsg.) (2001): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen.

Keller, Reiner, Hirseland, Andreas, Schneider, Werner, Viehöver, Willy (Hrsg.) (2005): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit, Konstanz.

Kentler, H. (1964/1986): Versuch zu einer Theorie. In: Müller, C. W., Kentler, H., Mollenhauer, K., Giesecke, H.: Was ist Jugendarbeit? Vier Versuche zu einer Theorie, Weinheim/München, S. 37-88.

Kessl, F. (2003), Gemeinwesenarbeit und soziale Exklusion. In: Munsch, C. (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit, Weinheim/München, S. 189-203.

Kessl, F. (2005): Soziale Arbeit als aktivierungspädagogischer Transformationsriemen. In: Dahme, H.-J., Wohlfahrt, N. (Hrsg.): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis, S. 30-43.

Kessl, F., Otto, H.-U. (Hrsg.) (2009): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? – Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven, Weinheim und München.

Kessl, F., Maurer, S. (2012): Radikale Reflexivität als zentrale Dimension eines kritischen Wissenschaftsverständnisses Sozialer Arbeit. In: Schimpf, E., Stehr, J. (Hrsg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden, S. 43-55.

Kiesel, D., Scherr, A., Thole, W. (Hrsg.) (1998): Standortbestimmung Jugendarbeit Theoretische Orientierungen und empirische Befunde, Schwalbach/Ts.

Klimke, Daniela (Hrsg.) (2008): Exklusion in der Marktgesellschaft, Wiesbaden.

Kneer, G. (1998): Die Analytik der Macht bei Foucault. In: Imbusch, P. (Hrsg.): Macht und Herrschaft, S. 239-254.

König, R. (Hrsg.) (1978): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 12: Wahlverhalten, Vorurteile, Kriminalität, 2. Aufl., Stuttgart.

Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/New York.

Kunstreich, T., Lindenberg, M. (2002): Die Tantalus-Situation – Soziale Arbeit mit Ausgegrenzten. In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, Opladen, S. 347-366.

Landwehr, Achim (2001): Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse, 2. Aufl., Tübingen.

Lehne, Werner (1994): Der Konflikt um die Hafenstraße. Kriminalitätsdiskurse im Kontext symbolischer Politik, Pfaffenweiler.

Lenk, H., Maring, M. (1997): Welt ist real, aber Welterfassung interpretativ. Zur Reichweite der interpretatorischen Erkenntnis. In: Friebertshäuser, B., Prengel, A. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft, Weinheim und München, S. 209-220.

Lessenich, St. (2003): Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft, *Mittelweg 36* (4), S. 80-93.

Lessenich, St. (2005): „Activation without Work“. Das neue Dilemma des „konservativen“ Wohlfahrtsstaats. In: Dahme, H.-J., Wohlfahrt, N. (Hrsg.): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis, Baltmannsweiler, S. 21-29.

Lessenich, St. (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld.

Lindner, W. (Hrsg.) (2000): Ethnographische Methoden in der Jugendarbeit, Opladen.
Löwenthal, L. (1989): Das kleine und das große Ich. Einspruch gegen die Postmoderne. Rede anlässlich der Verleihung des Theodor W. Adorno-Preises 1989 in Frankfurt/M. *Frankfurter Rundschau*, 2. Oktober 1989, S. 17.
Lüders, Jenny (2007): Soziale Arbeit und „Bildung". Ein foucaultscher Blick auf ein umstrittenes Konzept. In: Anhorn, R., Bettinger, F., Stehr, J. (Hrsg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 185-199.
Lüdtke, A. (Hrsg.) (1989): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/M. und New York.
Lueger, Manfred (2001): Auf den Spuren der sozialen Welt. Methodologie und Organisierung interpretativer Sozialforschung, Frankfurt/M.
Maier, Konrad (2009): Das ewige Leid mit der Leitwissenschaft. Für eine integrative Wissenschaft Soziale Arbeit, *Sozialmagazin*, 34. Jahrgang, (9), S. 14-23.
Marburger, H. (1979): Entwicklung und Konzepte der Sozialpädagogik, Weinheim und München.
May, M. (1997): Gemeinwesenarbeit als Organizing nicht nur von Gegenmacht, sondern auch von Erfahrung und Interessen, *Widersprüche*, (65), 17. Jg., S. 13-31.
Merchel, J. (2001): Beratung im „Sozialraum". Eine neue Akzentsetzung für die Verortung von Beratungsstellen in der Erziehungshilfe? *Neue Praxis*, (4), S. 369-387.
Meueler, Erhard (1998): Die Türen des Käfigs. Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung, 2. Aufl., Stuttgart.
Mills, Sara (2007): Der Diskurs. Begriff, Theorie, Praxis. Tübingen/Basel.
Müller, Siegfried, Sünker, Heinz, Olk, Thomas, Böllert, Katrin (Hrsg.) (2000): Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven, Neuwied/Kriftel.
Münchmeier, R. (2001): Jugend. In: Otto, H.-U., Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, S. 816-830.
Munsch, C. (2003): Lokales Engagement und soziale Benachteiligung. In: Ders. (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit, Weinheim/München, S. 7-28.
Mussel, C. (1992): Bedürfnisse in der Planung der Städte. Zur Theorie und Methode eines diskursiven Bedürfnisbegriffs, Kassel.
Olk, Th. (2008): Soziale Arbeit und Sozialpolitik – Notizen zu einem ambivalenten Verhältnis. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.): Soziale Arbeit in Gesellschaft, Wiesbaden, S. 287-298.
Olk, Th. (2009): Transformationen im deutschen Sozialstaatsmodell. Der „Sozialinvestitionsstaat" und seine Auswirkungen auf die Soziale Arbeit. In: Kessl, F., Otto, H.-U. (Hrsg.): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat?

Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven, Weinheim und München, S. 23-35.
Otto, Hans-Uwe, Schneider, Siegfried (Hrsg.) (1973): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Band 1, Neuwied/Berlin.
Otto, Hans-Uwe, Utermann, Kurt (Hrsg.) (1973): Sozialarbeit als Beruf. Auf dem Weg zur Professionalisierung? München.
Otto, Hans-Uwe., Thiersch, Hans (Hrsg.) (2001): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied.
Otto, Hans-Uwe, Ziegler, Holger (2005/2008): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit. In: Anhorn, R., Bettinger, F., Stehr, J. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Sozialer Ausschluss, Wiesbaden; S. 115-145.
Peters, Helge (1973): Die misslungene Professionalisierung der Sozialarbeit: In: Otto, Hans-Uwe, Utermann, Kurt (Hrsg.): Sozialarbeit als Beruf. Auf dem Weg zur Professionalisierung? München, S. 99-123.
Peters, Helge (1973): Die politische Funktionslosigkeit der Sozialarbeit und die „pathologische“ Definition ihrer Adressaten. In: Otto, Hans-Uwe, Schneider, Siegfried (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Band 1, Neuwied/Berlin, S. 151-164.
Peukert, J.K., Münchmeier, R. (1990): Historische Entwicklungsstrukturen und Grundprobleme der Deutschen Jugendhilfe. In: Sachverständigenkommission 8. Jugendbericht, S. 3-49.
Projektgruppe Gemeinwesenarbeit der FH Wiesbaden (1997): Projektstudium im Bereich Gemeinwesenarbeit, *Widersprüche*, (65), 17. Jg., S. 33-55.
Redaktion Widersprüche (1997): Einführende Bemerkungen zum Schwerpunktthema „Zur politischen Produktivität von Gemeinwesenarbeit“, *Widersprüche*, (65), 17. Jg.: 3-11.
Sack, F. (1972): Definition von Kriminalität als politisches Handeln: der labeling approach, *Kriminologisches Journal*, (1), S. 3-31.
Sack, F. (1978): Probleme der Kriminalsoziologie. In: König, R. (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 12: Wahlverhalten, Vorurteile, Kriminalität, 2. Aufl., Stuttgart, S. 192-492.
Sack, F. (1979): Neue Perspektiven in der Kriminologie. In: Sack, F., König, R. (Hrsg.): Kriminalsoziologie, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 431-475.
Sack, F. (1986): Kriminologische Forschungsperspektiven aus soziologischer Sicht. In: Kury, H. (Hrsg.): Entwicklungstendenzen kriminologischer Forschung: Interdisziplinäre Wissenschaft zwischen Politik und Praxis, Bd. 12., S. 39-63.
Sack, F. (1988): Wege und Umwege der deutschen Kriminologie in und aus dem Strafrecht. In: Janssen, H., Kaulitzky, R., Michalowski, R. (Hrsg.): Radikale Kriminologie, Bielefeld, S. 9-34.

Sack, F. (1990): Das Elend der Kriminologie und Überlegungen zu seiner Überwindung. Ein erweitertes Vorwort. In: Robert, Ph. (Hrsg.): Strafe, Strafrecht, Kriminologie. Eine soziologische Kritik, Frankfurt und New York, S. 15-55.

Sack, F. (1994): Sozio-politischer Wandel, Kriminalität und eine sprachlose Kriminologie, *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*, (3), S. 205-226.

Sack, F. (1996): Statt einer Einleitung, Gabi Löschper und Trutz von Trotha im Interview mit Fritz Sack. In: Trotha, T. von (Hrsg.): Politischer Wandel, Gesellschaft und Kriminalitätsdiskurse. Beiträge zur interdisziplinären wissenschaftlichen Kriminologie. Festschrift für Fritz Sack zum 65. Geburtstag, Baden-Baden, S. 1-29.

Schaarschuch, A. (1999): Integration ohne Ende? Soziale Arbeit in der gespaltenen Gesellschaft. In: Treptow, R., Hörster, R. (Hrsg.): Sozialpädagogische Integration, Weinheim/München, S. 57-68.

Scherr, A. (1997): Subjektorientierte Jugendarbeit. Eine Einführung in die Grundlagen emanzipatorischer Jugendpädagogik, Weinheim und München.

Scherr, A. (1998): Subjektivität und Anerkennung. Grundzüge einer Theorie der Jugendarbeit. In: Kiesel, D., Scherr, A., Thole, W. (Hrsg.): Standortbestimmung Jugendarbeit, Schwalbach/Ts., S. 147-163.

Scherr, A. (2002): Subjektbildung in Anerkennungsverhältnissen. Über „soziale Subjektivität“ und „gegenseitige Anerkennung“ als pädagogische Grundbegriffe. In: Hafeneger, B., Henkenborg, P., Scherr, A. (Hrsg.): Pädagogik der Anerkennung, Schwalbach/Ts., S. 26-44.

Scherr, A. (Hrsg.) (2006): Soziologische Basics. Eine Einführung für Pädagogen und Pädagoginnen, Wiesbaden.

Scherr, A. (2006): Soziale Arbeit und die Ambivalenz sozialer Ordnungen. In: Badawia, T., Luckas, H., Müller, H. (Hrsg.): Das Soziale gestalten. Über Mögliches und Unmögliches der Sozialpädagogik, Wiesbaden, S. 135-148.

Schimpf, E., Stehr, J. (Hrsg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven, Wiesbaden.

Schöttler, P. (1989): Mentalitäten, Ideologien, Diskurse – Zur sozialgeschichtlichen Thematisierung der „dritten Ebene“. In: Lüdtke, A. (Hrsg.): Alltagsgeschichte, Frankfurt/M. und New York, S. 85-136.

Schütze, F. (1994): Ethnographie und sozialwissenschaftliche Methoden der Feldforschung. Eine mögliche methodische Orientierung in der Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit? In: Groddeck, N., Schumann, M. (Hrsg.): Modernisierung Sozialer Arbeit durch Methodenentwicklung und –reflexion, Freiburg, S. 189-297.

Schütze, Fritz (1997): Organisationszwänge und hoheitsstaatliche Rahmenbedingungen im Sozialwesen. Ihre Auswirkungen und Paradoxien des professionel-

len Handelns. In: Combe, Arno, Helsper, Werner (Hrsg.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns, Frankfurt/M., S. 183-275.

Seelmeyer, U. (2008): Normalität und Normativität. Bezugspunkte Sozialer Arbeit im Strudel wohlfahrtsstaatlicher Transformation. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.): Soziale Arbeit in Gesellschaft, Wiesbaden, S. 299-305.

Spies, Tina (2009): Diskurs, Subjekt und Handlungsmacht. Zur Verknüpfung von Diskurs- und Biographieforschung mithilfe des Konzepts der Artikulation, Forum Qualitative Sozialforschung, Forum: Qualitative Social Research, 10(2), Art. 36, http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0902369.

Stauber, B. (1995): Im Dickicht der Diskurse – Planung und Soziale Arbeit. In: Bolay, E., Herrmann, F. (Hrsg.): Jugendhilfeplanung als politischer Prozess, Beiträge zu einer Theorie sozialer Planung im kommunalen Raum, Neuwied/Kriftel/Berlin, S. 57-69.

Stehr, Johannes (2008): Soziale Ausschließung durch Kriminalisierung: Anforderungen an eine kritische Soziale Arbeit. In: Anhorn, R., Bettinger, F., Stehr, J. (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit, 2. Aufl., S. 319-332.

Steinert, Heinz (2000): Warum sich gerade jetzt mit „sozialer Ausschließung“ befassen? In: Pilgram, Arno, Steinert, Heinz (Hrsg.): Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr, Reihe: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie, Baden-Baden, S. 13-20.

Steinert, Heinz (2008): „Soziale Ausschließung“: Produktionsweisen und Begriffs-Konjunkturen. In: Klimke, Daniela (Hrsg.): Exklusion in der Marktgesellschaft, Wiesbaden, S. 19-30.

Störch, K. (Hrsg.) (2005): Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialer Arbeit, Hamburg.

Sünker, Heinz (2000): Gesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit heute. In: Müller, Siegfried, Sünker, Heinz, Olk, Thomas, Böllert, Katrin (Hrsg.): Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven, Neuwied/Kriftel, S. 209-225.

Sturzenhecker, B. (2003): Jugendarbeit als Bildung: Konzepte, Bedarfe und Arbeitsprinzipien, *Forum für Kinder- und Jugendarbeit*, Teil 1 (3): S. 52-58, Teil 2. (4), S. 33-41.

Thiersch, H. (1993): Strukturierte Offenheit. Zur Methodenfrage einer lebensweltorientierten Sozialen Arbeit. In: Rauschenbach, T., Ortmann, F., Karsten, N.-E. (Hrsg.): Der sozialpädagogische Blick. Lebensweltorientierte Methoden in der Sozialen Arbeit, Weinheim und München, S. 11-28.

Thiersch, H. (1997a): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel, Weinheim und München, 3. Aufl.

Thiersch, H. (1997b): Lebensweltorientierung konkret – Jugendhilfe auf dem Weg zu einer veränderten Praxis. In: Wolff, M., Schröer, W., Möser, S. (Hrsg.):

Lebensweltorientierung konkret – Jugendhilfe auf dem Weg zu einer veränderten Praxis, Frankfurt/M., S. 14-28.
Thiersch, H. (2002): Positionsbestimmungen der Sozialen Arbeit. Gesellschaftspolitik, Theorie und Ausbildung, Weinheim und München.
Thiersch, H., Grunwald, K. (2004): Das Konzept Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – einleitende Bemerkungen. In: Dies. (Hrsg.): Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Handlungszugänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern, Weinheim und München, S. 13-39.
Thole, Werner, Küster-Schapfl, Ernst-Uwe (1997): Sozialpädagogische Profis. Beruflicher Habitus, Wissen und Können von PädagogInnen in der außerschulischen Jugendarbeit, Opladen.
Thole, Werner (Hrsg.) (2010): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, 3. Überarbeitete und erweiterte Aufl., Wiesbaden.
Treibel, A. (2006): Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, 7. aktual. Aufl., Wiesbaden.
Treptow, R., Hörster, R. (Hrsg.) (1999): Sozialpädagogische Integration. Entwicklungsperspektiven und Konfliktlinien, Weinheim und München.
Trotha, T. von (Hrsg.) (1996): Politischer Wandel, Gesellschaft und Kriminalitätsdiskurse. Beiträge zur interdisziplinären wissenschaftlichen Kriminologie. Festschrift für Fritz Sack zum 65. Geburtstag, Baden-Baden.
Tuider, Elisabeth (2007): Diskursanalyse und Biographieforschung. Zum Wie und Warum von Subjektpositionierungen. Forum Qualitative Sozialforschung, Forum: Qualitative Social Research, 8(2), Art. 6, http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs070268.
Veyne, P. (2003), Michel Foucaults Denken. In: Honneth, A., Saar, M. (Hrsg.): Michel Foucault, Zwischenbilanz einer Rezeption, Frankfurt/M. S. 27-51.
Wacquant, Loic (2000): Elend hinter Gittern, Konstanz.
Wacquant, L. (2001): Die Verlockungen des Strafrechts in Europa. In: Bourdieu, P. (Hrsg.): Der Lohn der Angst. Flexibilisierung und Kriminalisierung in der „neuen Arbeitsgesellschaft“, Konstanz, S. 119-125.
Wacquant, Loic (2008): Armut als Delikt. Ein Gespräch mit Loic Wacquant. In: Bude, Heinz, Willisch, A. (Hrsg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“, Frankfurt/M., S. 213-224.
Wilson, T. P. (1973): Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Bd. 1, Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie, Reinbek, S. 54-79.
Winkler, M. (1988): Eine Theorie der Sozialpädagogik, Stuttgart.